

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Gift und Galle

Am 3. Oktober 1990 lieferten bei den März-Wahlen mit dem Geld, der Logistik und dem Medientrommelfeuer der BRD in der DDR ans Ruder gebrachte Marionetten westdeutscher Parteien den bereits bis zur Unkenntlichkeit entstellten zweiten deutschen Staat an den Imperialismus aus. Diesem kamen die Orientierungslosigkeit DDR-treuer Kräfte und das Umschwenken materielle Vorteile erwartender Bevölkerungsschichten zugute. Den bei sofortigem Einmarsch militärischer und polizeilicher Verbände vollzogenen Anschluß – ihm war die fatale Währungsunion vorausgegangen – bezeichneten die Kohl-Regierung und Kollaborateure wie Krause und de Maizières als „Wiedervereinigung Deutschlands“. Gorbatschows den Sozialismus auch im eigenen Land verräterischer Moskauer Klüngel spielte bei der Preisgabe der DDR die Rolle des Zutreibers.

Damals taten manche so, als gehöre die von der DDR vier Jahrzehnte lang vertretene gute Sache in Deutschland für immer der Vergangenheit an. In der Berliner Dynamo-halle wurden bei einem Sonderparteitag Grabgesänge auf den Marxismus-Leninismus angestimmt. Politische Ausverkäufer läuteten voreilig die Glocken des Untergangs der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Und ein Bonner Minister namens Norbert Blüm trompetete: „Marx ist tot, und Jesus lebt!“

Später, als die jetzt Herrschenden wahrnahmen, daß sich zunächst irritierte und gelähmte Teile der DDR-Bevölkerung der verlorenen Vorzüge ihres früheren Lebens unter sozialistischen Bedingungen bewußt wurden und sich die Enttäuschung über die so nicht erwartete kapitalistische Wirklichkeit Bahn zu brechen begann, wiegelten die Sieger ab. Gemach, das Problem verbliebener „DDR-Gläubigkeit“ werde sich ohnehin „biologisch“ lösen. Schließlich stünden ja jene Generationen, welche den Aufbau der DDR vollzogen und ihr Land lange Zeit auch erfolgreich geschützt hatten, bereits auf dem „Aussterbe-Etat“. Die Jüngeren aber, glaubt man, könnten durch das Ver-Bildungswesen der BRD von wirklicher Erkenntnis ferngehalten, durch den ins Maßlose gesteigerten Konsumterror mental erschlagen und durch die alle Dimensionen sprengende Mediendomptur so abgerichtet werden, daß sie fortan nicht mehr auf „dumme Gedanken“ kommen. Mit anderen Worten: „Der Unverstand der Massen ...“, den die Arbeitermarseillaise geißelt, ist oberstes Ziel und soll die Aufrechterhaltung der „neuen“ alten Ordnung garantieren.

Offensichtlich sind die Blütenträume der gestern Triumphierenden nicht gereift. Zwar wird von „hoher Warte“ aus verkündet, am 20. Jahrestag ihrer Einverleibung

könne man das Kapitel DDR abschließen, sei die „Aufarbeitung“ ihrer Geschichte beendet. Doch für alle Fälle legt man ein paar Kohlen nach. Von „Memorialen“ und weiteren als Gedenkstätten deklarierten Lügenverbreitungszentralen, von Sonderbriefmarken und speziellen Münzprägungen ist die Rede. Hochdotierte Tatsachenfälscher wie Birthler und Knabe werden nicht aufs politische Altenteil abgeschoben, sondern weiterhin gebraucht. Ihnen versprechen geistige Goebbels-Erben einen Job auf Lebenszeit.

Rund um den 3. Oktober wurde eine neue Kampagne des antikommunistischen Hasses und der DDR-Verteufelung losgetreten. Mit schriller Stimme sang man den Lieblingsschlager der Hexenjäger: die sattsam bekannte „Stasi“-Melodie. Niemand blieb ausgespart. Selbst das populäre NDR-Gesundheitsmagazin „Visite“ übernahm seinen Part. Den Gipfel politischer Verkommenheit aber stellte zweifellos das rührselige Machwerk „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ samt anschließender Diskussion mit der Christiansen-Nachfolgerin Will dar, in der sich Petra Pau einmal mehr durch profunde Dummheit deprofilierte. Zur Blamage der Züchter wurden längst geplatzte Enten wie die „DDR-Zwangs-adoption“ aus dem Gatter entlassen. Der reißerisch propagierte Streifen rief bei Älteren den „Jud Süß“-Film der Nazis ins Gedächtnis.

Es fragt sich: Was veranlaßt den Gegner, beliebte Mimen wie Ulrich Mühe und Veronika Ferres in derart miesen Rollen zu verheizen? Warum müssen jetzt sogar Schauspieler der ersten Garnitur ins Gefecht, wenn es gegen die DDR geht? Haben andere Geschütze beim antikommunistischen Trommelfeuer ihre Durchschlagskraft bereits verloren? Das deutsche Kapital und seine politischen Sturmspitzen speien Gift und Galle, weil ihre Rechnung nicht aufgegangen ist. Die Medienhetzer sehen sich gezwungen, jetzt sogar Oscar-Preisträger und andere Koryphäen in den Kampf zu werfen.

Warum? Die Antwort ist einfach: Weil sie die DDR nicht totgekriegt haben. 1990 hat Blüm offenbar einen Scheintoten vor Augen gehabt. Denn die DDR lebt. Ihre Botschaft wird von neuen Generationen aufgenommen und weitergetragen werden. Den Schmähern aber schreiben wir die Worte des großen russischen Poeten Michail Lermontow ins Stammbuch: „Sie haben mich gepeinigt, weil ich zu denken wagte. Sie haben mich gesteinigt, weil ich mein Denken sagte. Weil ich es sang in Liedern, voll Sehnsucht und voll Gut. Sie konnten nichts erwidern, daher die ganze Wut!“

Klaus Steiniger



### INHALT

Die angeblich wahre Geschichte der Jutta Gallus	S. 2
Als mich der Adenauer-Staat im Zuchthaus Werl „feiern“ ließ	S. 3
Wie die Herrschenden mit dem Wort Terrorismus operieren	S. 4
Hauskonzert bei Fritz Wolf	S. 5
Der SA-Mann „Zack-Zack“	S. 6
Über Licht und Schatten in der Arbeit des RGW	S. 7
Geballte Ladung Ehrlichkeit	S. 8
Als die Treuhand zuschlug	S. 9
Warum sich der BND-Untersuchungs-Ausschuß als Totgeburt erweist	S. 10
Klaus Gysi diente der DDR zeit ihres Bestehens	S. 11
Als Grotewohl nach Moskau fuhr	S. 12
Kinderarmut – ein Attribut der BRD, nicht der DDR	S. 13
Zwei Neu-Kabarettisten auf Dummenfang	S. 14
Engelszungen verdrehen Friedrich Engels	S. 14
Warum der Goldpreis alle Rekorde schlägt	S. 15
Der ausgeträumte Traum von der Weltherrschaft	S. 16
■ Wie sollte ein Marxist mit einem Christen umgehen?	RF-Extra I
■ Wie sollte ein Christ mit einem Marxisten umgehen?	RF-Extra III
Mit erhobenem Haupt	S. 17
Wie Albanien antifaschistische Partisanen ihr Land selbst befreiten	S. 18
Babka Mascha oder die russische Seele	S. 19
Polen: Sieg des geringeren Übels	S. 20
NATO will Afghanistans Kinder nur mit „kleineren Bomben“ erschlagen	S. 21
Der Bürgermeister von Wolgograd ist Kommunist	S. 22
Kouchner will Krieg	S. 22
Ekuador: Rafael Correas dritter Sieg	S. 23
Neue Konflikte auf dem Balkan	S. 23
Begegnung mit Karl Marx	S. 24
Zum Lebensbericht des Günter de Bruyn	S. 25
Kurt, Du wirst unvergessen bleiben	S. 26
Zur Literaturpolitik der SMAD	S. 27
Hans-Jürgen Audehm: Rußland	S. 27
Maria und Jo	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

# Wie bei der Lügenkampagne gegen die DDR noch eins draufgelegt wurde Die angeblich wahre Geschichte der Jutta Gallus

Ende September 2007 spielte Veronika Ferres die Jutta Gallus, die als „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ auf zwei Fernsehsendern vorgestellt wurde. Nach ungewöhnlich aufwendiger Werbung in Printmedien und im Fernsehen sollen etwa zehn Millionen Deutsche die angebliche Lebensgeschichte der „Heldin“ gesehen haben. Die psychologische Wirkung wurde verstärkt, indem man eine Dokumentation einschob. Christiansen-Nachfolgerin Anne Will hatte in ihrer Talkrunde am 30. September, die der Ausstrahlung des ersten Teils unmittelbar folgte, eine illustre Runde beisammen: Die notorische Marianne Birthler, Frontfrau zur „Geschichtsbewältigung“, Beate Gallus als Hauptfigur des Films samt ihrer Töchter, Peter Hinze, Pfarrer, CDU-Politiker und Erfinder der „Rote-Socken“-Kampagne, die Vizepräsidentin des Bundestages Petra Pau von der Linkspartei, die deutsche (zumindest revolutionäre) Geschichte verantworten und verurteilen zu müssen glaubt, und Pfarrer Friedrich Schorlemmer, Spezialist für Schuld, Sühne und Vergebung. Nach 1990 bediente er ein „Tribunal“, von dem er sich am 6./7. Oktober im ND lossagte. Diskutiert wurde über den Film und die Biographie der „Dissidentin“, deren Leben das der Frauen in der DDR symbolisieren sollte.

„Was macht Deutschland aus der DDR-Vergangenheit?“, fragte Birthler ihr Millionenpublikum und log damit sogleich. Sie hätte fragen müssen: Was machen ich und meine Brötchengeber aus der DDR-Geschichte?

Manchmal stößt die Dame ja auf Widerspruch. Nicht alle erinnern sich der Greuel, von denen Birthler so flott erzählt. Dann sagt sie schlicht: „Du bist eben auch schon ein Produkt der Diktatur.“

Wie stets war das „Timing“ (wie beim „Schießbefehl“, den Birthler zum rechten Zeitpunkt in die Medien lancierte) optimal, so daß eine Einschaltquote von 24 % erreicht wurde.

Petra Pau gab sich beschämt: „Unfaßbar, was im Namen einer Idee, der auch ich angehangen habe und für die ich in die SED eingetreten bin, geschehen ist und den Menschen angetan wurde.“ Aber auf den Gedanken, nach Sinn und Zweck dieses Medienspektakels zu fragen, kam sie nicht. Verkannte sie den Zusammenhang zwischen Verteufelung der DDR und aktueller Politik? Ist das nicht auch bei dem Film, in dem Ulrich Mühe einen „Stasi-Mann“ abgab, sichtbar geworden?

Ältere erinnern sich, warum, wann, in welchem historischen Kontext und mit welcher fürchterlichen Wirkung der Nazi-Film „Jud Süß“ gedreht wurde. Potenzierete sich nicht die Wirkung, weil der groß-

artige Ferdinand Marian in die Figur des „Jud Süß“ schlüpfte? Auschwitz ist nicht ohne seine ideologische Vorgeschichte zu erklären.

Natürlich hinkt der Vergleich. Damals ging es gegen Juden, jetzt gegen „Stasi“ und DDR.

Frau Ferres behauptete, sie habe Haustür an Haustür mit einem totalitären Staat gelebt, ohne daß sie es damals gemerkt hätte. Sie irrt. Sie hat Tür an Tür mit DDR-Deutschen gelebt, die ihr Dasein in Frieden und sozialer Gerechtigkeit zu gestalten versuchten. Jetzt erzählt Veronika Ferres, sie habe im Gefängnis Hoheneck in einer Zelle gestanden, wo Frauen an die Wand gekettet worden seien und im kalten Wasser hätten stehen müssen. Es habe Unterleibserkrankungen und Todesfälle gegeben. Das klingt fürchterlich, ist es deshalb aber auch wahr? Wer hat Frau Ferres das aufgetischt? Wo sind die Zeugen, die helfen könnten, jene (erdachten) Folterer zu bestrafen? Im Unterschied zu anderen „demokratischen“ Staaten, wo Foltern an der Tagesordnung ist – man denke nur an Guantánamo –, war das in der DDR verboten.

Selbst die „Siegerjustiz“ hat nichts dergleichen entdecken können. Eine offizielle Gesamtbilanz der weit über 100000 Ermittlungsverfahren und all der durchgeführten Prozesse steht noch aus, aber ein Resultat ist bereits bekannt: Nur ein einziger Mitarbeiter des Strafvollzugs der DDR konnte wegen eines nachgewiesenen Übergriffs zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden. Den Gegnern der DDR kann in puncto Menschenrechte ganz anderes vorgeworfen werden! BRD-Außenminister Joseph Fischer, 1999 Mitverantwortlicher für die NATO-Aggression gegen Jugoslawien, spricht in seinen Memoiren von einer „humanitären Intervention“. Deutsche Bomben hätten ein neues Auschwitz verhindert. Wer filmt die Leiden der Frauen und Kinder, die deren Opfer wurden? Oder jener Legion von Afrikanern, die bei dem Versuch, die „Festung Europa“ zu erreichen, vor den Küsten Südeuropas ertrunken ist? Statt ihrer werden Havemann, Biermann, Gallus und Co. als die Opfer und Helden hochstilisiert. Warum wohl?

Wem die Antwort auf diese Frage schwerfällt, den verweise ich auf den Artikel, mit dem „Der Spiegel“ am 24. September den Heldengedenktag für Jutta Gallus ankündigte. Sein Autor Nikolaus von Festenberg schrieb: „Die Wiedervereinigung war, jawohl, ein Segen. Niedergang und Ende (der DDR) haben auch das stets einfallsklamme Fernsehen mit Rohstoffen versorgt, die ordentliche Bildschirmstücke brauchen: Tränen, Helden, klare Fron-

ten. Es war eine einmalige Chance, die sich von 1990 an für die TV-Dramaturgie ergab. Hier der verrottende Arbeiter-und-Bauern-Staat, dort die unterdrückten Menschen. Die Bösen standen fest. Die TV-Macher mußten nur noch zugreifen. Die Historie schrieb gleichsam die Stücke selbst. Es entwickelte sich, meist um den 3. Oktober herum, eine Art Wettstreit der Fernsehmacher zum Zwecke nationaler Erbauung, lauter meist hochmoralische Stücke von der Courage des einzelnen und der Dummheit des todgeweihten Leviathans DDR.“

Wenn „Der Spiegel“ recht hat, erfüllte Veronika Ferres die am 3. Oktober fällige vaterländische Pflicht wie zuvor Ulrich Mühe.

In einem hat von Festenberg sicher unrecht: Die Historie schreibt keine Stücke, sie liefert nur die Stoffe, die dem entsprechen, was von Politikern vorgegeben oder mißbraucht wird. Preise werden (wie bei Mühe) kaum auf sich warten lassen! Hatte nicht am 17. September (zwei Wochen vor der Ausstrahlung des neuesten Machwerks) Merkels Kulturstaatsminister Neumann vor dem Bundestag erklärt: „Es ist nach wie vor unsere Aufgabe, an das Unrecht der SED-Diktatur zu erinnern und so das Gedenken an die Opfer des Kommunismus in Deutschland zu bewahren.“ Haßprediger Joachim Gauck hatte schon vor Jahren verlangt, den DDR-Alltag in die „Aufarbeitung“ einzubeziehen. Nach Umfrageergebnissen zu urteilen scheint es eine unlösbare Aufgabe zu sein, das Leben im Arbeiter-und-Bauern-Staat nachträglich als Hölle darzustellen.

Bemitleidern der „Frau vom Checkpoint Charlie“ sei übrigens gesagt: Dresdner wissen, daß bei den „Ausreisen“ Anfang Oktober 1989 Dutzende Mütter ihre Kinder auf dem Bahnhof einfach zurückgelassen haben. Sie mußten vom Roten Kreuz der DDR in Obhut genommen werden, bis man sie bei Verwandten oder in Heimen unterbringen konnte.

Der Film erzählt nicht „die wahre Geschichte der Jutta Gallus“, sondern ist eine üble Fälschung und Klitterung von DDR-Geschichte. Als Teil der staatlich verordneten Kampagne zu deren Verteufelung stellt sie einen Reflex der gescheiterten offiziellen „Wiedervereinigungs“-Politik dar. Man braucht ein ständiges Feindbild. Gewissermaßen den „Juden“ von heute. Die DDR soll als „Sündenbock“ dienen, um den Zorn und die Enttäuschung der meisten Ostdeutschen zu kanalisieren. Die Folgen für die weitere Zersetzung der auch von hoher Stelle mit Faschisierung bedrohten bürgerlichen Demokratie sind nicht abschätzbar.

## Als mich der Adenauer-Staat im Zuchthaus Werl „feiern“ ließ Schlimme, schwere und schöne Weihnachten

Kürzlich fragten mich zwei Realschüler hier in Franken, wie es die Kommunisten denn mit Weihnachten hielten. Natürlich feiern auch wir das Fest des Friedens und der Familie, erwiderte ich. Und ich begann darüber nachzudenken, auf wie unterschiedliche Weise ich diese Tage in 77 Jahren erlebt habe. 1933 wurde mein Vater in Dachau interniert. Gesprochen hat er darüber mit uns nie. 1939 wurde er gleich eingezogen. Mutter blieb mit uns drei Kindern allein. Sie erzog uns „christlich“, da sie überzeugt war, daß ein gutes Gebet helfen könne.

Am zweiten Weihnachtstag 1941 kam mein Cousin Erwin auf Heimaturlaub. Er war schon „stolzer“ Unteroffizier. Ich durfte ihn am Bahnhof abholen, während Mutter daheim einen vorbenen Empfang für ihr Patenkind vorbereiten wollte. Dann kam die erste schreckliche Situation in meinem Leben: Unsere Mutter war zusammengebrochen und lag leblos im Schnee. Nachbarn brachten sie in die Küche aufs Sofa. Ihr war nicht mehr zu helfen. Sie starb noch am 26. Dezember 1941. Ich betete damals, der „liebe Gott“ möge uns doch unsere Mutter nicht nehmen, damit wir eine Familie blieben. Es war wohl mein letztes Gebet. Vater, der als Hilfskrankenträger bei der Hitlerarmee in der Sowjetunion war, erhielt keinen Urlaub. Meine Schwestern kamen zu Verwandten und später in ein Waisenhaus in Augsburg. Mich nahm meine Patentante zu sich. Sie hatte einen kleinen Bauernhof.

1943: Wieder ein zweiter Weihnachtstag. Der Nazi-Ortsgruppenleiter kam zu meiner Tante ins Haus. Er überbrachte eine traurige Nachricht: Unser Vater war am 20. Dezember 1943 für „Führer, Volk und Vaterland“ gefallen. Für mich ging das Leben jetzt ganz ohne Eltern weiter. Im Januar 1945 kam ich noch in ein Wehrtüchtigungslager nach Bad Ems an der Lahn. Wir – alles 15- bis 16jährige Hitlerjungen – wurden dort militärisch ausgebildet, um als letztes Aufgebot zu dienen. Die Amerikaner standen schon am Rhein, und man verlegte uns nach Radolfzell am Bodensee. Die meisten wurden zur Waffen-SS eingezogen – im April 1945. Ich war zu klein und zu schwach. So führte mein Weg in ein Lager des faschistischen Reichsarbeitsdienstes. Dort haben wir uns dann selbst entlassen und auf den Heimweg gemacht. Bei Bayreuth holte uns die US-Armee ein. Wir wurden Prisoners of War.

Weihnachten 1945 verbrachte ich im Kriegsgefangenenlager Hof-Moschendorf. Erst im Sommer 1946 konnte ich wieder zu meiner Tante nach Witzleshofen zurückkehren.

Das Leben ging weiter. Wir mußten uns auf eigene Faust durchschlagen. Nach Arbeit im französischen Bergbau kam ich 1949 nach Bochum, um auf der Zeche „Karoline“ zu arbeiten. Hier fand ich schnell Anschluss an FDJ und KPD. Sie wurden praktisch zu meiner Familie. Solidarität und Zusammengehörigkeit wurden groß geschrieben. Die politische Arbeit machte mir Freude. Aber durch das 1951 erfolgte

Verbot der FDJ setzten die ersten politischen Verfolgungen, Strafbefehle und Prozesse ein. Wegen meiner FDJ-Zugehörigkeit wurde ich 1954 vom Landgericht Dortmund zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Inzwischen hatte Adenauer auch die KPD verbieten lassen. Man suchte mich per Haftbefehl zur Verbüßung meiner ersten Freiheitsstrafe.

Ich war für die Nachrichtenagentur Berliner Presse-Büro tätig, als man mich im Dezember 1956 in Gifhorn verhaftete. Ich befand mich gerade auf dem Weg zu der in Schleswig-Holstein streikenden IG-Metall. Einige Tage vor Weihnachten landete ich dann im Gefängnis Wolfenbüttel. Doch auch hier war die Partei aktiv. Man bestellte mich zum Zahnarzt. Dort wartete schon Willi Gerns auf mich. Die Genossen wollten mich in die Gemeinschaftszelle holen, wo über 20 politische Häftlinge ihre willkürlich verhängten Strafen absitzen mußten. Aber die Anstaltsleitung lehnte das ab. Zuerst müsse ich in die Quarantäne. Immerhin – ein Weihnachtspaket organisierten sie über mit uns sympathisierende Aufseher. Walter Timpe brachte es mir in die Einzelzelle. Im Januar wurde ich nach Nordrhein-Westfalen verlegt, wo ich verurteilt worden war.

Ich gab die politische Arbeit nicht auf. Als Korrespondent für DDR-Zeitungen kam ich im September 1961 erneut in Untersuchungshaft, weil ich angeblich die illegale KPD fortgeführt hatte. Weihnachten verbrachte ich im Gefängnis Duisburg-Hamborn. Kurz vor Heiligabend erschien meine damalige Frau und brachte ein Weihnachtspaket. Es sei sehr kalt und die Straßenbahn nicht geheizt, klagte sie und bedauerte, bald wieder zur Tochter nach Hause zu müssen. Keine Stunde später erschienen Beamte der politischen Polizei, die sich damals K 14 nannte. Sie erklärten mir, meine Frau sei gar nicht mit der Straßenbahn gekommen, sondern im PKW ihres neuen Freundes. Wenn man mich dergestalt hintergehe, müßte ich doch endlich Aussagen über die illegale KPD machen. Ich lehnte ein Gespräch mit diesen Herren ab. Weihnachten 1962 gehörte ich zu den Gefangenen im berühmten Zuchthaus Werl. Immerhin galt ich jetzt als mehrfach vorbestraft. Mit mir auf der Zelle lagen Rolf Wissmann aus Bielefeld, Herbert Wils aus Hagen und das SPD-Mitglied Heinz Fack aus Duisburg. Vier politische Gefangene, die ei-

ne gute Gemeinschaft bildeten. Auch hier wurde Solidarität groß geschrieben. Zwei Tage vor dem „Fest“ mußte ich zum Stellvertreter des Anstaltsleiters. Er ließ mich einen Brief meiner Frau lesen. Kurz und bündig teilte sie mir mit, daß sie einen anderen Mann habe, und ich könne „bleiben, wo der Pfeffer wächst“. Keine gerade schöne Weihnachtsüberraschung. Einige Tage später kam Rechtsanwalt Hartmann aus Herne zu mir. Wir besprachen die Scheidungsangelegenheit. Er bat mich, darüber nicht mit inhaftierten Genossen zu sprechen, um deren Verunsicherung zu vermeiden. Bis zu meiner Entlassung wurde im Zuchthaus Werl darüber kein Wort verloren.

So erlebte ich Weihnachten. Nicht immer war das Fest für mich wirklich ein Fest. Doch seit über vierzig Jahren habe ich diese Feiertage stets mit meiner Familie verbracht. Wir haben sie besinnlich und im Gefühl der Zusammengehörigkeit begangen. An Gott oder Jesus habe ich dabei nicht gedacht, denn seit 1941 hatte ich den mir von meiner Mutter anerzogenen Glauben aus meinem Leben gestrichen. Für mich ist Weihnachten tatsächlich das Fest des Friedens, das man mit seinen Nächsten verbringt. Man denkt dann auch über Vergangenes nach, zieht Bilanz und fragt sich, was man tun sollte, damit es eines Tages allen Menschen, die es begehren möchten, nur Gutes beschert.

**Erich Schreier, Röthenbach**



# Wie die Herrschenden mit dem Wort Terrorismus operieren Wer terrorisiert wen?

Antiterrorismus gehört heute m. E. so selbstverständlich zu einem linken Standpunkt wie Antifaschismus und Antimperialismus. Doch wie ist es um ihn bestellt? In der generellen Verurteilung von Terrorismus gibt es zumeist noch Einheitlichkeit, aber darüber hinaus? Verstehen wir denn überhaupt alle – und das ist m. E. die Grundfrage – unter Terrorismus wenigstens in etwa dasselbe? Denn das ist nun einmal die Voraussetzung für Antiterrorismus. Und beides zusammen – das Erkennen und Begreifen der Erscheinung Terrorismus und die Schlußfolgerungen daraus für unseren Antiterrorismus – ist wiederum die Voraussetzung für unser gemeinsames Handeln vor allem gegen den Terrorismus der Herrschenden. Wir werden also Antiterrorismus nur fassen können, wenn Klarheit zu dem, was wir unter Terrorismus verstehen, geschaffen wurde. Deshalb nachfolgend einige Überlegungen dazu. Dabei ist mir bewußt, daß der „RotFuchs“ dankenswerterweise bereits die Debatte auch zur Frage „Was ist Terrorismus?“ eröffnet hat. Diese verbindet sich mit der Diskussion um die DDR schon deshalb, weil die Sachwalter des Kapitals nur zu gerne der DDR und ihren Organen den Stempel des Staatsterrorismus aufdrücken möchten. Insoweit wird mit unserer Terrorismus/Antiterrorismus-Diskussion zwangsläufig zugleich ein Gutteil DDR-Wirklichkeit von Verdächtigungen und Verleumdungen befreit.

1. Wie läßt sich zunächst einmal grob die gesellschaftliche Stellung von Terrorismus und die Diskussion dazu unter Linken aus meiner Sicht charakterisieren? Zunächst (ohne Vorwurf) ein Beispiel: Vor einiger Zeit erschien in der „jungen Welt“ die Rezension zu einem Buch mit dem unbescheidenen Titel „Das Terrorismus-Lexikon; Täter, Opfer, Hintergründe“ von Wilhelm Dietl, Kai Hirschmann, Rolf Tophoven. Zur Einschätzung dieses Buches mag hier reichen, daß es sich m. E. weder um die Qualität eines Lexikons noch um eine real objektive Aufarbeitung handelt. Der Band interpretiert lediglich seine systemhörige Version von Terrorismus, ergänzt durch einige interessante Fakten. Doch nicht das Buch, die Rezension war interessant. Sie verdeutlichte erneut den ungeheuren Diskussionsbedarf zu dieser Problematik unter Linken, um nicht vermehrt Opfer der allgegenwärtigen Manipulation zu werden. Denn, „Wir alle erleben alltäglich, wie eine spezifische Begriffswahl in den Massenmedien unsere Einstellung zu den damit bezeichneten Personen, Institutionen und Vorgängen beeinflusst. So etwa, wenn ein und dieselbe Institution einmal als ‚Regierung‘ und einmal als ‚Regime‘ und deren Chef einmal als Regierungschef und einmal als ‚Machthaber‘ oder gar als ‚Diktator‘

bezeichnet wird. Nicht anders verhält es sich, wenn ein und dieselben Kombattanten einmal als ‚Freiheitskämpfer‘, dann auch als ‚Rebellen‘ und schließlich als ‚Terroristen‘ bezeichnet werden. Die jeweilige Begriffswahl ist natürlich nicht zufällig, sondern die Ausnutzung der Gesetzmäßigkeit, daß der Inhaber der Definitionsmacht über politisch bedeutsame Begriffe die Herrschaft über das Fühlen und das Denken jener Menschen besitzt, die seine Definition – meist sogar unbewußt – akzeptieren.“ (Ernst Woit, „Terrorismus“ in Wolfgang Scheler; Ernst Woit (Hg.), Kriege zur Neuordnung der Welt, Kai-Homilius-Verlag, 2004, Globale Analysen Band 2, S. 295) Wie wahr, so funktioniert Manipulation! Immerhin ist das Thema Terrorismus den Herrschenden so viel wert, daß sie gerade in den letzten anderthalb Jahrzehnten einen regelrechten Krieg um die Köpfe führten. Das Resultat dieses ideologischen Krieges: Der Begriff Terrorismus wurde zu einem Begriff des Alltags, sowohl als Kampfbegriff der Herrschenden gegen Andersdenkende als auch als gewünschtes Feindbild. Mal raffiniert, mal brachial wird dabei vorrangig jeder Versuch von Unterdrückten, Unterdrückung auch mittels Gewalt abzuschütteln, als terroristisch verleumdet. Man nehme nur als Beispiel die verordnete Delegitimierung der DDR und insbesondere ihres MfS. Demgegenüber ist der Terrorismus der Herrschenden natürlich legitimer Anti-Terror-Kampf. Linke Wachsamkeit war und ist also bei öffentlichen Bekundungen zum Thema Terrorismus durchaus angebracht. Die Wachsamkeit ist festzustellen, erkennbar sind aber auch viele Unklarheiten und ideologische „Unschärfen“.

2. Wie kommt es zu diesen „Unschärfen“? Ich sehe dafür folgende Gründe: a) die nahezu allmächtige Vorherrschaft einer systemhörigen und kapitalfinanzierten Propaganda, die insbesondere in der Öffentlichkeit den Terrorismus für sich instrumentalisierte und so systemtragende Deutungshoheit erlangte. Die Herrschenden nutzen ihre Medienhoheit, um beständig und intensiv die Gehirne zu infiltrieren und zu manipulieren. Niemand ist davor sicher.

b) die ungezügelter Bekämpfung jener Ansichten, Gruppen und Kräfte, die der systemhörigen Propaganda entgegenstehen oder entgegenstehen könnten, mit allen Mitteln. So ist es seit längerem eine bevorzugte Methode, Kritiker des herrschenden Terrorismusbildes als Terroristen, Gewalttäter oder zumindest Verschwörungstheoretiker zu diffamieren. Peinlich dabei: dieselben „Experten“, die auftragsgerecht andere als Verschwörungstheoretiker zu verleumden suchen, haben zum „Beweis“ ihrer Ansichten häufig keine anderen Fakten anzubieten als die Kritiker. Das heißt,

nicht die Faktenkenntnis unterscheidet in vielen Fällen die Systemhörigen von den sogenannten Verschwörungstheoretikern, sondern die Auslegung der Fakten. Damit enttarnt sich die Systemhörigkeit dieser „Experten“. Doch dabei bleibt es nicht: das Repertoire der Herrschenden ist vielfältig, um Andersdenkende in Sachen Terrorismus „demokratisch“ zum Schweigen und zur Strecke zu bringen.

c) der geringe Beitrag insbesondere der institutionalisierten Linken sowohl bei der Entlarvung des Terrorismus der Herrschenden als auch bei der theoretischen Findung dieses Problemkomplexes überhaupt. Statt die eigentlichen Terroristen auch im eigenen Lande zu benennen, wird ihnen willig das „Hausrecht“ überlassen. Dieser systemangepaßt defensiven Haltung der „Institutionalisten“ ist es nicht unerheblich zu verdanken, daß viele Linke in der Gegenwart dem geistigen Diktat der Herrschenden nahezu mittel- und schutzlos, eher gefühlsmäßig als bewußt und kenntnisreich begegnen müssen.

3. Worin zeigt sich grundlegende ideologische „Unschärfe“?

Wieder nur ein Beispiel: Viele linke Beiträge und Diskussionen zum sogenannten Antiterrorkampf von Bush & Konsorten lassen sich in dem „Urteil“ zusammenfassen (und viele lassen es bei diesem Pauschalurteil leider auch bewenden): „Die lügen doch, wenn sie von Antiterrorkampf reden!“ So richtig diese Aussage einerseits ist, so unendifferenziert und untauglich ist sie andererseits. Denn, lügen sie wirklich? Nein, sie lügen nicht! Nur, sie bekämpfen eben den Terrorismus, den sie meinen. Und dementsprechend tragen sie mit Feuer, Schwert und fundamentalistischem Eifer Terror, Tod und Verderben in den kleinsten Winkel dieser Erde, um ihre Interessen gegen angebliche und mitunter auch tatsächliche Terroristen, die ihnen im Wege stehen, durchzusetzen. Brutal und hemmungslos lügen sie tatsächlich, wenn sie uns einreden wollen, ihr „Anti“-Krieg würde im Interesse von Demokratie, sozialem Fortschritt und Humanismus geführt und sei somit ein Anliegen aller Menschen. Damit wird der Hauptstoß sichtbar, den die systemhörige Manipulation führt: Es soll uns eingehämmert werden, das Terrorismusverständnis der Herrschenden sei das aller Menschen, deren Interessen seien unsere Interessen, deren Antiterrorkampf (der in Wahrheit brutaler Terrorismus ist) unserer. Diese „Schicksalsgemeinschaft“ sei sozusagen klassenneutral, so wie Terrorismus eben ganz allgemein antihuman sei und folglich der Antiterrorkampf alle Menschen vereine. Aus Ermangelung fundierter linker Antworten zum Terrorismus laufen auch Linke Gefahr, mehr oder weniger unbewußt zu Opfern dieser den (Klassen-)

Standpunkt grundsätzlich angreifenden Manipulation zu werden.

4. Wir sind damit bei der alles entscheidenden Frage: Kann es ein allgemeingültiges, von (Klassen-)Interessen unabhängiges Verständnis von Terrorismus denn überhaupt geben? Kann es ein gemeinsames, ein identisches Verständnis von Terrorismus zwischen Herrschenden und Beherrschten geben? Kurz und bündig: Ich glaube dies nicht. Denn wollte jemand daran zweifeln, daß nach herrschendem Verständnis bei Bedarf Spartacus ein Terrorist wäre? Oder Thomas Müntzer? Oder Marx und Engels gar Drahtzieher des Terrorismus wären? Oder kann denn Bushs Verständnis von Terrorismus tatsächlich unseres sein?

Auf den Punkt gebracht: Die uralte Frage ist und bleibt die nach dem politischen (Klassen-)Standpunkt – auch und gerade beim Thema Terrorismus. Von daher stehen m. E. der Widerstand gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Neokolonialismus, der Kampf für nationale Befreiung und Unabhängigkeit, die Abwehr von Angriffen auf progressive Entwicklungen,

Organisationen, Gruppen und Personen nicht einmal im Verdacht, Terrorismus zu sein, ob Bush und Vasallen das so benennen oder nicht. Aus meiner Sicht hat dieser Kampf mit Terrorismus nicht das geringste gemein. Selbstverständlich rede ich damit keinesfalls dem bedenkenlosen Einsatz aller Mittel gegen jedermann das Wort. So kommt es – häufig resultierend aus verheerenden Lebensumständen, geringem Bildungsstand, ständigem Leben mit extremer Gewalt sowie unerhörter, zumeist jahrelanger unvorstellbarer Ausbeutung und Unterdrückung, wie auch aus traditionellen, religiösen und kulturellen Riten – zu Anschlägen, die auch wir als terroristisch einschätzen und damit verurteilen müssen. Dennoch muß m. E. verantwortungsvoll zwischen einer Wertung dieser Angriffe durch uns und einer auf Kapitalherrschaft gegründeten Dämonisierung etwa im Sinne von Bush jun. unterschieden werden. Gewiß, ein kompliziertes Feld ...

5. Wie wichtig es den Herrschenden ist, gerade diesen (Klassen-)Standpunkt auszusprechen, zeigen verschiedene weitere

Spielarten der Manipulation: etwa, wenn versucht wird, Terrorismus lediglich als Mittel- und Methodenkomplex zu deuten und so gewissermaßen zu entideologisieren, von den verfolgten politischen (Klassen-)Zielen zu trennen. Oder, wenn manipulierend versucht wird, Terrorismus lediglich in „guten“ und „bösen“ zu differenzieren, womit denjenigen in die Hände gespielt wird, in deren Besitz sich die kapitalstärksten Medien befinden. Oder, wenn versucht wird, die Terrorismusdeutung an internationales oder nationales Recht (natürlich das der „westlichen Demokratien“) zu binden, als gäbe es ein Recht ohne Klassencharakter. (Vgl. RA Dr. Erich Buchholz, RF, März 2007) Doch selbst wenn es gelänge, einen auf Kompromiß basierenden internationalen Begriff von Terrorismus zu erarbeiten, gäbe dieser zwar einen nutzbaren Rahmen. Dennoch darf wohl bezweifelt werden, daß sich die kapitalistischen Dominanzstaaten davon grundlegend in ihrer „Praxis“ beeinflussen ließen.

**Dr. Udo Stegemann**

## Erinnerungen an den 26. Jahrestag der Oktoberrevolution Hauskonzert bei Fritz Wolf

Es sind nur ein paar Zeilen im Lebensbericht des Zella-Mehliser Kommunisten Fritz Wolf, aus denen hervorgeht, daß auch er, wie ungezählte andere, die Große Sozialistische Oktoberrevolution als Herzenssache empfand.

Er schrieb über den 7. November im Kriegsjahr 1943: „Der 26. Jahrestag des Roten Oktober fiel auf einen Sonntag. Wir hatten einige Freunde zu einer ‚Geburtstagsfeier‘ eingeladen, ohne Grund und Ursache zu nennen. Es war ein kleiner antifaschistischer Kreis, der sich bei uns einfand. Darunter der Sozialdemokrat Alfred Weisheit, der kommunistisch eingestellte Fahrradhändler Alfred Köhler und der Bürgerliche Cuno Wahl. Die musikalische Umrahmung gaben Klaus Köhler, Gerhard Kummer und Karla Wolf.“

Mich, einen damals „treudeutsch“ erzeugenen Sechzehnjährigen, hatten mein Freund, der bereits erwähnte Klaus Köhler, und die Neugier in das aus zwei Geigen und einem Klavier zusammengesetzte Geburtstags-Trio gelockt. Weil der mir noch unbekannt Hausherr, der Kommunist, antifaschistische Widerstandskämpfer und Bücherrevisor Fritz Wolf, „gar zu gern russische Volksmusik hörte“, strapazierten wir auf unseren Instrumenten den „Stenka Rasin“, die „Schwarzen Augen“, die „Abendglocken“ und ähnliche Weisen, die allesamt in einem alten Noten-Album standen.

Daß der lebhaft Beifall am Abend jenes für mich „normalen“ 7. November 1943 ausgerechnet russischen Volksliedern

galt, machte in mir ein zwiespältiges Gefühl mobil. Die „Abendglocken“ als Geburtstagsständchen für den Hausherrn? Weshalb nicht? Andererseits roch im vom Krieg geschüttelten Nazi-Deutschland selbst der geringste gute Gedanke an die „Russen“ nach „Feindbegünstigung“ und Hochverrat. War es demnach nicht „Feindmusik“ gewesen, mit der wir aufgespielt hatten?

Und Weiteres gab mir zu denken. Nicht nur, daß weder den Geburtstagsgästen noch deren Gastgebern der reichsverbindliche Hitler-Gruß über die Lippen ging. Auch die Gespräche bei Dünnbier und Pfefferminztee unterschieden sich von den üblichen Stammtisch-Debatten. So ernste Töne über Frieden und Krieg hatte ich noch nie gehört. Erzählt wurde von dem familiären Verhältnis, das die Wolfs mit zwei ukrainischen Zwangsarbeiterinnen und einem italienischen Maurer verband. Und was mir nicht weniger auffiel: Die im Goebbels-Rundfunk angegifteten „Bolschewisten-Horden“ verwandelten sich in Wolfs Wohnstube in Soldaten der Roten Armee.

Nach meinem letzten Bogenstrich nahm mich der Hausherr beiseite. „Mit Deiner Hausmusik bist Du mir immer willkommen.“ Anders äußerte sich Tage später der braungelb uniformierte „Betriebsobmann der Deutschen Arbeitsfront“ meiner Lehrfirma. Zornroten Gesichts schrie er mich an: „Da gehst Du bei dem Wolf aus und ein. Der war doch ein Erzkommunist. Damit

rennst Du Dir Deinen dummen Schädel kaputt ...“

Zunächst ritt mich der Trotz. Der schlug dann in Sympathie für den „Erzkommunisten“ um.

Ich lernte weitere Anhänger Wolfs kennen. Sie schlepten sich mit Kontobüchern und anderem kaufmännischen Kram ab. Und, was mir keiner auf die Nase band: mit mehr. Erst nach dem Krieg erfuhr ich von Wolfs Rolle im Verbund mit der Widerstandsgruppe Neubauer/Poser. Und ebenfalls erst danach las ich Flugblätter, die von Wolfs Büro aus ihren Weg in benachbarte Orte und Gemeinden genommen hatten, auch in die Hände ausländischer Zwangsarbeiter.

Deshalb, eben deshalb, war ich mehr als verblüfft, als Wolf während der Pfingsttage 1944 „Klartext“ mit mir redete. Er verdeutlichte mir die Befreierrolle der Sowjetarmee. Die Befähigung dafür habe sie mit Stalingrad bewiesen. „Merk Dir eins“, fügte er hinzu: „Sie werden dich bald in die Soldatenuniform stecken. Ich für mein Teil unterschreibe jeden Blankoscheck für die Sowjetunion.“

Mit diesem für mich verzwickten Gedanken im Kopf kroch ich am 7. Juni 1944 zunächst in die graugrüne Montur des Reichsarbeitsdienstes. Tags darauf schloß sich hinter Fritz Wolf das Tor des Gestapokerkers Ichttershausen.

**Gerhard Kummer**

*Unser Autor arbeitete als Journalist bei den Zeitungen „Das Volk“, Erfurt, und „Freies Wort“, Suhl.*

Am 26. Juli 1933 fiel im Schutzhaftlager an der Leipziger Wächterstraße ein Schuß. In den Zellen mit ausschließlich politischen Häftlingen herrschte darüber Aufregung, denn Erschießungen waren hier nicht üblich, man wurde bei „Vernehmungen“ zu Tode gequält oder gleich erschlagen. Sollte eine neue „Qualität“ der Liquidierung von Gefangenen erreicht worden sein? Schließlich stellte sich heraus, daß sich SA-Oberscharführer

Er wurde am 5. Februar 1907 in Leipzig geboren und erlernte den Beruf eines kaufmännischen Angestellten. 1929 trat er der KPD bei, ohne jedoch groß in Erscheinung zu treten. Es war die Zeit des in Europa heraufziehenden Faschismus, als sich die deutschen Nazis etablieren konnten. Wenn die KPD auch bisweilen Situationen falsch einschätzte – was die Nazis betraf, hatte sie die Lage völlig richtig analysiert. Sie erkannte das Maß

Nothilfe“ zu arbeiten. Das war eine gute Ausgangsposition, um in die SA zu gelangen, was er 1931 schaffte. Es ist klar, daß seine Aktivitäten strengster Geheimhaltung unterlagen. Und so wußten nur vier Genossen davon.

Hans Poeche ging seinen Weg in der Naziorganisation und informierte seine Genossen regelmäßig über bevorstehende Aktionen und Angriffsrichtungen. Nach der Machtübertragung an die Faschisten wurden ganze SA-Einheiten zu Hilfspolizisten erklärt. Diese nahmen Verhaftungen politischer Gegner vor, richteten Folterkeller ein und bewachten die berüchtigten Schutzhaftlager. In Leipzig gehörte dazu das Durchgangslager für die KZ-Vorläufer Burg Hohnstein und Colditz. In ihm „arbeitete“ Hans Poeche. Doch im Juli 1933 hatte er Gründe anzunehmen, seine Enttarnung stehe unmittelbar bevor. Am 26. Juli sollte er Papiere bekommen, um in die Emigration zu gehen. Doch Stunden zuvor erschienen im Schutzhaftlager Leute, von denen er vermuten mußte, daß sie ihn festnehmen wollten. Da er wußte, was ihm dann blühen würde, zog er seine Dienstpistole und erschoss sich. Zurück blieben Poesches junge Frau und zwei kleine Kinder.

Zwölf Jahre später – der Krieg war inzwischen zu Ende – ließ sich nicht mehr exakt ermitteln, ob die Befürchtungen des in die SA eingeschleusten Genossen ihre Berechtigung hatten und ob die Nazis mit dem „Ehrenbegräbnis“ nur die Tatsache verschleiern wollten, in ihren Reihen einen „Trojaner“ der Kommunisten gehabt zu haben.

Einer der vier schon vor 1933 Eingeweihten war übrigens Bruno Apitz. Er ehrte den furchtlosen Antifaschisten durch seine Novelle „SA-Mann Zack-Zack“.

Dieter Kürschner

## Wie Thälmanns KPD einen der Ihren bei den Nazis einschleuste

### Der SA-Mann „Zack-Zack“

Hans Poeche selbst erschossen hatte. Ein toter SA-Mann war eigentlich kein Grund zur Trauer, aber bei ihm war man doch betroffen. Poeche war den Häftlingen nur als „SA-Mann Zack-Zack“ bekannt. Er gehörte zu den wenigen Sturmabteilungsleuten, die sich exakt zu den Häftlingen verhielten. Er war lediglich durch sein lautes „Zack-Zack“ aufgefallen. Einige waren aber auch überrascht gewesen, daß er über ein ausgesprochenes Insiderwissen verfügte und dies nicht gegen die politischen Häftlinge nutzte. Zum anderen gab er auch schon mal einen Tip oder beförderte einen Kassiber.

Tage später wurde Hans Poeche mit allen (SA-)militärischen Ehren und Salut auf dem Nordfriedhof beerdigt. Um so überraschender dürfte es für viele gewesen sein, daß am 9. Juli 1947 in Leipzig eine Straße nach diesem SA-Mann benannt wurde.

Wer war Hans Poeche wirklich?

Unser hochverdienter, ideenreicher und kampferprobter Genosse, unser Freund

### Wolfgang Clausner

begeht am **6. Dezember** in Schwerin seinen **80. Geburtstag**.

Der gestandene und in vielen Sätteln gerittene Parteifunktionär und Journalist – er war u. a. lange Jahre stellvertretender Chefredakteur der Wochenzeitung „horizont“ – gehörte zu den ersten und bewährtesten Autoren des RF. Bis heute steht er der Zeitschrift mit Rat und Tat zur Seite.

Sei herzlich umarmt, lieber Wolfgang.

der Gefahr und bereitete sich als einzige politische Kraft entsprechend vor. Eine Folge ihrer neuen Erkenntnisse war die Aktion „Trojanisches Pferd“. Obwohl das sehr schwierig war, schleuste die KPD ausgesuchte Genossen in die Naziorganisationen ein. Sie konnte damit zwar keinen Einfluß gewinnen, doch immerhin den Gegner ausspähen. Eines ihrer „trojanischen Pferde“ war Hans Poeche. Bereits ein Jahr nach seinem Beitritt zur KPD wurde er beauftragt, in der „Technischen

### Eine Tat proletarischen Heldentums



Acht Mylauer Kommunisten brachten unmittelbar vor den Reichspräsidentenwahlen in der Nacht vom 12. zum 13. März 1932 diese Losung in 48 m Höhe an den Pfeilern der Göltzschtalbrücke an.  
Eingessandt von Paul Fiedler, Berlin

Die im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in 40 Jahren gesammelten Erfahrungen gehören zu den wichtigsten Erkenntnissen für eine künftige revolutionäre Umwandlung der Produktions- und Verhältnisse.

Die internationale Zusammenarbeit ist ein dringendes Gebot jeder Produktivitätssteigerung. Das gilt ganz besonders für Länder mit vergesellschafteter Produktion. 1949 wurde der RGW gegründet, dem die DDR bereits 1950 beitrug. Sein Anliegen bestand darin, die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sozialistischer Staaten als gleichberechtigter Partner bei gemeinsam

Tagebauausrüstungen, in der Medizintechnik, in der Robotertechnik und bei Hydrauliksystemen. Sie führten zu hohen Zuwachsraten in der Produktion und trugen zu besserer Bedarfsdeckung in den einzelnen Ländern bei. Aber es fehlte auch nicht an Schwachpunkten. Sie traten z. B. bei der Zusammenarbeit im Automobilbau und in der Nachrichtentechnik auf oder zeigten sich in der Nichtbeherrschung der Preisentwicklung für Baugruppen.

Als ich im November 1982 den Auftrag erhielt, als RGW-Beobachter an der UN-Vollversammlung in New York teilzunehmen und im 2. Komitee über die Ergebnisse unserer Integration zu sprechen, konnte

Westen führen sollte. Aber von Anfang an zeigte sich ein halbherziges Herangehen. Das begann bei den Fragen der Finanzierung der Entwicklungsarbeiten, u. a. der Inanspruchnahme von Krediten, der Bezahlung von Forschungsergebnissen. Die DDR wollte an der Bildung gemeinsamer wissenschaftlicher Einrichtungen, an Projektierungs- und Konstruktionsbüros, besonders auf dem Gebiet der Rechen-technik, bei der Roboterentwicklung und Steuertechnik, nicht teilnehmen. Die sowjetischen Leitbetriebe für die Mehrzahl der Spitzentechnologien litten an Innovationsschwäche bzw. unterliefen die abgestimmten Ziele, weil die Forschungsergebnisse aus dem militärischen Komplex unter Verschluss standen. In den Mitgliedsländern hemmte das starre zentrale Planungssystem die Überwindung der technologischen Lücke. Wir im internationalen Sekretariat versuchten, die im Komplexprogramm enthaltene Orientierung durch die Vorbereitung mehrseitiger Verträge zu beeinflussen. Ich selbst war Leiter einer Arbeitsgruppe, die die Stärkung der materiellen Basis für die Mikroelektronik in allen Mitgliedsländern zum Ziel hatte.

Aber schon Mitte 1986 wurde sichtbar, daß die RGW-Länder nicht in der Lage waren, das Komplexprogramm umzusetzen. Der Versuch zur technischen und ökonomischen Konsolidierung der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft drohte zu scheitern. Die Folgen sollten mehr als tragisch werden.

In den Gründungsdokumenten wird als ein Prinzip die freiwillige Koordinierung der nationalen Wirtschaften genannt, was die Unterstützung von unterentwickelten Mitgliedsländern auf gleichberechtigter Grundlage einschloß. Als der Vertreter Vietnams 1985 um die Hilfe der RGW bei der Entwicklung von Kapazitäten im Maschinenbau bat, wurde eine zwölköpfige Delegation von Spezialisten der Mitgliedsländer und des Sekretariats unter meiner Leitung nach Hanoi geschickt. Dem RGW-Exekutivkomitee wurden anschließend entsprechende Vorstellungen unterbreitet. Sie stießen in den meisten RGW-Ländern jedoch auf taube Ohren. Ich wurde nach Berlin bestellt und gefragt, ob mir die angespannte Lage des Volkswirtschaftsplans 1986–90 nicht bekannt sei und ich nicht wüßte, daß es überhaupt keine Möglichkeiten für Investitionen im befreundeten Ausland gäbe.

Im internationalen Sekretariat wurde 1986 eine interne Arbeitsgruppe gebildet, die Vorschläge für die Veränderung der Struktur und der Mechanismen des RGW ausarbeiten sollte, um ihn den neuen Entwicklungen in der Weltwirtschaft anzupassen. Zu einer Erörterung dieser Überlegungen auf höchster Ebene ist es nie gekommen. Für eine wirkliche Reformpolitik fehlten aufgrund vieler Engpässe in den Ländern die Voraussetzungen. Vom größten Partner, der UdSSR, blieben Initiativen zur Überwindung der Schwierigkeiten aus, ohne die es aber im RGW nicht weitergehen konnte.

**Dr. Werner Liebig**

## Über Licht und Schatten in der Arbeit des RGW

beschlossener Arbeitsteilung zu organisieren. Die zehn teilnehmenden Staaten setzten sich das Ziel, auf der Grundlage einstimmig gefaßter Empfehlungen das Lebensniveau der Bevölkerung in den Mitgliedsländern zu heben und schrittweise einander anzugleichen.

Ich habe neun Jahre im internationalen Sekretariat des RGW gearbeitet, davon sechs Jahre als einer der sechs Stellvertretenden Sekretäre. Mein Verantwortungsbereich war die Zusammenarbeit in den Fachkommissionen Maschinenbau, Radiotechnik und Elektronik, Schwarzmetallurgie, Buntmetallurgie, Bauwesen, Post und Fernmeldewesen, Standardisierung. Unser wichtigstes Anliegen war die Erhöhung der ökonomischen Effektivität, vor allem durch die internationale Spezialisierung und Kooperation.

Die Interessen der beteiligten Länder erwiesen sich oft als sehr unterschiedlich, so daß es keine leichte Aufgabe war, gemeinsame Beschlüsse zustande zu bringen. Der RGW besaß keine eigenen Fonds. Er konnte nur die wesentlichsten Entwicklungen koordinieren und dazu Empfehlungen geben, die dann durch mehrseitige Beschlüsse für verbindlich erklärt und in zweiseitiger Zusammenarbeit konkretisiert werden oder werden sollten. Das Verhältnis von mehrseitiger zu zweiseitiger Zusammenarbeit war etwa 20 : 80. Es gab nicht wenige Beispiele einer erfolgreichen wirtschaftlichen Kooperation, so auf vielen Gebieten des Maschinenbaus, der Metallurgie, der Errichtung von Erdgasleitungen, der Energiewirtschaft, des gemeinsamen Güterwagenparks, bei Dieselmotoren, Baugruppen und Ersatzteilen, Ausrüstungen für Kernkraftwerke,

ich eine Bilanz vorlegen, die besonders bei den Vertretern der Entwicklungsländer Aufmerksamkeit erregte. EG-Beobachter aus Brüssel waren ebenfalls anwesend, und eine junge Frau aus dieser Delegation fragte mich sinngemäß: „Werden Sie wirklich in der Lage sein, den technischen Vorsprung der westlichen Industrieländer aufzuholen? Dafür fehlen bei Ihnen doch ausreichende Triebkräfte. Bei uns wird alles durch das Prinzip ‚Zuckerbrot und Peitsche‘ zusammengehalten. Es ist zwar kritikwürdig, aber es funktioniert.“

Ich antwortete mit einer schwachen These: Die Bedürfnisse der Bevölkerung diktierten uns eine Aufholjagd, und das sei als Triebkraft ausreichend. Dem lag die vom VIII. Parteitag der SED verkündete „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zugrunde, die zwar ökonomisch nicht bilanziert war, aber als Haupttriebkraft des Sozialismus betrachtet wurde.

Ende 1985 beschloß eine Ratstagung das Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der RGW-Länder bis zum Jahr 2000. Das bedeutete angesichts des Vorsprungs der entwickelten kapitalistischen Länder auf diesen Gebieten die wichtigste Weichenstellung. Es war auf fünf Spitzentechnologien gerichtet, bei denen bewiesen werden sollte, daß der wissenschaftliche Fortschritt durch die sozialistischen Länder nicht schlechter beherrscht wird als durch die imperialistischen Konzerne. Jetzt ging es letztlich um Sein oder Nichtsein. Der RGW strebte eine Konzentration der Forschung und Entwicklung bei Schlüsseltechnologien an, was zu einer beträchtlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie zur Ablösung von Importen aus dem

# Ein Blick in die Schatztruhe mannigfaltiger DDR-Erfahrungen Geballte Ladung Ehrlichkeit

Im GNN-Verlag Schkeuditz ist der von der Unabhängigen Autoren-gemeinschaft „Als Zeitzeugen erlebt“ gestaltete Sammelband „DDR-Erfahrungen für eine sozialistische Zukunft“ erschienen. Hier wird leidenschaftlich Partei ergriffen und gewertet. Ein Buch dieser Art ist in herkömmlicher Weise kaum rezensierbar. Man muß zu ihm ein grundsätzliches Ja oder ein ebenso entschiedenes Nein sagen. Ein Dazwischen, von Differenzierungen bei der Beurteilung einzelner Beiträge natürlich abgesehen, gibt es nicht. Dieses Ja oder Nein erfordert nach einer Maxime des griechischen Philosophen Pythagoras „das meiste Nachdenken“. Das wollen die Autoren natürlich provozieren. So verschieden ihre Handschriften und Inhalte sind, so einheitlich wirkt ihre Grundüberzeugung, daß die DDR keine „Fußnote der Geschichte“ war, wie das von den „Delegitimierern“ aller Schattierungen behauptet wird. 82 Beteiligte verschiedenen Alters, voneinander abweichender Qualifikation, variierender Schreiberfahrung und gesellschaftlicher Verantwortung in der DDR legen in neun übersichtlich gestalteten und thematisch verflochtenen Kapiteln 128 Beiträge vor: Grundsätzliche Betrachtungen über den sozialistischen deutschen Staat, Bekenntnisse zu ihm, Erlebnisschilderungen zu ihm, auch Kritik an manchem, was mißlang. Entschieden wenden sie sich gegen jegliche Verfälschung der Geschichte der DDR sowie deren Verketzerung als „Unrechtsstaat“. Dabei vermeiden sie bloße Nostalgie oder „Ostalgie“ und zeichnen vielfarbig ein realistisches, lebenspralles Bild der Tatkraft und Opferbereitschaft von Millionen DDR-Bürgern, die den Aufbau einer wirklich humanistischen Gesellschaft auf deutschem Boden in Angriff nahmen und den Sozialismus vier Jahrzehnte lang mit wechselndem Erfolg zu errichten suchten. Dabei wird der zügig voranschreitende Sozialabbau in der heutigen BRD mit den sozialen Leistungen der DDR konfrontiert. In gleicher Weise erfolgt eine Analyse der Wirtschafts-, Kultur- und Außenpolitik beider deutscher Staaten.

Der praktische und theoretische Reichtum des vorliegenden Buches widerspiegelt sich in zahlreichen Dokumenten, persönlichen Erfahrungen, Arbeitsberichten, Fotos, Empfehlungen für eine künftige Gestaltung sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse, heiteren und ernstesten Episoden, Anekdoten, aber auch in lyrischen Bekenntnissen.

Brecht und Döblin, Gandhi, Dimitroff und Dostojewski, Heine, Becher und Arnold Zweig, Gorki und Sartre sowie andere Große der eigenen und der Weltkultur erhalten zu Aphorismen das Wort. Namhafte und namenlose Verfasser, aktive Menschen von einst und jetzt, Vertreter sämtlicher Bevölkerungsschichten ä-

ßern sich in kritischer Rückschau und mit dem Blick auf eine historisch begründete sozialistische Perspektive.

Das Buch wendet sich gegen die Auslöschung der Geschichte der DDR und streitet so für die Bewahrung ihres Erbes. Es beweist, daß unser Leben in diesem guten Deutschland seinen hohen Stellenwert gehabt hat und daß die Erfahrungen von 17 Millionen Menschen, die nicht umsonst gelebt haben, bei der Gestaltung einer humanen, kulturvollen und sozial abgesicherten Gesellschaft einmal von großem Nutzen sein werden. Dem ständigen Gerede von der „ehemaligen“ DDR und vom Aufbau des Sozialismus als „Versuch“ wird überzeugend begegnet. Wir stehen trotz unserer Niederlage fest in der Tradition

des Besten, was die deutsche Nation seit Thomas Müntzers Tagen hervorgebracht hat. Daß die DDR dennoch zugrunde ging, steht auf einem ganz anderen Blatt und hat vielfältige Ursachen.

Das Buch der Zeitzeugen-Autoren leistet einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zur Verbreitung der Wahrheit, zu dem man ja sagen muß.

Dr. Bernhard Igel

*Unabhängige Autoren-gemeinschaft „Als Zeitzeugen erlebt“. DDR-Erfahrungen für eine sozialistische Zukunft. Erlebnisse, Betrachtungen, Erkenntnisse, Dokumente. GNN-Verlag, Schkeuditz 2007. 452 S., 19 Euro, ISBN 978-3-89819-239-2*



Grafik: Heinrich Ruynat



# Wie ich als Partei- und Wirtschaftsfunktionär den Ausverkauf meines Greizer Betriebes erlebte

## Als die Treuhand zuschlug

Wir gehörten zum Kombinat Wolle und Seide, das ca. 48 000 Beschäftigte hatte. 1982 erhielten wir, damals als VEB Forschung und Entwicklung, die Auflage, für die Textilbetriebe des Ministeriums für Leichtindustrie Industrieroboter zu entwickeln, herzustellen und in ausgesuchten Betrieben produktionswirksam zu machen. Als ausgebildete Textilfachleute waren wir von diesem Auftrag keineswegs begeistert, hatten wir doch von dieser Spezifik nur verschwommene Vorstellungen. Ich war Direktor für Planung/Ökonomie und in Personalunion Direktor für Rechnungswesen/Statistik, d. h. berufener Hauptbuchhalter. Da unser Leitungskollektiv keinen Sinn für einen von außen stammenden Parteisekretär hatte, ließ ich mich „überzeugen“, auch noch diese Funktion zu übernehmen.

Bis auf die Betriebsdirektoren blieb unser Stammpersonal über 27 Jahre konstant. Wir holten uns, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden, Elektroniker und Informatiker und begannen mit der Entwicklung von Datenerfassungsanlagen für Textilmaschinen, rechnergestützten Farbzeptur-Computern (Farbmetrik), Leiterplattenbestückung für Industrieroboter, temperaturabhängigen Geschwindigkeitssteuerungen an Trocknungsmaschinen u. v. m. Da die Räumlichkeiten der Forschungseinrichtung nicht mehr ausreichten, mußten wir die ehemalige Jahn-Färberei, die 1945 wegen ihrer Verstrickung in die Kriegswirtschaft der Nazis enteignet worden war, zum VEB Rationalisierungsmittelbau, später Greizer Industrieelektronik (GIE), umwandeln. Kosten der Rekonstruktion: 10 Mio. Mark. 1987 bezogen wir den mit modernen Maschinen und Anlagen versehenen Betrieb. Er beschäftigte 84 Werk tätige, darunter 21 Vietnamesinnen. Das Aufbaukollektiv erhielt den Vaterländischen Verdienstorden. Wir konnten auf unsere Leistung stolz sein, denn bei z. T. fehlenden Baubilanzen und unzureichenden Baukapazitäten ließ sich das nur mit hohem persönlichem Einsatz bewerkstelligen.

Ab September/Oktobre 1989 wirkte sich die politische Situation in der DDR auch auf das bisher ruhige Betriebsklima aus. Unsicherheit machte sich bei den Leitungskadern bemerkbar. Die Betriebspartei gruppe wurde aufgelöst, Austritte aus der SED mehrten sich. Erschütternd für mich war die Kopf- und Ratlosigkeit von Funktionären der Leitungen aller Ebenen. Wo waren in dieser akuten Krisensituation die Koryphäen der ZK-Institute, die Professoren und Doktoren für Marxismus-Leninismus, die Dozenten der Parteischulen? Wir warteten vergeblich auf verbindliche Handlungsrichtlinien.

Uns Industrielleuten waren bereits Anfang der 80er Jahre Zweifel an der Richtigkeit

des vorgegebenen Kurses gekommen. Die Parteitage brachten nichts mehr. Der Geldumlauf stieg von Jahr zu Jahr. Die Preispolitik, das zwar gut gemeinte, aber nicht finanzierbare sozialpolitische Programm, die meisten Parteilehrjahrsveranstaltungen, der Wettbewerb, die Heuristik, die Netzplantechnik, Industriepreisreformen, leistungsbezogene Gehälter, Planfortschreibungen – all das führte nicht zu dem notwendigen Schub. LPG-Bauern nutzten hemmungslos die unverständliche Preispolitik aus und fütterten ihre Hausschweine mit subventioniertem Brot. Sie verkauften ihr Kaninchen im Konsum für 18 Mark und nahmen dasselbe dann für einen Ladenpreis von 6 Mark wieder mit.

Ich erlebte, wie Fachdirektoren sich nach jeder Leipziger Messe über die Ignoranz oder den Verrat von Günter Mittag ausließen, wie die sogenannte AEK (Außenhandelsertragskennziffer) auf dessen Weisung in unserem Kombinat bis auf 0,25 abgesenkt wurde. Mit anderen Worten: Wir verkauften unsere Textilerzeugnisse bei einem Kostenaufwand von 1 Mark für 25 Pfennige. Als Betriebspartei sekretäre berichteten wir der Kreisleitung von diesen Disproportionen und fanden keinen Widerhall. Neben objektiven Belastungen, die durch den unversöhnlichen Klassen- und Wirtschaftskampf hervorgerufen wurden, offenbarten sich eindeutige subjektive Leitungs- und Wissensschwächen von Mitarbeitern des Apparats. Als die Sowjetunion zusammenbrach, waren die Messen für die DDR gesungen. Der freie Fall von der Kompensationswirtschaft in die offene Valutawirtschaft war der Todesstoß für ihre Ökonomie. Auch eine (nicht mehr vorhandene) Handlungsfreiheit der Regierung, militärisch einzugreifen, hätte den wirtschaftlichen Kollaps der DDR nicht aufhalten können.

Die Tendenz, den Verdacht des Verrats analog zu dem Gorbatschows auch auf bestimmte DDR-Leitungskader zu beziehen, verstärkte sich. Jetzt hieß es: „Rette

sich, wer und wie er kann.“ Auch ich war nicht frei von Zukunftsangst. Mir war bewußt, daß der Plan zur Zerschlagung der DDR-Industrie und des staatlichen wie genossenschaftlichen Handels, auch der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Staatsgüter, von DDR-Wissenschaft und Kultur, Volksbildung und Gesundheitswesen bereits generalstabsmäßig ausgearbeitet vorlag und 1990 mit maximaler Energie hemmungslos umgesetzt wurde.

An einer Wandtafel im Betrieb stand mit Kreide gekritzelt: „Henning raus!“ Von Kollegen wurde die Forderung gegnerischer Kräfte dreimal weggewischt. Ebensooft tauchte sie wieder auf. Dann war die Luft raus.

Als Noch-Betriebsleitung beschlossen wir, eine GmbH zu gründen. Zuvor wurde ich als Hauptbuchhalter abberufen und als einer von drei Geschäftsführern durch unseren Noch-Generaldirektor bestätigt. Ich übernahm den ökonomischen Bereich, wobei ich nicht wußte, wie ich mich im kapitalistischen Betrieb bezeichnen sollte. Ich arbeitete eine neue Leitungsstruktur mit aus. Eines Tages tauchten Wessis im Namen der Treuhand als Beutegermanen auf. Ich legte noch die Abschlußbilanz per 31. 12. 1989 vor. Der erste Schritt zu „Freiheit und Demokratie“ begann damit, daß ein Wessi-Steuerbürokrat meine Bilanz auf seinen Kopfbogen übertrug, einige typisch kapitalistische Positionsbegriffe wie Cash-flow und Darlehen einbrachte und nach der Bestätigung der Bilanz für sein Wirken 7500 DM kassierte. Den neuen Bedingungen gerecht werdend, mußte ich die Fläche, auf der unsere Firma errichtet war, für die GIE in das Grundbuch eintragen lassen. Eine umfangreiche Korrespondenz mit der Treuhand in Berlin, die sich damals noch als Treuhänder für DDR-Betriebe ausgab, setzte ein. Die Wessi-Erben der Färberei Jahn erwarteten. Sie hofften auf schnelles Geld, war doch ein völlig sanierter Betrieb durch uns aufgebaut worden. Sie erhielten eine Abfindung, wurden aber nicht grundbuchmäßige Eigentümer. Die Treuhand suchte nun unseren Betrieb so rasch und so billig wie möglich an Wessis zu veräußern – ein Vorgang, dessen Tragweite mir anfangs nicht bewußt war. Der Vollständigkeit halber muß gesagt werden, daß ich darauf hingewiesen wurde, die Firma durch „Management buy-out“, aber zu unerschwinglichen Preisen zu übernehmen. Theoretisch standen noch Kreditschulden von 500 000 M auf der Passivseite, die die Deutsche Bank ohne eigene Leistung von uns einforderte.

In einem zweiten Artikel werde ich mich zu Erfahrungen als Geschäftsführer und zeitweiliger Liquidator des Betriebes äußern.

**Dietrich Henning, Reimersgrün**

Die **RF-Regionalgruppe Erfurt** lädt für den **15. Dezember** um **10 Uhr** zu einer Veranstaltung in die Gaststätte „Rudelsburg“, Rudolstädter Straße 34, sehr herzlich ein.

**Prof. Dr. Eike Kopf**, der seit 1997 in Beijing tätig ist, spricht über die

## Ergebnisse des 7. Parteitags der KP Chinas

In den ersten Augusttagen dieses Jahres wurde bekannt, daß die Staatsanwaltschaften in Berlin, München, Hamburg und Frankfurt/Main Ermittlungsverfahren gegen 17 Journalisten wegen Beihilfe zur Verletzung des Dienstgeheimnisses gem. §§ 353 b, 27 StGB eingeleitet hatte. Betroffen waren Journalisten des „Sterns“, des „Spiegels“, der „Süddeutschen Zeitung“, der „Berliner Zeitung“ und der „Zeit“. Dem Geschehen ging ein Schreiben des Vorsitzenden des BND-Untersuchungsausschusses Siegfried Kauder an den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert voraus, in dem Kauder zu prüfen bat, „ob die Ermächtigung für ein Ermittlungsverfahren erteilt“ wird. „Eine bestimmte Stoßrichtung“ habe er dabei nicht an-

füllten die Beamten etwa 15 Kisten mit Leitz-Ordern und Tonbändern. Parallel dazu durchsuchte ein Polizeitrupp die „Cicero“-Redaktionsräume in Potsdam. Die Verfassungsbeschwerde des „Cicero“-Chefredakteurs hatte Erfolg: In den Leitsätzen zum Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 27. Februar 2007 in dieser Sache hieß es klar und unmißverständlich:  
 „1. Durchsuchungen und Beschlagnahmen in einem Ermittlungsverfahren gegen Presseangehörige sind verfassungsrechtlich unzulässig, wenn sie ausschließlich oder vorwiegend dem Zweck dienen, die Person des Informanten zu ermitteln.  
 2. Die bloße Veröffentlichung eines Dienstgeheimnisses im Sinne des § 353 b

Bereits im Januar 2006 war dem Bundestagspräsidenten Lammert ein Schreiben des Chefs des Kanzleramtes de Maizière zugegangen, in dem es hieß, daß die Regierung nicht beabsichtige, „weitere Erklärungen zu den operativen Aktivitäten des BND im Irak-Krieg abzugeben bzw. abgeben zu lassen“, ausgenommen wurde allein das PKG. Hinter dieser scheinbar harmlosen Äußerung verbirgt sich, wie Wolfgang Neskovic (damals der Vertreter der Linksfraktion) betonte, in Wirklichkeit ein versuchter Rechtsbruch: Das PKG darf keine öffentlichen Bewertungen vornehmen, es ist gar nicht in der Lage, Sachverhalte ausreichend aufzuklären, es kann nicht umfassend auf Beweismittel zugreifen, es kann keine Zeugen vernehmen und diese auch nicht vereidigen. Das Gremium verfügt auch nicht über die nötigen personellen Möglichkeiten. Nachdem sich der Ausschuß (kein einziges Mitglied der CDU/CSU und der SPD stimmte im Bundestag dafür!) trotz aller Anstrengungen nicht verhindern ließ – Art. 44 GG besagt: „Der Bundestag hat auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen ...“ –, wurde die folgende Lösung für seine Zusammensetzung gefunden: Dem elfköpfigen Gremium gehören vier Mitglieder der CDU/CSU und vier Vertreter der SPD, aber nur je ein (!) Abgeordneter der FDP, der Linken und der Grünen an. Ausschußvorsitzender ist Siegfried Kauder, Bruder des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker K. Als sein Stellvertreter fungiert Michael Hartmann, stellvertretender innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Frage: Wessen Interessen vertreten Mitglieder der Regierungsparteien in einem von der Regierung nicht gewollten Untersuchungsausschuß, der eine Fülle offener Fragen der Regierungsarbeit beantworten und Konsequenzen daraus ableiten soll?

Stil und Ton, den CDU und SPD in den Ausschuß hineintragen, illustriert ein Sitzungsbericht zum Fall El Masri: „Kaum ist die öffentliche Sitzung beendet, ziehen die Obleute von Union und SPD gegen FDP, Linkspartei und Grüne kräftig vom Leder. Die Opposition solle eine Kurskorrektur vornehmen und die Arbeit des Gremiums straffen. Sonst gerate dessen Ruf der Ernsthaftigkeit in Gefahr!“ (Das Parlament, 9./10. Oktober 2006)

Die Sitzung war von einer 30 Mann starken Aufpassergruppe aller betroffenen Ministerien und Dienststellen verfolgt worden. Sie sorgte auch dafür, daß bei möglicherweise kritischen Fragen sofort die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, weil sich die Bundesregierung nicht in der Lage sah, die als VS-NfD gekennzeichneten Dokumente „herunterzustufen“, obwohl der Ausschuß das seit Wochen beantragt hatte.

Bundestagspräsident Lammert hat übrigens die Staatsanwaltschaft ermächtigt, auch gegen „Geheimnisträger“ (Abgeordnete) zu ermitteln. Deren Nachforschungen seien gegen „Unbekannt“ zu richten!

**Hans Gebhardt**

## Warum sich der BND-Untersuchungsausschuß als Totgeburt erweist Hornberger Schießen

gegeben, behauptete der CDU-Politiker. „Ich mußte in den öffentlichen Sitzungen erleben, daß Ausschußmitglieder statt sich auf geheime Akten zu berufen Presseberichte heranzogen, so hatten wir auf einmal geheime Sachverhalte in öffentlichen Sitzungen.“ Die „deutliche Behinderung der Ausschußarbeit“ durch Presseveröffentlichungen könne nicht länger hingenommen werden. Soweit die verlogene Begründung des Ausschußvorsitzenden Kauder. Der Bundesvorsitzende des DJV, Michael Konken, sprach von einem in der BRD in diesem Umfang einmaligen Vorgang. „In bislang ungekanntem Ausmaß wird der Informantenschutz ausgehöhlt. Journalisten und Informanten sollen eingeschüchtert werden.“ Und Rüdiger Bagger, Oberstaatsanwalt in Hamburg, formulierte deutlich: „Nach dem Cicero-Urteil ist ein solches Verfahren Quatsch!“ (Gemeint ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Februar 2007.) Dieser Entscheidung gingen folgende Ereignisse voraus: In der Aprilausgabe 2005 des Magazins „Cicero“ war ein Artikel über den Terroristen al Zarqawi erschienen. Dieser baute auf einem Bericht des Bundeskriminalamtes vom September 2004 auf, der als VS gekennzeichnet war. Gegen den Chefredakteur des „Ciceros“ und den Verfasser des Beitrags wurden daraufhin Ermittlungsverfahren eingeleitet. Im „Stern“ Nr. 39/2005 war über die Durchsuchung der Wohnung des Artikelschreibers zu lesen: „Statt auf den Hausherrn trafen die Beamten auf deutsche Doggen ... Eine Hundefängerin band die Tiere an, dann kletterte der erste Ermittler durchs Badezimmerfenster (!) in die Wohnung.“ Bis 16 Uhr

StGB durch einen Journalisten reicht im Hinblick auf Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG (Pressefreiheit) nicht aus, um einen den strafprozessualen Ermächtigungen zur Durchsuchung und Beschlagnahme genügenden Verdacht der Beihilfe des Journalisten zum Geheimnisverrat zu begründen.“ Wie sich zeigt, hat auch dieses Urteil nicht zu einer hinreichenden „Hemmschwelle“ geführt. Das liegt allerdings ganz wesentlich an der gewollten Stoßrichtung: Zum Untersuchungsauftrag des BND-Ausschusses heißt es scheinbar unverfänglich: „Die Bundesregierung hat am 20. Februar 2006 dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) des Deutschen Bundestages einen Bericht ‚Zu Vorgängen im Zusammenhang mit dem Irakkrieg und der Bekämpfung des internationalen Terrorismus‘ vorgelegt. Zur Klärung der noch offenen Fragen/Bewertungen und gebotenen Konsequenzen wird ein Untersuchungsausschuß gem. Artikel 44 Grundgesetz eingesetzt.“ In Wirklichkeit unternahm die Bundesregierung von Beginn an alles, die Bildung dieses Ausschusses, den die Öffentlichkeit – nach wochenlangem parteiinternen Gerangel der Grünen – und die Opposition im Bundestag forderten, zu verhindern. Kennzeichnend dafür war, was „Das Parlament“ am 15. Mai 2006 schrieb: „Kanzlerin Angela Merkel persönlich bringt zeitgleich bei der 50-Jahr-Feier des BND den Zündstoff auf den Punkt und warnt die Kommission davor, die Tätigkeit der Nachrichtendienste zu gefährden. Im Klartext: Stadler, Neskovic und Ströbele als den drei Musketieren der Opposition dürfte der Einblick in die Unterlagen der Geheimen nicht gerade einfach gemacht werden.“

# Klaus Gysi diente der DDR zeit ihres Bestehens

## Ein treuer Kommunist

Jener Tag des Jahres 1928 war das Schlüsselerlebnis für den 16jährigen Gymnasiasten Klaus Gysi. Er stand am Fenster der elterlichen Wohnung im Berliner Arbeiterbezirk Neukölln und beobachtete Menschen, die auf der Straße gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung demonstrierten. Plötzlich rückte Polizei an, die die Menge auseinandertrieb. Brutal prügeln die Uniformierten auf Männer, Frauen und Kinder ein. Dann gab der leitende Offizier den Schießbefehl. Ein Arbeiter blieb tot am Boden liegen, andere mußten ins Krankenhaus gebracht werden. An einem der folgenden Tage meldete sich Klaus, unterstützt von seiner Mutter, beim Kommunistischen Jugendverband an und trat dem Sozialistischen Schülerbund bei.

Dieser Entschluß kam nicht von ungefähr. Der am 3. März 1912 geborene Klaus Gysi wuchs in einer sehr fortschrittlichen und demokratischen Familie auf. Seine Vorfahren, unter denen sich Menschen jüdischen Glaubens befanden, gehörten dem gebildeten Bürgertum an. Vater Hermann, Arzt von Beruf, und Mutter Erna sympathisierten mit der Arbeiterbewegung. Dr. Gysi, Mitglied im sozialistischen Ärzteverband, unterhielt seine Praxis in Neukölln und behandelte vorwiegend arme Leute. Klaus erinnerte sich daran, daß die Eltern 1918/19 von der Reaktion verfolgten Revolutionären in ihrer Wohnung Unterkunft, Nahrung und Bekleidung gewährten.

Der junge Gysi besuchte zunächst die Volksschule, dann das Gymnasium. Dort erregte er bald das Mißfallen seiner bürgerlichen Lehrer, denn der hochbegabte, redegewandte Jungkommunist vertrat Meinungen, die an einer solchen Bildungseinrichtung nicht gern gehört wurden. Um einem Rausschmiß zuvorzukommen, schickten ihn die Eltern auf eine Schule in Hessen. Nach dem Abitur in Darmstadt begann Klaus Gysi 1931 das Studium der Volkswirtschaft in Frankfurt/Main, das er an der Pariser Sorbonne, in Innsbruck und ab Sommer 1933 in Berlin fortsetzte. Nachdem er zwei Jahre später die Prüfung als Diplom-Volkswirt bestanden hatte, jagten ihn die Naziprofessoren aus rassistischen Gründen von der Universität.

Doch der 23jährige Akademiker hatte sich längst für den politischen Kampf gegen Kapitalismus und Faschismus entschieden. Mit 19 war er in die KPD aufgenommen worden und natürlich auch in den Roten Studentenverband. 1934 wählten ihn seine Genossen in die illegale Leitung des KJVD Berlin. Im Auftrag der Partei und des Studentenverbandes unternahm er von nun an Fahrten als Kurier nach England, in die CSR und nach Frankreich, wohin inzwischen seine Mutter emigriert

war, um der Judenverfolgung im Nazi-Staat zu entgehen. Doch zu Kriegsbeginn sperrten ihn die Franzosen in verschiedene Lager. Daraus entlassen, marschierte er zu Fuß nach Toulouse, um sich dort der von Albert Norden und Alexander Abusch geleiteten KPD-Gruppe anzuschließen. Und er übernahm den Parteauftrag, zur illegalen Arbeit nach Deutschland zurückzukehren.



Mit großer Klugheit bewerkstelligte es der 28jährige, gemeinsam mit seiner Frau Irene nach Berlin zu gelangen und mit Hilfe eines alten Genossen eine sichere Unterkunft zu finden. Wiederholt konnte er die Nazibürokratie überlisten, nicht nur um den Status eines Staatsbürgers zu erlangen, sondern auch um der Einberufung zur Wehrmacht zu entgehen, wobei ihm Dr. med. Helga Wittbrodt, die spätere Ärztliche Direktorin des DDR-Regierungskrankenhauses, half. Eine Anstellung fand er als freiberuflicher wissenschaftlicher Mitarbeiter im Verlag Hoppenstedt & Co, Spezialarchiv der deutschen Wirtschaft. Gemäß dem Parteauftrag nahm er Kontakt zu Hitlergegnern auf, koordinierte die Tätigkeit von Widerstandsgruppen und beriet mit ihnen Maßnahmen der Propaganda und Sabotage, verteilte Flugblätter und Zeitungen, sammelte Informationen über Rüstungsbetriebe und Geld für Familienverhafteter.

Im Mai 1945 stellte er sich sofort der Partei zur Verfügung. Er wurde Mitglied der KPD-Kreisleitung in Berlin-Zehlendorf und Bürgermeister dieses Stadtbezirks.

Doch die bald einrückenden Amerikaner wollten keinen Kommunisten auf diesem Posten haben. So übernahm er im Ostsektor die Chefredaktion der kulturpolitischen Zeitschrift „Aufbau“, wirkte gleichzeitig als Mitglied des Präsidiums und ab 1949 als Bundessekretär des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. Von 1949 bis 1954 gehörte er der Volkskammer der DDR an. Im Zuge der Überprüfung der Parteimitgliedschaft wurde er von seinen Funktionen abgelöst und arbeitete zunächst als Abteilungsleiter im Verlag Volk und Wissen, bis man ihn 1957 an die Spitze des Aufbau-Verlags stellte. Damit konnte er, wie er einmal wissen ließ, seinen Lieblingsberuf ausüben, als Verleger Dolmetscher zwischen Autoren und Lesern zu sein. Darüber hinaus diente er der Entwicklung der Literatur als Vorsteher des „Börsenvereins der Deutschen Buchhändler“. Als es nach dem 11. Plenum des ZK der SED 1965 darum ging, zwischen der Kulturpolitik der Partei und Künstlern der DDR wieder einen Konsens zu finden, berief die Regierung Klaus Gysi zum Minister für Kultur. Zugleich erhielt er erneut das Mandat für die oberste Volksvertretung, das er bis 1970 ausübte.

1973 besuchte die völkerrechtliche Anerkennung der DDR dem Kommunisten Gysi eine neue Herausforderung. Der sozialistische deutsche Staat entsandte ihn als Botschafter nach Rom, wo er die DDR fünf Jahre erfolgreich bei der Republik Italien, dem Vatikan und der Republik Malta vertrat.

Schon im Jahr darauf erteilten Partei und Regierung dem inzwischen 67jährigen abermals einen wichtigen politischen Auftrag. Im November 1979 wurde er zum Staatssekretär für Kirchenfragen berufen. Bis 1988 widmete er sich mit ganzer Kraft der nicht leichten Aufgabe, das kooperativ-konstruktive Verhältnis von Staat und Kirche auszubauen, für das sich Erich Honecker am 6. März 1978 im Gespräch mit dem Vorstand des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR ausgesprochen hatte.

Aus Gesundheitsgründen schied Klaus Gysi, dem die Friedrich-Schiller-Universität Jena im April 1987 die Ehrendoktorwürde verliehen hatte, im Juli 1988 aus der aktiven politischen Arbeit aus. Er betätigte sich aktiv in seiner Partei, der SED, und gehörte dann bis zu seinem Tod am 6. März 1999 der PDS an. Ein erfülltes Leben im Dienste der Arbeiterklasse war zu Ende gegangen.

Kein anderer als der Sekretär des Britischen Kirchenrates, Paul Oestreicher, bescheinigte Klaus Gysi in einem Nachruf: „Er ist bei aller Schwierigkeit seiner Sache treu geblieben.“

# Hat Adenauer wirklich die Kriegsgefangenen aus Rußland heimgeholt?

## Als Grotewohl nach Moskau fuhr

Als das Meinungsforschungsinstitut Allensbach von den Bundesbürgern wissen wollte, welches das größte Verdienst Konrad Adenauers gewesen wäre, lautete die Antwort: „Die Heimführung der Kriegsgefangenen aus Rußland“.

Kein Wunder, wird doch in Geschichtsbüchern und Medienberichten ständig behauptet, Adenauer habe im September 1955 in Moskau einen „heroischen Kampf“ geführt, um die Kriegsgefangenen freizubekommen. Nach seiner Rückkehr wurde er mit Jubel empfangen. Doch wie verhielt es sich wirklich?

In Europa wurden etwa 11 Millionen Angehörige der faschistischen Wehrmacht und der Waffen-SS von Armeen der Antihitlerkoalition interniert, knapp acht Millionen von den Westalliierten, etwas über drei Millionen durch die Sowjetarmee.

Seit dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion gerieten nahezu sechs Millionen Rotarmisten in deutsche Kriegsgefangenschaft. Nur jeder Zehnte überlebte das Kriegsende. Kaum eine Familie war von der Kriegsgefangenenfrage nicht betroffen. Deshalb stellte sie für die Kommunisten schon seit Jahren ein vorrangiges Thema ihrer Politik dar. Bereits in ihrem Gründungsauftrag vom 11. Juni 1945 nahm die KPD dazu Stellung.

Im kalten Krieg wurde das Thema instrumentalisiert. Das Schicksal der Kriegsgefangenen diente der westlichen Propaganda für eine maßlose antisowjetische Hetze. Die Wahrheit wurde verschwiegen, gebeugt und verdrängt. Zeitzeugen, die anderes als das Gewünschte berichten, läßt man nicht zu Wort kommen. 2003 drehte das ZDF eine fünfteilige Dokumentation „Die Gefangenen“. Bei mir meldete sich ein Aufnahmeteam, weil ich bei den Verhandlungen zwischen der DDR und der UdSSR zugegen war, die auch zur Entlassung von verurteilten Kriegsgefangenen geführt worden sind. Außerdem befand ich mich selbst fast fünf Jahre in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Auf Grund meiner Erfahrungen im Umgang mit bürgerlichen Journalisten zögerte ich mit einer Zusage. Schließlich willigte ich ein, glaube ich doch, etwas zur historischen Wahrheit beisteuern zu können. Man bedankte sich mündlich und schriftlich für das Gespräch und nannte mir den Sendetermin. Doch eine Woche vor der Ausstrahlung erhielt ich die Aufzeichnung zugesandt. „Zu meinem eigenen Bedauern wurde die Kriegsgefangenenfrage aus Sicht der DDR und die Moskau-Reise der Grotewohl-Delegation ganzheitlich aus der Dokumentation ausgeklammert“, stand im Begleitschreiben. Man bat mich „um Verständnis“.

Für eine solche Leugnung der Historie hatte ich indes kein Verständnis. Unter Mitarbeit von Elisabeth Ittershagen und Frank Schumann habe ich das, was das

ZDF verschwiegen, in einem Buch publik gemacht.

Anfang 1950 berichtete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS, „daß die letzte Gruppe von 17 538 Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückgeführt worden“ und die Repatriierung damit „vollständig abgeschlossen“ sei. In der UdSSR befänden sich noch etwa 35 000 wegen Nazi- und Kriegsverbrechen Verurteilte.

Am 20. August 1953 fuhr auf Einladung der Regierung der UdSSR die erste offizielle Regierungsdelegation der DDR unter Leitung Otto Grotewohls zu Verhandlungen nach Moskau. Ich gehörte ihr an.

Wenige Tage zuvor hatte die UdSSR in einer Note an die Westmächte die Einberufung einer Friedenskonferenz und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland sowie die Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung und freie gesamtdeutsche Wahlen vorgeschlagen. Die Reduzierung der finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen, „die mit den Kriegsfolgen zusammenhängen“, wurde in Aussicht gestellt.

Im Ergebnis der dreitägigen Verhandlungen erließ Moskau ab September 1954 der DDR alle weiteren Reparationen, die restlichen 33 SAG-Betriebe wurden entschädigungslos übergeben und die Versorgung der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen zu 75 % von der UdSSR übernommen. Die DDR erhielt einen Kredit über 485 Mio. Rubel, davon 135 Mio. in Devisen. Für 590 Mio. Rbl. wurden zusätzliche Lieferungen von Lebensmitteln und Rohstoffen zugesagt. Die bestehenden diplomatischen Missionen beider Staaten erhob man in den Rang von Botschaften.

Nachdem Otto Grotewohl im Kreis der Delegation die Kriegsgefangenenfrage aufgeworfen hatte, wurde entschieden, sie in die Verhandlungen einzubringen. Das war keineswegs leicht, da hier an grundsätzlichen Anschauungen der Sowjetunion gerüttelt wurde. Sie wollte die verurteilten Kriegsgefangenen ihre Strafen in der UdSSR absitzen lassen. Aber in Deutschland warteten noch zehntausend Familien auf die Zurückgebliebenen. Etliche von ihnen wandten sich hilfeschend an die Führung der DDR. Am Ende der Verhandlungen hieß es im Kommuniké: „Auf Grund eines Ersuchens der Regierungsdelegation der DDR wurde folgende Vereinbarung getroffen: Es werden nach einem festgesetzten Modus Maßnahmen getroffen, um die deutschen Kriegsgefangenen von der weiteren Verbüßung ihrer Strafen zu befreien, zu denen sie für während des Krieges begangene Verbrechen verurteilt wurden. Hiervon ausgenommen sind Personen, die besonders schwere Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit begangen haben.“

Schon nach wenigen Wochen trafen die ersten Transporte in Deutschland ein. Das zog sich auch über die Jahre 1954 bis 1956 weiter hin. Zu einem Empfang mit Pauken und Trompeten, Schulklassen, Chören und Glockengeläut gab es für diese Heimkehrer keinen Grund. Aber ihre Eingliederung in die Gesellschaft, in Arbeit und Brot sowie ihre Unterbringung waren vorbereitet.

Nach dem Gipfeltreffen der Regierungschefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR im Juni 1955 in Genf legte die sowjetische Delegation mit Chruschtschow und Bulganin auf dem Rückflug einen Zwischenaufenthalt in Berlin ein. Bei den Gesprächen mit der Führung der DDR wurde auch die Frage aufgeworfen, ob die Rückführung des noch verbliebenen Teils ehemaliger deutscher Kriegsgefangener, die eine Strafe für von ihnen während des Krieges begangene Verbrechen verbüßten, möglich sei.

Am 31. August 1955 schrieb Präsident Wilhelm Pieck an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets: „Deshalb halte ich es für angebracht, mich an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, zu dessen Kompetenz die endgültige Lösung dieser Frage gehört, mit dem offiziellen Gesuch der Deutschen Demokratischen Republik über die vorzeitige Entlassung und Rückführung aller ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, die in der Sowjetunion eine Strafe verbüßen, zu wenden. In Anbetracht dessen, daß seit Beendigung des Krieges mehr als zehn Jahre vergangen sind, erlaube ich mir der Hoffnung auf eine wohlwollende Prüfung meiner Bitte Ausdruck zu verleihen.“

Das ist vermutlich der letzte und entscheidende Anstoß für die sowjetische Seite gewesen, sich der verbliebenen Personen zu entledigen. Und nicht etwa die Show, die Adenauer zwei Wochen später in Moskau abzog.

Bereits im Juni 1955 hatte Chruschtschow das ZK der SED über Pläne informiert, Adenauer nach Moskau einzuladen. Es gehe um Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten. In Adenauers positiver Reaktion auf die Einladung verlangte dieser, Moskau solle 90626 namentlich bekannte Personen, die sich noch in sowjetischem Gewahrsam befänden, freilassen. Die sowjetische Führung teilte das der SED-Spitze am 14. Juni mit. Man gehe davon aus, daß Adenauer dieses Thema auch am Verhandlungstisch aufwerfen werde. „Deshalb möchten wir diese Frage mit Ihnen vor den Verhandlungen mit Adenauer erörtern“, hieß es im Schreiben Chruschtschows. „Es ist vorgesehen, als abschließenden Akt einen Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über die Freilassung und Repatriierung der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilpersonen, die in der

UdSSR Strafen verbüßen, zu veröffentlichen, worin festgestellt werden soll, daß die Freilassung entsprechend eines Ersuchens der Regierung der DDR und der Regierung der Deutschen Bundesrepublik erfolgt.“ Noch ehe Adenauer also seinen Fuß auf sowjetischen Boden setzte, war alles in Absprache mit der DDR-Führung entschieden.

Bei der Ankunft der ersten 600 Angehörigen der SS und anderer Abgeurteilter in Friedland lief die westdeutsche Propaganda bereits auf Höchststouren: kilometerlanges Menschenspalier, fähnchenschwingende Schulklassen und Chöre. Politiker, Landsmannschaften, Rundfunk, Presse – alles war da. „In Westdeutsch-

land werden Kriegsverbrecher gefeiert“, titelte die „Prawda“. Andere sowjetische Blätter konstatierten „eine zügellose Verherrlichung der Mitschuldigen hitlerischer Verbrechen“. Mit Pathos und mediatem Getöse legten diese einen „Schwur der Heimkehrer“ ab, nicht gemordet, geschändet und geplündert zu haben. „Wenn wir Leid und Not über andere Menschen gebracht haben, so geschah es nach den Gesetzen des Krieges.“

Wohl selten in der Geschichte sind so viele Meide auf einmal geleistet worden. Doch bald darauf erklärte „Bundesvertriebenenminister“ Oberländer vor einer Gruppe aus Gründen der Humanität von der UdSSR vorzeitig entlassener

kriegsverurteilter Hitlergenerale: „Wir brauchen Sie noch, denken Sie an die 18 Millionen Deutschen in der Sowjetzone.“ Das war unmißverständlich.

Übrigens: Bei den Bundestagswahlen 1957 legte die CDU des „Gefangenen-Befreiers“ Adenauer fünf Prozent zu und errang 50,2 Prozent der Stimmen, so viel wie nie zuvor und nie danach. **Dr. Hans Reichelt**

*Unser Autor war Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR. Der Titel des erwähnten Buches lautet: „Die deutschen Kriegsheimkehrer – Was hat die DDR für sie getan? Es erschien 2007 bei edition ost, Berlin. Preis: 14,90*

## Kinderarmut – ein Attribut der BRD, nicht der DDR Wenn die Enkel in den Tierpark wollen ...

Die Tatsache, daß nach einer UNICEF-Statistik etwa 1,7 Millionen Kinder in der BRD unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, ist schlimm genug. Daß aber im Osten – der früheren DDR – die Quote der Kinderarmut mit 23,7 % gegenüber der Westdeutschlands (12,4 %) fast doppelt so hoch liegt, beweist die Verlogenheit des Geredes vom angeblichen Aufschwung Ost. Parallelen bestehen auch beim jeweiligen Arbeitslosenanteil.

Ich will den weiteren Verarmungsprozeß durch die aktuelle Verteuerung von Grundnahrungsmitteln und Tarifen hier außer acht lassen und mich den Möglichkeiten der Freizeitbetätigung von Kindern auf dem Territorium der damaligen DDR unter heutigen und früheren Umständen zuwenden.

Wir haben drei Enkelkinder im Alter von neun, fünf und drei Jahren. Eigentlich könnte man sein Dasein als Oma und Opa richtig ausleben. Durch gewisse Umstände gehören wir jedoch zum Kreis der ALG-II-Empfänger und genießen so die Segnungen der uns übergestülpten kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Angesichts ähnlich gelagerter wirtschaftlicher Verhältnisse ihrer Eltern haben unsere nicht gerade verwöhnten Enkel den Schluß gezogen, daß bei Oma und Opa immer noch mehr zu „holen“ sei als zu Hause. Die Nachgiebigkeit der Großeltern befördert ihre Wünsche, zum Beispiel nach einem Tierparkbesuch. Man sollte meinen: Na und. Auf geht's! Mitnichten! Was in DDR-Zeiten finanziell kein Problem war, wird für Hartz-IV-Empfänger zur Hürde.

Greifswald verfügt über einen liebevoll gestalteten kleinen Tierpark mit etwa 30 Arten. Ginge es nur um deren Betrachtung, wäre ein solcher Rundgang in etwa einer Stunde abgeschlossen. Obwohl die Eintrittspreise im Vergleich gar nicht überzogen sind, erweisen sie sich in unserem Falle als eigentlich unerschwinglich.

Machen wir die Probe aufs Exempel: Der Eintritt für zwei Erwachsene kostet 7 Euro, für drei Kinder über drei Jahre

weitere 6 Euro. Hinzu kommen die Fahr-scheine des Stadtbusses hin und zurück für die beiden Erwachsenen (6,80 Euro) und für drei Kinder (7,20 Euro). Summa summarum: 27 Euro. Damit die Kinder nicht auf den Gedanken kommen, auch noch Tierfutter kaufen zu wollen, haben wir daheim schon restliche Kekse und Gebäckkrümel eingesammelt, obwohl deren Verfütterung eigentlich gar nicht statthaft ist. In unserem Gepäck befinden sich eine Thermoskanne mit Kaffee und für die Kinder selbstgepreßter Apfelsaft. Um ein Eis kommen wir natürlich nicht herum, so daß die im voraus veranschlagten 30 Euro ausgegeben werden.

Sich unter den gleichen Umständen einen Kinobesuch vorzunehmen, grenzt geldlich gesehen fast an bürgerlichen Wohlstand. Die Eintrittskarte für eine Kindervorstellung kostet im Normalfall ca. 4,80 Euro und bei Überlänge des Films sogar noch einen Euro mehr. In Begleitung von Oma und Opa wären also Karten für fünf Personen zu erwerben, womit wir preislich schon bei mindestens 24 Euro angekommen sind. Der Stadtbuss schlägt auch hier wieder mit 14 Euro zu Buche, und schon sind wir bei 38 Euro angelangt, ohne auch nur eine Tüte Popcorn gekauft zu haben. Sicher, in gewissem Umfang sind Einsparungen durch Familien- und Fahrpreisermäßigungen möglich, aber letztlich nur dann, wenn der Besuch längerfristig geplant wird. Doch wer macht das schon, wenn die Kinder die Eigenart haben, ihre Wünsche spontan zu äußern und sie sofort erfüllt wissen zu wollen?

Erinnert sich vielleicht noch jemand daran, daß eine Kinokarte für Kinder in der DDR ganze 55 Pfennig und für Erwachsene 1,25 Mark gekostet hat, während für den Stadtbuss 20 Pfennig je Fahrt zu entrichten waren?

Wenn ich jetzt noch Preisvergleiche für Zirkusbesuche oder Schwimmbäder anstelle oder gar an die geringen Kosten der Kinderferiengestaltung erinnere, kommt man unwillkürlich auf den Gedanken, die sozialistische Gesellschaftsordnung und

den sie gestaltenden Staat als das menschen- und kinderfreundlichere System zu betrachten. Da kann der Kapitalismus nicht mithalten. Auch die frommsten Menschenrechtsbeteuerungen helfen ihm nicht aus der Patsche.

Ich höre schon Kritiker, die da sagen, solche Vergünstigungen seien der Vorenthaltung entsprechender Löhne geschuldet. Das mag ja alles richtig sein. Doch diese „Vorenthaltung“ kam den eigenen Kindern und Enkeln zugute. Man könnte sogar sagen, daß dieser „Lohnbestandteil“ nicht anderweitig verbraucht werden konnte, weil er eigens für Kinder reserviert wurde und somit zweckgebunden war.

**Edgar Kobi**

*Unser Autor schrieb die Bücher „Ich war ein Kind der DDR“ (ISBN 3-935039-42-5) und „Stolpern ins vereinte Deutschland“ (ISBN 3-935039-48-4).*



# Engelszungen verdrehen Friedrich Engels

Unter der Überschrift „Der Mensch – das Maß aller Dinge“ behauptete Prof. Dr. Ernst Luther: „In der DDR-Zeit galt in der marxistisch-leninistischen Philosophie und Weltanschauung die Formel ‚Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit.‘ Diese Formel diene letztendlich dazu, Menschen zu disziplinieren und Widerspruch als mangelnde Einsicht zu verurteilen. So wurde Engels, auf den man sich berief, in unredlicher Weise verfälscht. Nur wenige von uns Philosophen können sagen, sie hätten sich wie Ernst Bloch 1956 kategorisch dagegen verwahrt.“ So etwas konnte man am 21./22. Juli im ND lesen.

Da Luther über Redlichkeit und Unredlichkeit urteilen zu müssen meint, scheinen mir einige Bemerkungen angebracht. Offenbar ist der Autor immer noch in der unseligen „Traditionslinie“ einiger „Linker“ befangen, man könne Kritik am Kapitalismus nur üben, wenn man zuvor die sozialistische Wirklichkeit verunglimpft habe. Da Luther keine konkreten Beweise für seine verallgemeinernden Behauptungen liefert, sei es mir gestattet, genauso allgemein, wie er es getan hat, gegen ihn zu polemisieren. Mir ist kein philosophisches Werk bekannt, in dem die verkürzte Formel von der Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit als marxistisch-leninisti-

sche Wahrheit verkündet worden wäre. Und ich kenne an der Humboldt-Universität keinen Lehrer der Philosophie oder des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums aus DDR-Tagen, der so etwas getan hätte. Es gibt sicher noch einige tausend frühere Studenten, die sich daran erinnern, daß derjenige, welcher in einer Prüfung mit „Einsicht in die Notwendigkeit“ daherkam, schlechte Karten hatte. Natürlich wollten nicht wenige Hörer mit vereinfachten Formeln zu Erfolgen gelangen. Aber an der Universität und an anderen Bildungseinrichtungen, an denen ich unterrichtete, wurde selbstverständlich der Engelssche Text gelesen und anhand dessen der dialektische Charakter des komplizierten Problems erörtert. Außerdem wußten wir um die Worte von Marx und Engels: „... die freie Entwicklung eines jeden (ist) die Bedingung für die freie Entwicklung aller“. (MEW, 4/482)

Damit komme ich zu einem zweiten Problem, das mich bewegt. Aus Luthers Ausführungen habe ich erfahren, daß in der DDR Mut dazu gehört haben soll, sich gegen die verkürzte Auffassung zur Freiheit zu wenden. Ich habe das bisher nicht gewußt, aber vielleicht stelle ich nun doch noch einen Antrag, als Opfer des Stalinismus anerkannt zu werden. Frau Birthler bittet ja inständig, daß man ihr

weitere Widerstandskämpfer namhaft macht. Im Ernst: Da meine Vorlesungen über Freiheit und Notwendigkeit offenbar einigen Studenten gut gefallen haben, wurde ich mit diesem Thema – ich glaube, unter anderem wegen meiner Polemik gegen vereinfachende Vorstellungen – zu verschiedenen Lehrveranstaltungen außerhalb der Universität eingeladen. Natürlich habe ich dabei, je nach Zuhörerkreis, gegen jedwede Simplifizierungen in der Darstellung einiger Funktionäre, Offiziere usw. polemisiert. Ich wurde deshalb weder gerügt noch befragt.

Zu dem überstrapazierten und aus dem Zusammenhang gerissenen Luxemburg-Zitat von der „Freiheit der Andersdenkenden“ nur so viel: Da Luther sagt, es habe zwar Bücher von der KPD-Mitbegründerin gegeben, aber diese seien ja nicht beachtet worden, muß immerhin angemerkt werden, daß das fragliche Zitat in einer Luxemburg-Ausgabe in der DDR erschien und bis dahin in der BRD völlig unbekannt war. Das bei einer LL-Demonstration von einigen DDR-Gegnern in unredlicher Absicht verwendete Zitat wurde allein deshalb ins Gefecht geführt, um die Organe der sozialistischen Staatsmacht zu provozieren. **Dr. sc. Fritz Welsch**

# Wie Blüm und Sodann als Neukabarettisten ihren Zuschauern Sand in die Augen streuen

„Friede, Freude, Eierkuchen“ – so müßte das Programm der Neukabarettisten Norbert Blüm und Peter Sodann eigentlich heißen.

Nachdem das Fernsehen einen Ausschnitt zeigte, stellte ich mir die Frage, ob die Teilnehmer der anschließenden TV-Debatte auf den Inhalt des Programms vorher eingestimmt worden waren, oder ob sie wirklich so realitätsfremd sind, gar nicht zu bemerken, was ihnen von diesen beiden Herren eigentlich vorgesetzt wurde. Die Hauptaussage Norbert Blüms, die von sämtlichen Gesprächsbeteiligten mit großem Beifall aufgenommen wurde, bezog sich auf die „Mauer“. Er sagte, wobei ihm alle Anwesenden – darunter Gregor Gysi – beipflichteten: „Der Mauerfall ist meine größte Freude, weil damit die Kriegsgefahr gebannt wurde.“ Nach seiner Meinung habe 1989 der Frieden gesiegt.

Zu dieser Feststellung hatte niemand eine abweichende Meinung. Der Beifall verklang, und alle stimmten darin überein, daß die USA und die BRD den Frieden gesichert hätten. Niemand war darüber besorgt, daß Deutschland inzwischen im Schlepptau der Vereinigten Staaten erneut Kriege führt, die täglich unschuldigen Menschen Tod und Verderben bringen. Keiner der Akteure oder Gäste rüttelte die Fernsehzuschauer auf, indem er daran erinnerte, daß es wieder deut-

sche Bomber und Tornados gewesen seien und sind, die Angst und Schrecken über Millionen Menschen gebracht haben und bringen. Gestern in Jugoslawien, heute in Afghanistan.

Slobodan Milosevic, der von der großen Mehrheit seines Volkes als Präsident gewählt worden war, lehnte es ab, sein Land kampfflos an die NATO-Staaten auszuliefern. Das war sein Todesurteil.

Ein regulärer Prozeßausgang gegen ihn mußte vermieden werden. Dabei wäre die Entlarvung derer herausgekommen, die ihn unter Anklage gestellt hatten. Deshalb wurde in Den Haag ein Scheinprozeß inszeniert.

Man muß die Aussage Norbert Blüms also vom Kopf auf die Füße stellen: Der „Fall der Mauer“ hat keinen Frieden gebracht, sondern eine Ära der Unfriedlichkeit eingeleitet, die zu neuen Kriegen führte. Und Deutschland ist wieder dabei! Daran waren Leute wie Kohl, Schröder, Fischer, Struck, Merkel und Jung maßgeblich beteiligt, um hier nur einige Namen zu nennen.

Festzustellen bleibt: Eine Zustimmung zu Kriegseinsätzen hat es von Honecker, Krenz und Keßler nie gegeben. Die Völker Jugoslawiens wurden von Leuten wie Genscher aufeinandergehetzt, um einen Vorwand zu schaffen, dem Großkapital den Weg ans Schwarze Meer und in den

Kaukasus zu bahnen. Das Ganze gipfelte in der weiter vorangetriebenen Einkreisung Rußlands.

Angela Merkel übertrifft noch ihre Vorgänger. Sie setzt sich völlig ungeniert ins Boot der Amerikaner und muß es sich deshalb gefallen lassen, als Bushs europäische Lieblingsgespielin betrachtet zu werden.

Natürlich möchte ich nicht schlechthin Kritik an Kabarettisten üben. Humor und satirische Schärfe gehören zum Leben. Ich habe zum Beispiel die Dresdner „Herkuleskeule“ und die Leipziger „Pfeffermühle“ in unseren Betrieb nach Glauchau geholt. Das Programm der Wismarer „Rostklopfer“ habe ich gesehen. Bei jedem Berlinaufenthalt war ich in der „Distel“.

Was aber von Blüm und Sodann geboten wird, kann man nicht als echtes Kabarett betrachten. Es ist eine Show zur Volksverdummung und soll im Verbund mit dem täglichen ideologischen Trommelfeuer der Massenmedien dazu beitragen, großen Teilen der Bevölkerung die Fähigkeit zu politischer Orientierung zu entziehen. Dem darf man nicht tatenlos zusehen. Mit „Friede, Freude, Eierkuchen“ will man das bereits weithin gelähmte Bewußtsein der Bevölkerung noch mehr einschläfern. Schade nur um Peter Sodann. Er sollte sich nicht für ein solches Spektakel hergeben. **Manfred Wulf, Glauchau**

# Warum der Goldpreis alle Rekorde schlägt

## Der schwächelnde Dollar wird abgestoßen

Von der Öffentlichkeit relativ unbeachtet, erlebt Gold seit etwa 2002 eine unglaubliche Renaissance. Sein Preis steigt stetig an den Börsen. Das „Handelsblatt“ jubelte, daß der Preis für eine Unze Feingold (31,1035 g) am 1. Oktober 2007 mit 746,50 Dollar auf ein 28-Jahres-Hoch geklettert sei. Obwohl Gold im geschichtlichen Verlauf durch Papiergeld ersetzt wurde, spielte es stets eine wichtige Rolle für Geldentwertungsprozesse.

Mit dem Abkommen von Bretton Woods (1944) übernahmen die USA die Führung im Weltwährungssystem, und der Dollar ersetzte das britische Pfund als Welthandels- und Weltfinanzwährung. Die USA sicherten zu, daß eine Unze Feingold genau 35 Dollar kostete. Schon damals war dieses Versprechen mehr oder weniger unrealistisch und konnte auf Dauer nicht eingehalten werden. Die wesentlichen objektiven Gründe dafür waren das allgemeine Wachstum der Weltwirtschaft, steigende Kosten für die Goldgewinnung sowie allgemeine Entwertungsprozesse des Dollars und anderer westlicher Währungen. Seit 1961 versuchten die USA und sieben westeuropäische Länder, den Goldpreis durch Interventionen ihrer Staatsbanken zu stabilisieren und die notwendige Abwertung des Dollars und des Britischen Pfunds als der beiden Leitwährungen hinauszuzögern. Der Zusammenbruch des Pfunds im November 1967 war wie eine Eruption. Er löste einen Sturm auf den Londoner Goldmarkt aus.

Mit dessen Spaltung erfuhr Gold gegenüber dem Dollar eine deutliche Aufwertung. Erst vier Jahre später, 1971, wurde unter USA-Präsident Nixon die Wechselkursbindung des Dollars an Gold aufgehoben. Der offizielle Goldpreis und Gold für Zahlungen wurden abgeschafft. Der Preis für eine Unze Feingold kletterte 1980 schon mal kurzzeitig auf etwa 850 US-Dollar, obwohl der Internationale Währungsfonds im Zeitraum von 1976 bis 1980 zirka 25 Millionen Unzen im Wert von 1,6 Milliarden Dollar verkaufte. Danach sank der Goldpreis erheblich. Der Preis pro Unze Feingold sackte zeitweilig auf unter 300 Dollar ab. 1985 lag er bei 317 Dollar. Besonders auffällig sind die Jahre zwischen 1998 bis 2002. Der Jahresdurchschnittspreis für eine Unze Feingold schwankte in diesem Zeitraum zwischen 279 und 310 Dollar. Damit dürfte er weit unter den Produktionskosten für die Goldgewinnung gelegen haben.

Die amerikanische Gruppierung „Gold Anti-Trust Action Committee“ (GATA) meinte deshalb, daß sich die USA-Regierung seit 1994 mit führenden Banken verschworen habe, den Goldpreis auf niedrigem Niveau zu halten. Einerseits ginge es um riesige Profite für die Banken, und andererseits sollte ein starker Dollar vorgegaukelt werden. Begründet wird diese These damit, daß zwischen 1998 und 2001 die Nachfrage nach Gold deutlich größer gewesen sei als die jährliche Fördermenge, was eigentlich zu höheren Goldpreisen auf den internationalen Märkten hätte führen müssen. („Der Spiegel“, 1. 6. 2006, „Konspiration im Herrenclub?“) Diese Auffassung

wäre durchaus schlüssig, wenn es nach der reinen Lehre von der kapitalistischen Marktwirtschaft ginge. Gold ist jedoch eine ganz normale Ware, wie andere Rohstoffe auch. Es unterliegt den gleichen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, was bedeutet, daß der Faktor Spekulation und Manipulation einen hohen Einfluß auf die monopolistische Preisbildung besitzt.

Beim Gold gibt es eine Besonderheit: Es erfüllt, trotz der Herrschaft von Papier- und Buchgeld, nach wie vor in gewisser Weise Geldfunktionen, wie „Maß der Werte, Maßstab der Preise und Weltgeld“. Der Goldpreis gilt immer noch als Barometer für Währungsinflation bzw. Geldwertverfall. Er tangiert somit globalpolitische Machtinteressen in der heutigen Weltwirtschaft.

Wenn es also der USA-Regierung möglich ist, den Goldpreis zu kontrollieren, dann kann damit auch der Wert des Dollars manipuliert werden. GATA machte in einer (2002 abgewiesenen) Klage gegen die Washingtoner Administration und internationale Finanzkonzerne deutlich, daß sich die USA für die großangelegte Goldpreismanipulation die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, J. P. Morgan, Chase Manhattan, Citigroup, Goldman and Sachs sowie die Deutsche Bank AG ins Boot holten. Das Kartell soll auf diese Weise seit 1987 unlautere Profite von mehr als 40 Mrd. Dollar erzielt haben. Im gleichen Jahr wurde Alan Greenspan Vorsitzender der US-Notenbank.

Trotz der Kompliziertheit der Transaktionen ist der Mechanismus leicht zu erklären: Die Geldinstitute leihen sich auf dem Papier Gold von den Zentralbanken zu niedrigen Preisen und Zinsen und verkaufen es dann auf dem freien Markt. Die Erlöse aus den Goldverkäufen werden in hochverzinsten Staatspapieren oder hochspekulativen Derivatgeschäften investiert. Den Nachteil haben Goldproduzenten, z. B. in Afrika und Rußland. Sie erzielen Preise, die unter dem Wert des Edelmetalls liegen.

Seit September 2001 scheint sich alles umzukehren. Eine Tendenz zum stetigen Anstieg des Goldpreises wird verzeichnet. 2006 lag der Jahresdurchschnittspreis für eine Unze Feingold bei mehr als 600 Dollar. Ähnlich wie in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ist sein Anstieg auf notwendige Angleichungen an den steigenden Aufwand für die Goldgewinnung und auf den inflationistischen Wertverlust des US-Dollars und anderer Welthandelswährungen zurückzuführen. Wir haben es zugleich mit einem Paradigmenwechsel in der Währungs- und Goldpolitik der USA zu tun. Die USA greifen nicht wesentlich in den Prozeß ein, bei-

spielsweise mit dem Mittel der Zinspolitik zur Geldverknappung. Im Gegenteil: Die USA-Notenbank senkte am 18. September 2007 die Leitzinsen für den Dollar um 0,5 Prozent auf 4,75 Prozent. Am 31. Oktober wurde der Basiszinssatz um weitere 0,5 Prozent herabgesetzt. Es wird deutlich, daß man den asiatischen Zentralbanken die Verhinderung eines beschleunigten internationalen Dollar-Wertverfalls mehr oder weniger überläßt. Sie haben kein Interesse, riesige Devisenvermögen durch eine massive Dollar-Entwertung zu verlieren. Die Volksrepublik China erzielte beispielsweise 2006 einen Handelsbilanzüberschuß in Höhe 144 Mrd. Dollar gegenüber den USA. Japans Plus lag im gleichen Jahr bei 88 Mrd. Dollar. Im Mai 2007 beliefen sich die Währungsreserven Chinas allein auf 1,2 Billionen Dollar. Langfristig wird es für die Asiaten jedoch immer schwieriger werden, ihre riesigen Devisenreserven irgendwo zu placieren, wo sie werterhaltend angelegt sind. Der „Umtausch“ von Dollar in Gold oder in den Euro läßt die Preise für beide steigen.

Der anhaltend anziehende Goldpreis ist ein Warnzeichen und signalisiert einen schwächelnden US-Dollar an den internationalen Finanzmärkten. Unter diesem Gesichtspunkt ist Gold eine sichere Geldanlage und ein Spekulationsobjekt im globalen Maßstab – natürlich nur für die Global Player. **Dr. Ulrich Sommerfeld**

Am **31. Dezember** begeht unser lieber Genosse und Freund, der langjährige „RotFuchs“-Leser

## Dieter Noll

seinen **80. Geburtstag**.

Als Autor von Bestsellern wie „Die Abenteuer des Werner Holt“ und „Kippenberg“ hat er sich in der DDR und weit darüber hinaus ein Millionenpublikum erobert.

Wir danken dem Jubilar für seine Treue zur Sache und übermitteln ihm herzliche Glückwünsche nach Wernsdorf.

# Der Traum von der Weltherrschaft scheint ausgeträumt „Überdehnen“ die USA ihre Kräfte?

Die USA als die derzeit einzige Supermacht verfügen über die stärkste militärische Ausrüstung in der Welt. Niemand kann das in Frage stellen. Allerdings wird die Pentagon-These von ehemals hohen USA-Militärs bezweifelt, Washington sei dazu in der Lage, drei Kriege gleichzeitig zu führen.

In den Vereinigten Staaten erfährt eine in den 80er Jahren geführte Debatte zur „Überdehnung der Kräfte“ des Landes neuen Auftrieb. Vom „imperial overstretch“ ist die Rede. Die USA seien durch die von Bush geltend gemachten Weltherrschaftsansprüche einfach überfordert. Für diese von Wissenschaftlern vertretene These spricht einiges.

Die Staatsverschuldung der USA hat die fast astronomische 40-Billionen-Dollar-Marke überschritten. Davon entfallen allein etwa 20 Billionen Dollar auf Hypothekendarlehen und Konsumentenkredite. Die Polarisierung zwischen Arm und Reich schreitet voran: Über 30 Millionen USA-Bürger leben unterhalb der offiziell ermittelten Armutsschwelle. Die Kriminalität steigt unablässig. Das Gesundheitswesens ist völlig auf den Hund gekommen, sieht man von der exzellenten Betreuung der Bessersituierten ab. Dutzende Millionen Amerikaner genießen bei Krankheit keinerlei Versicherungsschutz. Der Verfall von Kultur und Moral ist augenscheinlich. Trivialisierung und Kommerzialisierung bestimmen das gesamte Leben. Seit dem 11. September 2001 schreitet die innenpolitische Faschisierung voran. „Neben die alten demokratischen Prinzipien ist etwas Neues getreten: ein oligarchisches, militaristisches System, das um sich schlägt, wenn es sich in Bedrängnis wähnt“, konstatiert der französische Historiker Emmanuel Todd. Der frühere Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski stellte schon vor Jahren, besorgt um die Zukunft des Imperialismus, einen „dramatischen Werteverfall in der Gesellschaft“ fest.

Die Hegemoniebestrebungen der Bush-Administration haben trotz einer vorgepiegelten „atlantischen Partnerschaft“ zur Vertiefung der Widersprüche und der Rivalitäten zwischen der EU und den USA geführt. Der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland wie China verschärft sich rapide. Das offenbart sich nicht nur im Abstimmungsverhalten bei der Behandlung internationaler Differenzen im UN-Sicherheitsrat. Die fortgesetzte Strategie einer Einkreisung Rußlands, durch die geplante Errichtung eines sogenannten Raketenabwehrsystems erneut demonstriert, wird von Moskau durch militärische Gegenmaßnahmen beantwortet.

In Fernost schränken die Staaten des Shanghaier Kooperationsabkommens – China, Rußland, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Tadschikistan – die Expansionsgelüste des USA-Imperialismus stark ein. Die Staatengruppe wendet sich gegen unilaterales Handeln der USA und fordert die Respektierung des Völkerrechts.

In Lateinamerika, das seit Verkündung der „Monroe-Doktrin“ im 19. Jahrhundert von den USA als deren „Hinterhof“ betrachtet wurde, zeichnen sich weitreichende Veränderungen ab. Venezuela, Bolivien, Nicaragua und Ecuador sind auf Linkskurs gegangen. Sie erteilen von den USA beherrschten Einrichtungen wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank eine Absage. Den Reichtum ihrer Länder wollen sie den eigenen Völkern zugute kommen lassen. Zwölf Länder Lateinamerikas weigern sich inzwischen, USA-Militärpersonen Immunität zu gewähren. Kuba hat die Hoffnungen Washingtons auf eine Konterrevolution durchkreuzt.

Die Ressourcenkriege des USA-Imperialismus sind in eine Sackgasse geraten. Die Okkupation Iraks führte zur Zerstörung der staatlichen Ordnung dieses Landes. Der Krieg hat nach Einschätzung selbst der USA-Geheimdienste ein „neues Trainingslager für Terroristen“ hervorgebracht. Sogar Brzezinski ist inzwischen der Auffassung, daß Bushs Überfall „eine historische, strategische und moralische Katastrophe“ gewesen sei. Unter falschen Voraussetzungen geführt, untergrabe der Krieg „Amerikas globale Legitimität“.

„In Afghanistan verschlechtert sich die Sicherheitssituation fast stündlich“, vermerkt „Der Spiegel“. Staat und Gesellschaft seien pulverisiert worden. Karsai als Statthalter von Washingtons Gnaden sei „nicht einmal mehr König in Kabul“, stellen bürgerliche Presseorgane fest.

„Überdehnung“ des US-Imperialismus?

Washington kann die gegen Afghanistan und Irak angezettelten Kriege offensichtlich nicht gewinnen. Und es vermochte – nicht zuletzt aufgrund der Haltung Moskaus – den bis ins Detail geplanten und vorbereiteten Krieg gegen Iran bisher nicht zu beginnen. Israel, von den USA angestachelt und vorgeschickt, erlitt bei dem als „Probelauf“ gegen Teheran gedachten Überfall auf Libanon Schiffbruch.

Die Bewegung der Blockfreien formiert sich neu. Ihre 116 Mitgliedstaaten wenden sich gegen jegliche Form von Kolonialismus und einseitigem Vorgehen gegen souveräne Nationen.

Die Sympathiewerte für Bushs USA befinden sich auf einem Tiefstpunkt. Der frühere Präsident Jimmy Carter stellt einen regelrechten Katalog von Völker-

rechtsverstößen auf, die sein Land verübt habe: „Unsere Nation hat ihre Unabhängigkeit von den Zwängen internationaler Organisationen erklärt und ist von vielen langjährigen weltweiten Vereinbarungen abgerückt. Dazu gehören Grundsätze des Völkerrechts, Atomwaffenverträge, Verträge zur Kontrolle biologischer Waffen, Umweltschutzmaßnahmen, eine internationale Strafgerichtsbarkeit und eine menschliche Behandlung von Gefangenen ...“

Es ist übrigens der gleiche Carter, der einmal verkündet hatte, auch das 21. Jahrhundert werde ein amerikanisches sein. Die Supermacht durchlebt also ein „kritisches Stadium“. Experten des eigenen Lagers bezweifeln inzwischen den „unaufhaltsamen Aufstieg“ der Vereinigten Staaten. Schon vor Jahren hatte Senator J. William Fulbright vor Washingtons Anspruch gewarnt, die ganze Welt führen zu wollen: „Allmählich, aber unmißverständlich zeigen die USA Anzeichen jener Arroganz der Macht, die in der Vergangenheit große Nationen befallen, geschwächt und in einigen Fällen zerstört hat.“ Auch Brzezinski befürchtet, daß sich die Vereinigten Staaten „zusehends isolieren“. Und der renommierte norwegische Friedensforscher Johan Galtung äußerte vor zwei Jahren: „Ich habe die Auswirkungen des Imperiums auf der ganzen Welt gesehen, und ich sage: Seine Tage sind gezählt, 2020 wird es am Ende sein.“

Die wirtschaftliche Macht der USA befindet sich im Niedergang. Wichtige Kennziffern erweisen sich als schrille Alarmsignale. So stieg das Leistungsbilanzdefizit von 140 Milliarden Dollar im Jahre 1997 auf 389 Milliarden im Jahre 2001, dann auf 792 Milliarden im Jahre 2005 und auf etwa 900 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr! Die unter Bush ausgelöste Geldschwemme ist zur Achillesferse der USA geworden.

Doch was kümmert das Washington und den Militärisch-Industriellen-Komplex? Bis zum nächsten Jahr werden allein für die Fortsetzung des Irak-Krieges nahezu 500 Milliarden Dollar aufgewendet. Und um das Pulverfaß Nahost weiter aufzufüllen, hat Washington neue Waffenlieferungen im Wert von über 60 Milliarden Dollar, vor allem an Israel und Saudi-Arabien, eingeleitet.

Die offenkundige „Überdehnung“ seiner Kräfte bedeutet, daß der USA-Imperialismus nicht in der Lage sein wird, die Welt zu beherrschen. Dennoch wäre die Annahme gefährlich, die Hauptmacht des „Westens“ werde von selbst „abwirtschafte“. Eine wesentliche Veränderung des Kräfteverhältnisses ist vonnöten. Nicht zuletzt Chinas weiterer Aufstieg zur führenden Weltindustriemacht dürfte dafür sorgen.

**Prof. Dr. Georg Grasnack**



Heinz Geyer, Autor der bemerkenswerten Schrift, von der hier die Rede sein soll, hat vier Jahrzehnte lang für den Schutz und die Sicherheit der DDR gearbeitet. Zunächst in der Abwehr – in deren Reihen reagierte er besonnen und fest auf den konterrevolutionären Putschversuch am 17. Juni 1953 –, dann in der Aufklärung. Zuletzt Generalmajor, war er einer der Stellvertreter von Markus Wolf und Werner Großmann. Als Stabschef der HVA wirkte er auf das engste mit den Genossen der „inneren Front“ zusammen. Gemeinsam bewahrten sie den sozialistischen deutschen Staat viele Jahre vor Überraschungen, solange es ging. Beide Dienstzweige durchkreuzten Seite an Seite die Manöver des Gegners. Dabei erwarb sich die Hauptverwaltung Aufklärung den Ruf, einer der weltweit effektivsten Erkundungsdienste zu sein. Beherrzte und politisch gestählte Kundschafter der DDR drangen in die Zitadellen imperialistischer Macht ein. Weder die engste Umgebung eines Bundeskanzlers noch das Brüsseler Hauptquartier des Nordatlantikpaktes ließen sich gegen sie abschirmen, wie Brandts Vertrauter Günter Guillaume und Rainer Rupp, „unser Mann in der NATO-Führungsetage“, unter Beweis stellten. Noch heute fühlen sich manche Spitzenpolitiker der Bourgeoisie und Leiter von Geheimdiensten durch die Tatsache verunsichert, daß trotz der Niederlage des Sozialismus in der DDR nicht alle Karten im Spiel der HVA aufgedeckt worden sind.

Heinz Geyer hat die unterschiedlichsten Frontabschnitte und schroff miteinander

## Heinz Geyer bekennt sich zur Sache und damit zu sich selbst Mit erhobenem Haupt

kontrastierende Situationen kennengelernt. In Leipzig war er, blutjung, bereits stellvertretender Leiter der Bezirksverwaltung des MfS. Er stand seinen Mann. Das Vertrauen der Genossen führte ihn bald nach Sansibar, wo antiimperialistische Kräfte um Scheich Obeid Karume in

ler innerhalb des MfS darzustellen. Geyer hat auf beiden Strecken mit Erfolg gearbeitet und läßt „kein Blatt Papier“ dazwischengeraten. Das ist – im Unterschied zu manch anderen Veröffentlichungen – einer der Vorzüge von „Zeitzeichen“. Wer von dem Verfasser des autobiographischen

Rapports erwartet, er werde gravierende Widersprüche zwischen der Partei und den Sicherheitsorganen präsentieren – auch das gilt ja bei manchen Berichterstattern als modern – oder über die sowjetischen Kampfgefährten herziehen, geht leer aus. Dabei werden notwendige Kritik an Kritikwürdigem und echte Konflikte keineswegs ausgespart oder verschwiegen. Heinz Geyer ist offen, öffnet aber niemals vollends das eigene Visier. Er ist gesprächig und wortkarg zugleich. Immerhin hat er längere Zeit einen besonders sensiblen Sektor befehligt: die Arbeit von Kundschaftern der HVA im imperialistischen Hauptland – den Vereinigten Staaten von Amerika. Deren Aufgabe war es vor allem, Voraussetzungen dafür zu schaffen, Schritte

des Klassenfeindes gründlich zu analysieren, um ihnen möglichst zuvorkommen zu können. Gerade auf dieser Strecke lag auch die intensive Beobachtung des Agierens westlicher Geheimdienste, die ihre Aktionen gegen die DDR richteten.

Alles in allem: Das sehr bekenntnisreiche und reiche Kenntnisse vermittelnde Buch enthält eine Fülle von Denkanstößen auch für jene aus westlichen Diensten, deren Mitarbeiter – im Unterschied zu dem überzeugten Kommunisten Heinz Geyer – ihren Job mehrheitlich für einen lukrativen Sold verrichten.

Fast alle Kapitel in „Zeitzeichen“ sind lesenswert. Ob der Abschnitt über die Zugehörigkeit zum „Jagdkollektiv des Ministers“ dabei mitgerechnet werden muß, überlasse ich dem Geschmack jedes einzelnen.

Durch die Lektüre habe ich Heinz Geyer nun von einer ganz anderen Seite kennengelernt – als Autor. Dabei strahlt er die gleiche Zuversicht, Verlässlichkeit und Ruhe aus, die ich schon bei ihm schätzte, als er noch nicht General war und es sich ergab, daß uns die Wege des Lebens gelegentlich zusammenführten.

**Klaus Steiniger**

*Heinz Geyer: Zeitzeichen – 40 Jahre in Spionageabwehr und Aufklärung. Kai-Homilius-Verlag, Berlin 2007, 160 S., 12,80 Euro, ISBN 978-3-89706-859-9*



Fotografik: Bernd Gutte

den 60er Jahren ans Ruder gelangt waren. Der junge afrikanische Staat bedurfte zu seiner Verteidigung des Ratschlags und der tätigen Hilfe erfahrener Spezialisten. Heinz Geyer unterstützte Karume beim Aufbau eigener Sicherheitsorgane. Als Sansibar in das neue Staatsgebilde

Tansania eingegliedert wurde, fiel Karume einem Mörder zum Opfer. Ob der CIA-Mann Frank Carlucci, der in Kongo gegen Lumumba gewählt hatte und später – nach Einsätzen in Brasilien und Portugal – zur Nr. 2 des USA-Geheimdienstes aufstieg, dabei die Fäden gezogen hat, mag dahingestellt bleiben. Von Kongo aus war er nämlich zunächst nach Sansibar abkommandiert worden, dessen Regierung ihn allerdings wegen offenkundig gewordener Putschvorbereitungen des Landes verwies.

Heinz Geyers Buch erzählt spannende Episoden, aber berichtet auch nüchtern und detailliert von Aufbau und Arbeitsweise der HVA. Dabei achtet der Autor sehr genau darauf, keine gegnerischen Klischees zu bedienen. Das gilt insbesondere für den Versuch, Abwehr und Aufklärung als Gegenspie-

### Dem Chefredakteur des RF zum 35.

Aus der Tiefe unserer Niederlage hast Du Säbel und Florett des kommunistischen Journalismus wieder emporgehoben. Er ist heute unter Linken lebendiger denn je und führt zusammen, was zusammengehört.

Die Kraft dieser Idee, lieber Klaus, bündelt sich im „RotFuchs“ und wächst von Tag zu Tag.

Dein Jubiläum am **28. Dezember** begeht Du nur wenige Wochen vor dem Start des RF in sein zweites Lebensjahrzehnt.

Mit Dir – dem unentbehrlichen Streiter für Wahrheit und Recht – werden wir uns seinen Herausforderungen stellen.

**„RotFuchs“-Förderverein**  
DER VORSTAND

# Wie Albanien antifaschistische Partisanen ihr Land selbst befreiten Ein ruhmreiches Kapitel

Albanien hatte 1938 eine Million Einwohner. Es zählte zu den rückständigsten Ländern Europas. Im April 1939 besetzte und annektierte Mussolini Italien den kleinen Balkanstaat. Da sich die herrschende Klasse mit den Faschisten arrangierte, kam der nationale Widerstand zunächst nur schleppend in Gang. Erst über ein Jahr später, im Juni 1940, griffen erste Partisanengruppen die Besatzer an. Im September wurde eine 90 Mann starke italienische Abteilung von ihnen aufgerieben. Zunächst handelte es sich aber nur um sporadische Aktionen, da es an einer führenden politischen Kraft zur Organisation des landesweiten Widerstandes fehlte.

Auf Initiative des Lehrers Enver Hodscha wurde dann am 8. November 1941 die Kommunistische Partei Albanien mit anfangs 137 Genossen gegründet. Sie schuf bald eigene Partisanenabteilungen, die sich vor allem im Süden und Südwesten formierten. 1942 bestanden bereits 20 von ihnen. Sie zählten etwa 15 000 Kämpfer. Versuche, auch bürgerliche Kräfte in die Operationen einzubeziehen, schlugen fehl. Die faschistischen Balisten und die prowestlichen Legalisten – Vorgänger der 50 Jahre später von der NATO ausgehaltenen antijugoslawischen UCK in Kosovo – bekämpften an der Seite der Okkupanten die kommunistischen Verbände. So wurde die KPA zur einzigen Führungskraft in einer Volksbewegung, auf die alle Attribute eines wirklichen Befreiungskampfes zuträfen: Sie war antifaschistisch, vertrat die nationalen Interessen der Albaner und besaß eine soziale Komponente.

Die Auseinandersetzungen mit den Okkupanten trugen zugleich auch Züge eines Bürgerkrieges. Dadurch wurden sie härter und kompromißloser. Die Kommunisten mußten Bündnispartner nicht in Rechnung stellen. Sie konnten selbst die politische Richtung des weiteren Kampfes festlegen und umsetzen. Die KPA strebte deshalb nicht die Errichtung einer bürgerlichen Demokratie als Zwischenetappe an, da diese aufgrund der Erfahrungen der Bevölkerungsmehrheit mit der Bourgeoisie in der Zwischenkriegszeit nicht mehr zur Debatte stand. Die bisher Herrschenden hatten sich völlig kompromittiert. So vermochte die Partei die volksdemokratische Revolution mit sozialistischer Zielsetzung direkt anzugehen. Deren erste Etappe bildete der Partisanenkrieg. Darin lag auch der Hauptgrund dafür, daß der historische Prozeß eine außergewöhnliche Dynamik hervorbrachte. Trotz mancher Niederlagen und ungeachtet schwerer Opfer wuchs die Partisanenbewegung ständig an.

Am 16. September 1942 wurde in Peza von Kommunisten die Nationale Befreiungsfront als politische Dachorganisation gegründet. Der Provisorische Volksbefreiungsrat entstand. Er war die erste sozialistische Regierung Osteuropas. Der Rat faßte im Juli 1943 alle Partisanenabteilungen zur Nationalen Befreiungsarmee mit nun bereits 35 000 Kämpfern zusammen. Sämtliche Aktionen wurden von einem Generalstab koordiniert. Nach der Kapitulation und Entwaffnung der Italiener im September 1943 konnten neue Partisanenverbände aufgestellt werden, die nunmehr ihre Schläge gegen die einrückenden deutschen Faschisten richteten. Hitlers Truppen verfügten in Albanien über 100 000 Mann, darunter die 1. Gebirgsdivision. Hinzu kamen noch 14 000 albanische Kollaborateure.

Trotz mehrerer Offensiven in den Jahren 1943 und 1944, an denen vier deutsche Divisionen beteiligt waren, konnten die Faschisten nicht verhindern, daß der größte Teil des Landes schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 von den Partisanen kontrolliert wurde. Im Oktober jagten sie eine Beratung von Handlangern der Nazis im Tiranaer Königspalast unter den Augen der deutschen Besatzer durch Artilleriebeschuß auseinander. Auch eine neue faschistische Großoperation im Frühjahr 1944 wurde unter erheblichen Verlusten abgewehrt. Die Partisanen gingen zur Gegenoffensive über. Dabei wurden große Teile Süd- und Mittelalbanien endgültig befreit. Im Gefolge dieser Kämpfe stabilisierte sich dort die Volksmacht. Am 24. Mai wurde in Permet der Provisorische Volksbefreiungsrat zum Antifaschistischen Nationalen Befreiungsrat umgebildet. Aus ihm ging am 20. Oktober 1944 die Provisorische Regierung Albanien hervor. Vom Juni bis November setzte die Partisanenarmee zur Befreiung des ganzen Landes an. Besonders erbittert verteidigten sich die Fa-

schisten und deren einheimische Verbündete in der Hauptstadt. Hier dauerten die Kampfhandlungen etwa drei Wochen an. Am 17. November war Tirana frei, einen Monat später auch ganz Albanien.

Die spätere Volksarmee verfügte inzwischen über 70 000 Soldaten, gegliedert in drei Korps mit acht Divisionen und 26 Brigaden. Zwei ihrer Divisionen eilten den jugoslawischen Partisanen in Bosnien-Herzegowina und Montenegro zu Hilfe.

Der für den Sieg bezahlte Preis war hoch: 80 000 Albaner – 8 Prozent der Landesbevölkerung – waren umgebracht worden, jeden dritten Bauernhof hatten die Okkupanten zerstört. 82 000 Partisanen waren gefallen, mehr als überlebt hatten.

Der albanische Befreiungskampf vermittelte aufschlußreiche neue Erfahrungen. Eine unter äußerst ungünstigen illegalen Bedingungen geschaffene und anfangs nur wenige Mitglieder zählende kommunistische Partei zeigte sich dazu imstande, eine mächtige Volksbewegung ins Leben zu rufen und anzuführen. (Die KPA wuchs bis 1944 auf 10 558 Mitglieder an.) Albanien war überdies das einzige osteuropäische Land, dessen Volk sich ohne sowjetische Hilfe befreite und als erstes eine volksdemokratische Revolution vollzog. Damit wurde die von bürgerlichen Ideologen verbreitete Behauptung widerlegt, das sozialistische Gesellschaftssystem sei den Völkern durch die Rote Armee aufgezwungen worden. Schließlich lieferte Albanien, ähnlich wie Jugoslawien, ein Beispiel dafür, daß die Nichtexistenz einer rechten Sozialdemokratie oder ähnlicher Kräfte den antifaschistischen Widerstandskampf vor Reibungsverlusten bewahrt und die volksdemokratische Revolution schneller voranbringt.

Auf ihren Sieg im nationalen und sozialen Befreiungskampf waren die Albaner mit gutem Grund stolz. Möglicherweise haben die Erfolge jener Periode und der ersten Nachkriegsjahre ihre Führer um

Enver Hodscha dazu veranlaßt, auch andere Ziele der weiteren Entwicklung des Landes mit Methoden anzustreben, die sich in den Kriegsjahren bewährt hatten. Bekanntlich kam es zwischen Tirana und den kommunistischen Parteien anderer Länder zu Unstimmigkeiten, die sich zeitweilig scharf zuspitzten. Dabei spielte auch der Konflikt zwischen Moskau und Beijing zweifellos eine Rolle. Aber historische Gerechtigkeit ist unbedingt angebracht: Das, was die KPA im Kampf gegen die italienischen und deutschen Faschisten geleistet hat, verdient unsere uneingeschränkte Bewunderung.



Unser Leser Dr. W. Kiesevalter aus Wildenhain hat sich den Ersttagsbrief zum 60. Jahrestag des Roten Oktober drei Jahrzehnte später von der Post der BRD zusenden lassen.

Dr. Bernhard Majorow

# Aus den Sibirientagebüchern eines Deutschlehrers

## Babka Mascha oder die russische Seele

Im September 1994 begann meine Tätigkeit als Bundesprogrammlehrer für „Deutsch als Fremdsprache“ an der Staatlichen Universität in Barnaul, der Hauptstadt des Altaigebiets. Untergebracht im Wohnheim, erlebte ich die Auswirkungen des Umbruchs pur. Ich war bis 2001 in Rußland tätig.

### 4. 9. 1994

Mascha, eine 75jährige kleine wuselige Frau, ist heute Diensthabende im Wohnheim, das für ein Jahr mein Zuhause sein wird. Der Dutt thront wie ein Törtchen auf ihrem Kopf. Ihre blauen, blitzenden Augen signalisieren Güte und Herz. Es dauert nicht lange, der Kontaktfunken springt über, und sie schüttet mir ihr Herz aus. Über 50 Jahre hat sie treu und zuverlässig gearbeitet, erzählt sie mir. 30 Jahre davon im KGB, als Leutnant der Staatssicherheit. 1948 ist sie in die Partei eingetreten – und heute muß sie nun ein Leben in Not und Elend führen. Sie sagt Jura und Söhnchen zu mir. So werde ich „russifiziert“.

„Mir bricht das Herz, wenn ich an meinen Sohn denke“, erzählt sie. „Er war Oberst der Sowjetarmee und diente fünf Jahre in Deutschland. Insgesamt hat er 30 Jahre seines Lebens der Armee geopfert, der glorreichen. Nun ist er schon drei Jahre aus ihr entlassen. Bis heute hat er keine Wohnung bekommen. Nun lebt er mit seiner Frau und zwei Söhnen, 19 und 22 Jahre, bei mir in einer 1½-Zimmer-Wohnung. Meine Zimmer sind ein Feldlager. Ich hoffe jeden Tag auf ein Wunder, doch die Aussicht auf Veränderung ist gleich Null. So kann ich nur noch auf den Tod hoffen und warten.“

Sie weint, entschuldigt sich.

„Ach, Jura, mein Söhnchen, ich will dich nicht belasten. Aber was für ein Unglück ist mit uns geschehen ...“

### 12. 9. 1994

Die Nacht wird zum Alptraum. Gegen 0.30 Uhr klopft es an mein Zimmer. Vor der Tür steht ein hageres bärtiges Männchen, neben ihm Mascha. Sie wieselt um mich herum und bittet mit tränenerstickter Stimme, ich möge doch dem lieben Menschen Unterkunft gewähren.

„Es ist schon so spät und ich weiß nicht, wohin mit ihm. Er ist Mitarbeiter der Universität, kehrt von Ausgrabungen im Altaigebirge zurück und findet sein Zimmer von Ihnen besetzt. Er ist eine herzensgute Seele, wo soll er schlafen, wo soll er hin?“, sagt sie zaghaft lächelnd.

Ich bin zwar wenig erfreut, aber was soll ich machen, als mich der Wohltätigkeit Maschas anzuschließen und ihm mein zweites Bett im engen Zimmer anzubieten.

Es stellt sich heraus, daß er nicht über die Veränderungen im Wohnheim informiert worden ist und nun sein Zuhause besetzt findet. Eine typisch russische Situation, die man nur in einem anschließenden

Nachtgespräch bei Wodka, Salzfisch, sauren Gurken und Speck klären kann.

Mascha zieht mit freudigem Gesicht von dannen.

### 29. 9. 1994

Heute zeigt mir Mascha unter Tränen ihre Parteidokumente. Man hat ihr angeraten, sie in den Müll zu werfen. „50 Jahre bin ich Mitglied der ruhmreichen Partei gewesen – und nun soll ich mein Leben wegschmeißen“, sagt sie. „Das bringe ich nicht übers Herz.“

Ich tröste sie und sage: „Man muß sich nicht schämen, wenn man ein gutes Gewissen hat.“

„Das habe ich“, sagt sie, „ich habe nur Rentenanträge geprüft und sie immer positiv beschieden. Und weißt du, Jura, schuld an meinem und unserem Elend ist nur der Mann mit dem Teufelsmal auf dem Kopf.“ Sie zeigt dabei auf ein Gorbatschow-Bild in einer Zeitung.

### 2. 10. 1994

Mein Geburtstag. Sonntag. Sonntagskind. Sonntagsstunden. Traumherbst.

Am Morgen stand meine Studentengruppe singend vor der Tür, um zu gratulieren, und brachte eine selbstgebackene „Ameisentorte“ als Geschenk mit.

Das ist ein süßer Hügel aus durch einen Fleischwolf gedrehtem Keksteig, der durch dicke Kondensmilch zusammengehalten wird. Wunderbar russisch süß. Nachdem mich meine Studenten verlassen haben, starte ich mit meinen Kollegen in den herrlichen sibirischen Herbstwald. Nach der Rückkehr von einem Geburtstagsspaziergang finde ich folgenden Zettel von Mascha:

„Verehrter, lieber, guter Gast und Bewohner aus dem Zimmer 3, Herr Jura!“

Ich Maria Matwejewna Dergatsch, Mascha, gratuliere Ihnen herzlich zum Geburtstag eines Engels. Von ganzer Seele wünsche ich Ihnen eine kräftige sibirische Gesundheit, ein langes kaukasisches Leben und nur das Allerbeste – menschliches Glück, große Erfolge in Ihrer wissenschaftlichen Arbeit. Denken Sie immer an unser Sibirien, an die Güte der Alten und Jungen, die Sie verehren und lieben wie einen

Russen, wie einen Deutschen des großen Deutschland. Wir sind Ihnen alle Brüder. Ich küsse Sie. Babka Mascha“

Ich bringe ihr kurz vor Dienstschuß noch eine Kostprobe der Kekstorte. Darauf schreibt sie mir erneut: „Guten Abend, liebes Geburtstagskind Jura.

Der Kuchen ist sehr lecker! Ihnen und Ihren Studentinnen (in Russisch geschrieben) „große danke schee“ (in lateinischer Schrift). Nochmals vielen Dank für die Bewirtung. Ich küsse Sie zweimal.

Babka Mascha“

### 22. 10. 1994

Ich koche das erste Mal Borschtsch, eine deftige russische Rote-Bete-Suppe. Sie findet großen Anklang. Mein neuer Zimmernachbar Oleg meint, er habe das ganze Leben versucht, Borschtsch zu kochen. Es sei ihm nie gelungen. Auch Babka Mascha, der ich wie immer eine Kostprobe bringe, meint in ihrem traditionellen Dankesbrief: „Mein lieber Jura! Vielen Dank für das Mittagessen, an dem ich mich gelabt habe. Nun werde ich versuchen, zu Hause ein solches Süppchen zu kochen und Sie damit beköstigen!“ Babka Mascha“

### 24. 4. 1995

Auf dem Weg ins Kino treffe ich Babka Mascha, die von einer Festveranstaltung zum 50. Jahrestag der Universität heimkehrt. Sie schlurft mit Tränen in den Augen auf mich zu und meint: „Ach, Söhnchen, nun haben sie mir heute einen Orden an die Brust geheftet. Ohne Geschenke. Ohne Geld. Ohne die üblichen 100 Gramm Wodka. Was soll ich mit dem Ding anfangen? Abkaufen wird ihn mir niemand! Jura, Jura, Ruhm ist mir ohnehin egal. Ich will nur so lange leben, wie es geht. Schlecht leben ist immer noch besser als gut unter der Erde zu liegen.“

### 5. 10. 1995

Babka Mascha ist tot.

Ich erfahre es in Nowosibirsk per Telefon. Jene Liebe, die mir in Barnaul immer Briefchen schrieb. Im Sommer hat man sie entlassen, weil sie während des Dienstes immer einschlief.

Vor meiner Abfahrt hatte sie zu mir gesagt: „Mein Söhnchen, mein Jura, wenn ich eines Tages zu Hause bleiben muß, dann ist das mein Tod. Es wird das Ende eines eigentlich sinnlosen Lebens sein.“

Und so ist es gekommen. Möge sie in Frieden ruhen, die Gute, die verkörperte russische Seele, das Sinnbild des Leidens dieses geduldigen Volkes.

Mütterchen Mascha, die Du ein Synonym für Mütterchen Rußland für mich geworden bist, ich möchte Dir jetzt sagen können: Nichts war umsonst. Jedes von Dir gelebte Stück Menschlichkeit war sinnvoll, auch wenn es die neue Macht nicht wahrnimmt.

Dr. habil. Hans-Jürgen Audehm



Collage: Heinz Herresbach

## Rechtsliberaler Erfolg bei Abwahl extremster Antikommunisten

# Polen: Sieg des geringeren Übels

Die Parlamentswahl vom Oktober 2007 galt allen politischen Kräften Polens als die historisch bedeutendste nach 1989. Tatsächlich hatte sich mit der Doppelherrschaft der Kaczynski-Zwillinge (Jaroslaw als Ministerpräsident und Lech als Staatspräsident) vor zwei Jahren das reaktionärste Regime der polnischen Bourgeoisie nach 1989 etabliert. „Recht und Gerechtigkeit“ – so ihre Parteibezeichnung – sollten nun durchgesetzt werden. Unter „Gerechtigkeit“ verstanden sie, das bei der Konterrevolution leer ausgegangene „Solidarnosc“-Fußvolk für die Vertreibung der früheren Kader Volkspolens aus Wirtschaft, Justiz, Verwaltung, bewaffneten Organen und Politik zu mobilisieren. Zudem kündigten sie den 89er Konsens auf, Vertreter Volkspolens nicht zu verfolgen. Unter „Recht“ war die polnische Siegerjustiz gemeint, die nun die „Reste des Kommunismus in Polen“ beseitigen sollte. Mit der Verurteilung von Wojciech Jaruzelski zu zehn Jahren Gefängnis, dem Gesetzentwurf über die Entlassung aller Militärangehörigen, die in Volkspolen Dienst taten, und einer IM-Überprüfung hatten die Zwillinge die Grenzen jeglicher Vernunft weit überschritten. Immerhin wurde ein ehemaliger Staatspräsident (Jaruzelski) verurteilt, den die „Solidarnosc“ 1989 selbst gewählt hatte. Die geplante „Säuberung“ der Armee wäre in Osteuropa einmalig. Sich so massiv am Militär zu vergreifen hatte noch niemand in der polnischen Geschichte gewagt.

Als hierzu Kritik aus allen anderen politischen Lagern kam, schlugen die fanatischen Zwillinge auch auf ihre bürgerliche Konkurrenz ein. Sie beschuldigten jedermann, der in irgendeiner Weise mit der Staatssicherheit Kontakt hatte, und riefen so eine Atmosphäre der Angst, des Rufmordes und des Mißtrauens hervor. Das war um so leichter, als die polnischen Sicherheitsorgane ihre IM vor allem aus dem rechten Lager rekrutiert hatten. Die Zwillinge teilten das Volk in „wir“ (Unbelastete) und „sie“ (Belastete) ein. Wer über die Aktenlage nicht zu greifen war, hatte verstärkte Kontrollen durch die Anti-Korruptionsbehörde der Zwillinge zu befürchten. Bei der in Polen allgemein herrschenden Korruption konnten auch so politische Gegner diskreditiert und ausgeschaltet werden.

Nun aber schlug das übrige rechte Lager zurück. Ex-Staatspräsident Lech Walesa wandte sich gegen die „Paranoia der kleinen Leute mit den großen Schuhen“, die eine für polnische Verhältnisse „ungehörige Hexenjagd“ veranstalteten und dadurch die „Errungenschaften seit 1989“ in Frage stellten. Besonders schmerzlich traf die Zwillinge die IM-Offenlegung des zweithöchsten Kirchenmannes Bischof Wielgus. Damit war nicht nur der Kirche als Stütze der Kaczynskis ein historisch einmaliger und schwerer Hieb verpaßt worden, sondern auch der katholischen Hierarchie die gefährliche Zweischnei-

digkeit des polnischen McCarthyismus vor Augen geführt worden. Nach einer aufgefliegenen Bestechungsaffäre mit anschließender Regierungskrise hatten sich die Zwillinge in ihrem eigenen Netz verfangen. Das von den Brüdern geschmähte Verfassungsgericht lehnte ein Gesetz über die Diskriminierung von IM ab. Machtvolle parteiübergreifende Demonstrationen gegen die Zwillingsherrschaft verdeutlichten die Polarisierung innerhalb der polnischen Gesellschaft auch optisch. Die Mehrzahl der Polen mochte weder den autoritären Kurs der Brüder noch die Verfolgung einstiger Repräsentanten der Volksmacht. Auch außenpolitisch waren die beiden letztlich erfolglos. Mit einer trotzigen Haltung gegenüber der EU (Verzögerung bei der Realisierung getroffener Absprachen) und feindseligen Schritten gegenüber Rußland versuchten sie den Eindruck der Verteidigung polnischer Interessen zu erwecken. Damit ernteten sie nicht nur Mißerfolge (Fiasko des Krakauer Energiegipfels, nutzloser Boykott der EU-Verhandlungen mit Rußland, Verbot von Fleischimporten aus Polen nach Rußland), sondern auch zunehmendes Unbehagen in Brüssel, das Warschau seine angemessene Sonderrolle nicht zubilligte.

In diese Situation schob sich die Staatsbürgerliche Plattform (PO) als bisher zweitstärkste polnische Gruppierung nach der Selbstausschaltung der Linksunion 2005 nach vorn. Die PO ist eine rechtsliberale Partei, die den Erwartungen vor allem des Kleinbürgertums am meisten entspricht: respektvoll, aber auf Distanz zur katholischen Kirche bedacht; antikommunistisch, jedoch nicht fanatisch von Rachegeüsten erfüllt; nicht prononciert rußlandfeindlich, sondern an guten Geschäften mit dem Osten wie dem Westen interessiert.

Der Wahlkampf mobilisierte überraschenderweise einen Teil jener, welche bisher Stimmhaltung geübt hatten, was das Schicksal der Kaczynski-Regierung besiegelte. Auf die PO entfielen

41,51 % des Votums. Die Kaczynskis waren mit 32,11 % die Hauptverlierer, obwohl sie immer noch die zweitstärkste Gruppierung anführen und sogar in absoluten Zahlen 1,7 Mio. zusätzliche Wähler gewannen. Die reformistische Linksunion (jetzt LiD) erhielt 13,5 % und verlor damit gegenüber 2005 mehr als zwei Prozent. Die rechtsgerichtete Bauernpartei PSL, von Beginn an als Koalitionspartner der PO ins Auge gefaßt, kam auf 8,91 %. Wie die Kaczynski-Brüder erlitten auch deren zeitweilige Mitspieler, die halblinke Bauernbewegung „Selbstverteidigung“ von Andrzej Lepper (1,5 %) und die rechtsklerikale Liga Polnischer Familien (LPR) mit 1,3 % Niederlagen. Beide Parteien sind nun nicht mehr im Parlament vertreten. Die Scheitern der LPR war ein besonders schmerzlicher Schlag für den politischen Klerikalismus.

Selbstverschuldet ist die Niederlage der Lepper-Bewegung, die vor zwei Jahren drittstärkste Kraft in Polen geworden war. Der Populist Lepper verhalf den Kaczynski-Brüdern zweimal zur Regierungsbildung, wobei er selbst Vizepremier und Minister wurde. Persönliche Eitelkeit und die Absicht, es den ihn verachtenden Intellektuellen zu zeigen, sowie die angebliche Verteidigung nationaler Interessen gegenüber der EU durch die Zwillinge ließen ihn in eine politische Falle tappen, bei der seine Partei nicht nur 10 % verlor, sondern jetzt auch vor einer Existenzkrise steht. Einen wesentlichen Anteil an den Wahlsiegen der Kaczynskis und auch der PO hat die Linksunion mit ihrer bürgerlichen, kirchenfreundlichen und proamerikanischen Politik. Dadurch verlor sie – 2001 mit 41 % stärkste polnische Gruppierung – schon 2005 rund 24 %.

Alles in allem ist die Abwahl der Kaczynski-Regierung eine Niederlage des extremen Antikommunismus und des Klerikalismus. Nur aus diesem Grunde ist der Triumph von Donald Tusk als das kleinere Übel zu begrüßen.

**Stefan Warynski**

*Herzlich gratulieren wir unseren Dezember-Veteranen:*

Genosse **Heinz Ahlig** aus Heringen/Helme begeht am **3. 12.** seinen **80.** Geburtstag.

„RotFuchs“-Aktivist **Dr. Gerhard Peine** aus Rostock vollendet am **14. 12.** sein **75.** Lebensjahr.

Ihren **70.** Geburtstag (**25. 12.**) begeht Genossin **Christel Burchard** aus Berlin.

**Klaus Fischer** (**21. 12.**) aus Magdeburg und **Erhard Fritza** (**30. 12.**) aus Kapellendorf werden **65.**

Zu den Sechzigern rückt **Jürgen Mehner** (**19. 12.**) aus Königswartha auf.

*Allen Jubilaren wünschen wir ein schönes Fest!*

Merkels Frömmigkeit erreichte unlängst einen nicht zu erwartenden christlichen Höhepunkt. Sie entdeckte die „Bewahrung der Schöpfung“ als ein moralisches Muß. Da sprach ihr doch NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer mit seinem Zugeständnis aus der Seele, in Afghanistan fortan nur noch „kleinere Bomben“ einzusetzen, um „so die Zahl der unbeabsichtigten Opfer unter der Zivilbevölkerung reduzieren“ zu können. Trugen US-Streubomben mit dem Outfit eines Kugelschreibers etwa zur Verringerung der Opferzahlen unter afghanischen Kindern bei?

Es ist ein zynisches „Zugeständnis“, daß sich die Scheffer, Bush und Merkel der Weltöffentlichkeit als „Moralisten“ präsentieren müssen. Schon längst haben die Kriege in Irak und Afghanistan, an denen Deutsche direkt und indirekt aktiv mitwirken, die Regeln außer Kraft gesetzt, die einst in der ersten Genfer Konvention vom 22. August 1864 niedergeschrieben worden sind. Seither haben 195 Staaten die im August 1949 erweiterten Fassungen (Genfer Rotkreuzabkommen) unterzeichnet, die „Grundsätze und Normen über den Schutz der nicht oder nicht mehr am bewaffneten Kampf beteiligten Personen“ enthalten. Die sich daraus ergebenden Rechtsnormen gelten für alle kriegführenden Staaten. Doch zunehmend gewinnen sogenannte Nichtregierungsorganisationen Einfluß auf das Kampfgeschehen, erbringen zivile Institutionen militärische „Dienstleistungen“, sind sie der verlängerte Arm der Okkupanten. Manche erinnern sich an die Légion Étrangère, Frankreichs Fremdenlegion, aber auch an die überzeugenden Dokumentationen des DDR-Fernsehens von Heynowski und Scheumann „Kommando 52“ (1964) und „Der lachende Mann“ („Kongo-Müller“; 1966).

Das „Magazin der Bundeswehr – Y“ unterbreitet lukrative Job-Offerten: Gesucht werde u. a. eine „Sicherheitsfachkraft für Personen- und Werkenschutz“. „Die Sicherheitsbranche – eine Welt voller beruflicher Perspektiven für Soldaten“, liest man da. „Wir bieten Ihnen weit übertarifliche Bezahlung“, lockt ein Inserat in „Die Bundeswehr“. Zunehmend wird die Kriegführung privatisiert, übernehmen Militärfirmen Aufgaben des Staates, ohne dabei irgendeiner Kontrolle durch diesen unterworfen zu sein. Erklärt sich daraus die Tatsache, daß für das Jahr 2008 der Einzelplan 05 im Bundeshaushalt „Auswärtiges Amt“ um 12,1 % gegenüber 2007 steigt? Seit sieben Jahren gibt

## Die NATO will Afghanistans Kinder nur noch mit „kleineren Bomben“ erschlagen „Bewahrung der Schöpfung“

es sogenannte KUTs (Krisenunterstützungsteams), die das Ministerium der Herren Fischer und Steinmeier „beschäftigt“. „Während des Einsatzes sind die KUT-Soldaten dem deutschen Botschafter bzw. dem Militärattaché allgemeindienstlich unterstellt und bekommen einen Diplomatenpaß.“ Ihre verdeckte Aufgabe in Zivil: KUT sammelt Informationen über bedeutende Teile der Infrastruktur, GPS-Daten und weitere wichtige lagerrelevante Fakten, macht Fotos. Gehörte Merkels „Lieblings-Bodyguard“, ein erst 31 Jahre alter Nürnberger, zu dieser Truppe?

Stets gaukelt man der Allgemeinheit vor, daß das 3300 Mann starke deutsche Bundeswehrkontingent für den Wiederaufbau in Afghanistan unabdingbar sei. In den einschlägigen Medien an der „Heimatfront“, wie von „Focus“ formuliert, ist allerdings von „großen“ oder gar „bedeutenden“ Projekten keine Zeile zu finden. Fast ausschließlich schwärmt man dort von Einrichtungen, die aus Spenden der Bundeswehrangehörigen finanziert worden sind. Etwa einem Kindergarten in Feyzabad. Die perfide klingende Anmerkung dazu: „Alleinstehende Mütter können jetzt wieder arbeiten.“

Wer profitiert tatsächlich von der Erhöhung des Einzelplans 23 im Haushalt 2008 beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung um 14,9 Prozent gegenüber 2007?

Auch der Haushaltstitel 06 des Bundesministeriums des Innern steigt nächstes

Jahr um 8,2 %. Wer anderes als der steuerpflichtige Bürger bezahlt die ungenannte Zahl deutscher Polizisten, die in Afghanistan den „Wiederaufbau“ einer Marionetten-Staatsmacht nach westlichem Muster forcieren?

Ungeschminkt titelt das Magazin der Bundeswehr im Septemberheft 2007: „Sie kämpfen für Geld. Zivile Sicherheitsexperten schützen die US-Botschaft in Kabul. In der Nachbarschaft versorgen private Kantinen das ISAF-Hauptquartier.“ Zitieren wir Oberst Leidenberger: „Ich denke allerdings, daß wir uns als Bundeswehr bereits im Bereich der Grauzone bewegen, wenn wir über Bewachungsaufgaben im Ausland nachdenken. Wenn wir uns etwa die UNO oder ähnliche Organisationen anschauen, kommen wir mit Leuten in Berührung, die Sicherheitsdienstleistungen anbieten. Wir dürfen das nicht so weit wegschieben, das ist eine Realität, mit der wir es zu tun haben.“ Nicht zuletzt sind solche Dienstleister auch als Verhörspezialisten in Gefängnissen der Besatzer tätig.

Die „Schöpfung zu bewahren“ heißt ja wohl, so Frau Merkel, „irreparable Schäden am globalen Lebensumfeld“ zu vermeiden. Und dennoch führt die Bundeskanzlerin den Reigen jener an, die ständig neues Öl ins Feuer gießen und den Krieg in Afghanistan nur noch mit „kleineren Bomben“ fortsetzen wollen. **Hans Horn**



Vereinte Aktion

Aus: „Proletären“, Göteborg

## Der Bürgermeister von Wolgograd ist ein Kommunist Im Westen totgeschwiegen

Im Westen Europas ist die Tatsache kaum bekannt geworden, daß die russische Millionenstadt Wolgograd seit Monaten einen kommunistischen Oberbürgermeister besitzt. Im einstigen Stalingrad fand während des Zweiten Weltkrieges die Entscheidungsschlacht zwischen mehreren Fronten der Roten Armee und der 6. Armee unter Feldmarschall Paulus statt, deren für die Sowjetunion siegreicher Ausgang nicht nur die militärische Wende des gesamten Kampfverlaufs brachte, sondern auch dazu führte, daß Hitler gut zwei Jahre später das Genick gebrochen wurde.

Dort, wo einst die Rote Armee unter enormen Opfern triumphierte, wurde am 20. Mai d. J. der erst 31jährige Kandidat der KP der Russischen Föderation (KPRF) Roman Grebennikow zum Chef der Stadtverwaltung bestimmt. Für ihn hatten sich 32,57 % der Wolgograder Wähler entschieden. Auf den Kandidaten der Präsident Putin nahestehenden Partei „Einheitliches Rußland“ entfielen 20,35 %. Weitere 13 Bewerber kamen bei dem Rennen abgeschlagen ein. Wahlfälschungen, wie anderswo üblich, wurden diesmal nicht registriert.

Roman Grebennikow trat ein schweres Erbe an. Sein Vorgänger, der in Korrup-

tionsaffären und die Verschleuderung städtischer Mittel verstrickt war, sitzt gegenwärtig im Gefängnis.

Aufschlußreich ist die Tatsache, daß der kommunistische Wahlsieg an historischer Stätte durch die Fernsehstationen, Rundfunksender und regierungsnahen Blätter Rußlands fast unerwähnt blieb. Wie verlautete, soll die rechtsstehende Partei SPS in Wolgograd sogar ein „Komitee zur Verteidigung des Kapitalismus“ gegen die angeblich drohende „Restauration sozialistischer Verhältnisse“ gegründet haben.

**R. F., gestützt auf „Initiative Communiste“, Frankreich**

## Ein „Sozialist“ im Kabinett des Rechtsaußen Sarkozy Kouchner will Krieg

Man muß sich auf den Krieg gegen Iran vorbereiten“, erklärte unlängst Bernard Kouchner, Außenminister des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy. Dieser war nur mit den Stimmen des Front National – der Partei des Faschistenführers Le Pen, den der neue Präsident sofort nach seiner Wahl empfing – in Paris Staatschef geworden.

Doch stellen wir Monsieur Kouchner den Lesern einmal etwas näher vor: Von Beruf Mediziner, gehörte er zu den Mitbegründern der bekannten Organisation „Ärzte ohne Grenzen“. Heute gilt er, der alle einstigen Vorsätze wie das Völkerrecht in den Wind schlug, neben Angela Merkel als europäisches Sprachrohr des USA-Präsidenten George W. Bush und der „Neokonservativen“. An deren Kurs ist auch Sarkozy inzwischen eng herangerückt.

1960 begab sich Kouchner zunächst nach Biafra, einer erdöltreichen Provinz Nigerias, deren Abtrennung die internationalen Energiekonzerne damals verfolgten. Er arbeitete dort als Arzt und zeichnete sich durch die Rettung von Menschenleben aus. Recht bald begriff er, daß Frankreichs vorgeblich humanitäre Aktion ein Bestandteil der Sezessionsbestrebungen

war, um im Falle des Erfolgs einen Teil vom afrikanischen Ölkuchen abzubekommen. Kouchner profitierte von seinem auf dem schwarzen Kontinent gewonnenen Ansehen und einer damit zusammenhängenden Medienkarriere, um 1971 „Ärzte ohne Grenzen“ aus der Taufe zu heben. Als er der Gruppe seinen Willen nicht länger aufzwingen konnte, verließ er sie 1979 kurzerhand.

In den 90er Jahren entwickelte der „französische Doktor“ seine Theorie von einer „Pflicht zur Einmischung“. Die Quintessenz: Aus „humanitären Gründen“ sei alles erlaubt, auch der Einsatz militärischer Mittel.

Schon 1988 war Kouchner Frankreichs damals der von der Sozialistischen Partei (der er angehörte) gestellten Regierung beigetreten. Er ließ sich als „Minister für humanitäre Angelegenheiten“ feiern. In Wirklichkeit billigte Kouchner sämtliche Interventionen westlicher Mächte. So sprach er sich 1999 für die mit „Terror in Kosovo“ begründete NATO-Attacke auf Serbien aus. Er schlug sogar die Einführung der DM als Währung in der überwiegend albanischsprachigen Provinz vor.

2003 beschäftigte sich Kouchner im Auftrag von Total mit der Lage in Burma (Myanmar), dessen reiche Erdölressourcen den französischen Superkonzern angelockt hatten. Das „Ranguner Regime“ beschuldigte seinerzeit Total, Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben. Kouchner „redigierte“ daraufhin für die Firma eine seine Auftraggeber weißwaschende „Richtigstellung“, wofür er ein Honorar von 25 000 Euro einsteckte.

Auch der USA-Überfall auf Irak vermochte den „großen Humanisten“ nicht von der Seite Bushs zu reißen. So war es gewiß kein Zufall, daß der neu gewählte Präsident Sarkozy, der zur Tarnung seiner rechtslastigen Regierung einen „Sozialisten“ brauchte, Kouchner in sein Boot holte, obwohl dieser zuvor für die Kandi-

datur der PS-Bewerberin Segolène Royal geworben hatte.

Schon die erste große Erklärung des frischgebackenen Außenministers rief im Weißen Haus Entzücken hervor. Iran müsse sich auf „schlechte Zeiten“ einstellen, drohte Kouchner. Gemeint war die Aggression. Dieser hat wohl Putins spektakulärer Besuch in Teheran zunächst einen Riegel vorgeschoben.

Übrigens gehörte der noble Arzt in der Ära Saddam Husseins zu den lebhaftesten Befürwortern einer Verschärfung durch Washington geforderter Sanktionen gegen Bagdad. Als Folge des dadurch verursachten drastischen Entzugs von Nahrungsmitteln und Medikamenten starben 500 000 irakische Kinder.

**R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel**

Am **14. Dezember** begeht unsere langjährige und hochverdienende Kampfgefährtin

### Bruni Büdler

die zu den tragenden Säulen des RF-Vertriebs gehört, ihren **70.** Geburtstag. Wir übermitteln der treuen Kommunistin herzliche Glückwünsche.

Die **Oktober-Ausgabe** der Halbjahreszeitschrift mit dem Thema „Revolution“ ist erschienen. Preis: Einzelheft 12,80 €, Jahresabo 15,40 €. Zu beziehen über **Dr. Dieter Kraft**, Seestraße 35 13353 Berlin, Tel. (030) 2 82 07 80



„Sarkozy siegt – er verwandelt Europa“, Plakat der faschistoiden Alleanza Nazionale aus Italien

# Massive Unterstützung für Verfassungsreformer in Ekuador Rafael Correas dritter Sieg

Neben Kuba, Venezuela, Bolivien und Nicaragua gehört Ekuador zu jenen Staaten Lateinamerikas, in denen linke Regierungen jetzt den Kurs bestimmen. Der fortschrittliche Ökonomieprofessor Rafael Correa hat dort – nach einer vorangegangenen Periode scharfer sozialer Spannungen und erheblicher politischer Instabilität – seinen dritten Sieg innerhalb eines Jahres erstritten. Aus den Präsidentschaftswahlen, die Ende 2006 stattfanden, war er mit Massenunterstützung vor allem auch der indianischen Bevölkerung Ekuadors als Gewinner hervorgegangen. Im April setzte sich der charismatische Präsident ein zweites Mal durch: Bei einer Volksabstimmung erhielt er massiven Rückhalt für seinen Vorschlag einer neuen Konstitution der Republik. Und auch der dritte Hieb saß:

In den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung errang Correas Vaterländische Allianz (Alianza País) die absolute Mehrheit der Mandate. Auf sie entfallen nach ersten Schätzungen – das Endergebnis stand bei Redaktionsschluss noch aus – 70 bis 80 der 130 Sitze.

Der Andenstaat Ekuador – bekannt als Bananenexporteur Nr. 1 – ist zugleich auch ein wichtiger Erdölproduzent. Der Profit geht in dem einen wie dem anderen Falle ausschließlich an multinationale Konzerne und die zahlenmäßig kleine einheimische „Elite“. Das Elend der Massen ist so groß, daß ein Fünftel der 15 Millionen Ekuadorianer zur Auswanderung gezwungen war. Drei von fünf Arbeitssuchenden sind entweder erwerbslos oder erhalten nur einen kargen Lohn, der unter dem Existenzminimum liegt.

Hauptgegenspieler Rafael Correas, der die Situation fundamental verändern will, ist Ekuadors berüchtigter „Bananenkönig“ Álvaro Noboa. Der wurde bei den vorjährigen Präsidentschaftswahlen zwar geschlagen, hat aber nicht aufgegeben. Der reichste Mann des Landes und die von ihm repräsentierte ausbeuterische Oberschicht sinnen – von der CIA „in geeigneter Weise“ unterstützt – auf Rache. Mit der neuen Verfassung will Correa diesen Kräften den Weg abschneiden. Er strebt eine Kontrolle der Operationen in- und ausländischer Kapitaleigner an, will der Beherrschung des Staatsapparates durch die „traditionellen“ Parteien Ekuadors ein Ende setzen, die Justiz reformieren und einen öffentlichen Wirtschaftssektor schaffen.

**R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel**



Seite an Seite:  
die Präsidenten  
Venezuelas und  
Ekuadors,  
Hugo Chávez und  
Rafael Correa



Doppeljus Dollar zieht nicht mehr!

## Neue Welle von Auseinandersetzungen auf dem Balkan USA und NATO schüren Konflikte

In jüngster Zeit verschärften sich die verbalen Auseinandersetzungen zwischen Griechenland und der früher zur Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien gehörenden heutigen Republik Mazedonien (FYROM). Vordergründig betrachtet, stehen sie im Zusammenhang mit dem von Athen in Frage gestellten Namen der mazedonischen Republik. Doch dahinter verbirgt sich sehr viel Wesentlicheres: die Strategie des USA-Imperialismus auf dem Balkan.

Mit dieser Entwicklung beschäftigte sich unlängst das Politbüro des ZK der KP Griechenlands (KKE). Eine Mitteilung über das Ergebnis der Beratung am 2. Oktober wurde zwei Tage später im KKE-Zentralorgan „Rizospastis“ veröffentlicht. Die USA beeilten sich, heißt es darin, mit Blick auf den bevorstehenden NATO-Gipfel im April 2008 die Erweiterung des Paktes durch die Aufnahme der FYROM, Albaniens und Kroatiens

voranzutreiben. Washington sei entschlossen, die völlige Lostrennung sprich: Unabhängigkeit des Amselfeldes (Kosovo) von Serbien durchzusetzen. Die Nichtmarkierung der Grenze zwischen Kosovo und FYROM sowie die angestrebte Revision der bestehenden Grenze führten zu einer neuen Serie von Auseinandersetzungen nicht nur auf dem Balkan, sondern auch in anderen Regionen, entnimmt man dem Kommuniqué.

Nach Einschätzung des Führungsgremiums der KKE stehen diese Pläne mit dem scharfen Konkurrenzkampf der Imperialisten auf dem Energiesektor der Balkanregion sowie mit Bestrebungen der USA im Zusammenhang, einer stärkeren Annäherung Rußlands an bestimmte Länder den Weg zu verlegen.

Was den Namen Mazedonien betreffe, so betont das KKE-Politbüro, könne dieser nur als geographischer Begriff akzeptiert werden. Voraussetzung dafür sei die

wechselseitige Anerkennung der Unverletzbarkeit der Grenzen, der territorialen Integrität und Souveränität beider Länder. Die KP Griechenlands appelliert an die Athener Regierung, „einer Unabhängigkeit des Kosovo nicht zuzustimmen, keine einseitige Anerkennung seitens der EU zu akzeptieren und an den bestehenden Grenzen festzuhalten“.

Keine Übereinkunft könne das friedliche Zusammenleben der Völker, die Entwicklung von Beziehungen der Freundschaft und Kooperation zwischen Griechenland und der Republik Mazedonien sowie anderen Ländern und Völkern auf dem Balkan und in der weiteren Region gewährleisten, solange die imperialistische Einmischung nicht entschlossen bekämpft werde, heißt es in der Verlautbarung. Das griechische Volk wird zur Intensivierung des Kampfes gegen die NATO und deren Erweiterung, gegen den geplanten „nuklearen Schirm in Europa“ aufgerufen. **Thanos Grákos**

# Wie ein Hauptwachtmeister der Nazi-Flak in Wut geriet Begegnung mit Karl Marx

Wenn ich hier behaupte, daß ich am 1. Oktober 1941 Karl Marx persönlich begegnet bin, so wird der Leser sagen: Dieser Kerl hat durchgedreht. Und doch entspricht meine Geschichte Punkt für Punkt der Wahrheit.

Wir waren etwa 200 Rekruten, die an jenem Oktobertag auf dem Gelände der Flak-Ersatz-Abteilung 12 in Berlin-Lankwitz antraten. Ein bunter Haufen in Zivil, jeder mit einem Köfferchen oder Pappkarton in der Hand. Etliche Unteroffiziere umkreisten uns wie Hirtenhunde ihre Herde. Bald standen wir tatsächlich in Reih und Glied. Einer der Wachtmeister machte einem Vorgesetzten Meldung. Dieser brüllte uns zu: „Morgen Rekruten!“ Zweihundertstimmig erscholl die Antwort: „Morgen“ – aber sehr viel dünner kam die Fortsetzung „Herr Hauptwachtmeister“. Der mickrige Gegengruß paßte dem Betreffenden nicht. Er stellte sich uns nun mit unverhohlener Ironie vor: Er sei der Hauptwachtmeister Strehlow, gewissermaßen die „Mutter der Batterie“. Das also war der „Spieß“. Er hielt eine kurze Rede, von der mir nur noch in Erinnerung ist, welch großes Glück es doch für uns wäre, gerade der 3. Batterie zugeteilt worden zu sein. Allein, daß unsere Unterkunft so nahe am Kasernentor läge, sei für uns schon von Vorteil. Während andere beim Ausgang erst den weiten Weg zur Wache zurücklegen müßten, hätten wir mit unseren Bräuten die Bänke im Lankwitzer Park längst besetzt. In diesem Kommißstil ging es noch eine Weile weiter.

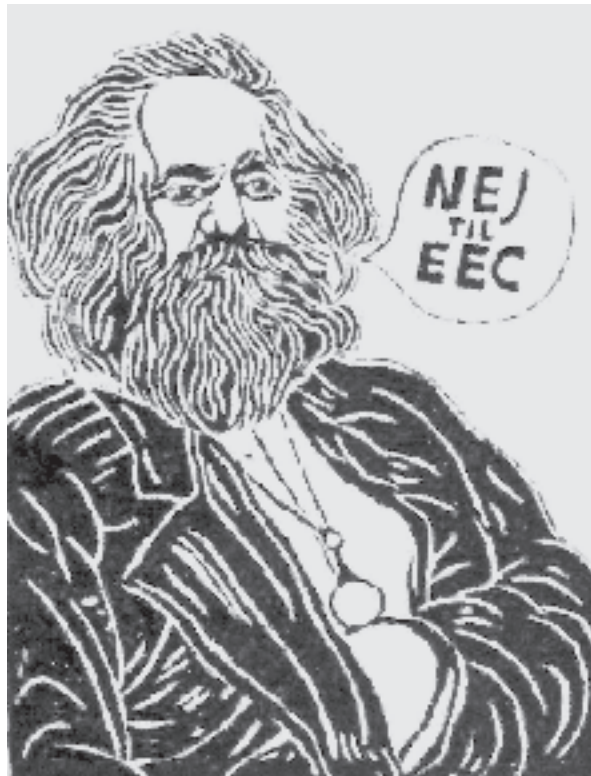
Nach der „Zeremonie“ durften wir unsere private Habe wieder aufnehmen, und eine Gruppe von schon länger dienenden Gefreiten und ein Obergefreiter führten uns in die Unterkünfte. Dann ging es zur Kleiderkammer. Anschließend sollten wir uns in der „Schreibstube“ melden. Dort reihte ich mich bei den schon Wartenden ein. Einer nach dem anderen wurden wir hineingerufen, um unsere persönlichen Daten anzugeben. In dem kargen Raum – das Hitler-Bild an der Rückwand bildete den einzigen „Schmuck“ – saßen vier Gestalten, die Kälte und Unnahbarkeit ausstrahlten: der Hauptwachtmeister, ein Unteroffizier und zwei Gefreite. Wer den Raum betrat, hatte kaum Bewegungsfreiheit: Eine Grundfläche von etwas über einem Quadratmeter war von einer etwa 1,50 m hohen Holzbarriere umgeben, die jedem, der sich solchermaßen eingezwängt sah, das Gefühl geben sollte, quasi ein Angeklagter zu sein.

Ich hatte gerade den Verschluss betreten, da drängten sich noch zwei weitere Personen – eine in Uniform, eine in Zivil – in das enge Geviert. Der Uniformierte nahm Haltung an und wandte sich an den

Hauptwachtmeister: „Läufer vom Dienst von der 2. Batterie meldet sich mit einem Rekruten zur Stelle.“

Der Hauptwachtmeister sah erstaunt auf. „Und, was wollen Sie?“ „Der Herr Hauptwachtmeister der 2. Batterie läßt fragen, ob der Herr Hauptwachtmeister noch einen Tischler gebrauchen kann.“ Und mit Blick auf den Rekruten: „Der hier ist einer.“

Der Spieß ließ seinen Blick von einem zum anderen schweifen. Irgend etwas schien ihm nicht geheuer. Schließlich fragte er den Rekruten, wo er zuletzt ge-



Nein zur EU! Aus: „Ret og Vrang“, Dänemark

arbeitet habe. Der nannte einen Berliner Tischlereibetrieb. „Und, was haben Sie da gemacht?“

„Türen, Fenster und Wandverkleidungen, Herr Hauptwachtmeister.“ Der grübelte einen Augenblick und meinte dann: „Wandverkleidungen – das könnten wir gebrauchen. Haben Sie denn Beziehungen zu Holz?“ Der so Angesprochene, der die ganze Zeit einen ausgesprochen unglücklichen Gesichtsausdruck aufgesetzt hatte, lebte sichtlich auf: „Da wird sich gewiß etwas machen lassen, Herr Hauptwachtmeister!“

„Na gut“, sagte dieser, und wandte sich an einen der Schreiber: „Nehmen Sie die Personalien von dem Mann auf.“ Ich sah, wie der Läufer vom Dienst plötzlich zu grinsen begann, der Rekrut aber sichtlich in sich zusammensackte. Der Hauptwachtmeister, der während des Gesprächs aufgestanden war, hatte sich wieder hingesetzt, um seine Papiere durchzusehen. Der Schreiber nahm ein Formular zur Hand und fragte: „Name?“ Der Tischler atmete

tief durch und sagte dann: „Marx.“ Ruckartig richtete sich der Hauptwachtmeister hinter seinem Schreibtisch auf. Ich hatte einen solchen Namen nie zuvor gehört, merkte aber am Verhalten der anderen, daß hier etwas Besonderes abging.

„Sind Sie Jude?“, fragte der Spieß. „Nein, Herr Hauptwachtmeister.“ Der wandte sich wieder seinen Papieren zu. Das war für den Schreiber das Zeichen, die Befragung fortzusetzen. „Vorname?“ Wieder tiefes Durchatmen bei dem Befragten. Dann: „Karl.“

Wie von der Tarantel gestochen schoß der Hauptwachtmeister in die Höhe, sein Stuhl knallte krachend an die Rückwand. Ich fuhr erschrocken zusammen, begriff diese Aufregung ganz und gar nicht. „Wollen Sie uns verschießern, Mann?“ „Nein, Herr Hauptwachtmeister, ich heiße so.“ „Zehn Kniebeugen!“ Ich verstand noch immer nicht, was den Hauptwachtmeister so in Rage versetzt hatte. Inzwischen war der Jüngling mit dem offensichtlich Ärger auslösenden Namen dabei, sich einen Standort auszusuchen, wo er dem Befehl des Hauptwachtmeisters nachkommen konnte. Ich machte mich im wahrsten Sinne des Wortes „dünn“, um ihm Raum für seine Übung zu geben. Der Hauptwachtmeister hatte inzwischen zum Telefonfonhörer gegriffen, um den Spieß der 2. Batterie anzurufen. Man konnte das dröhnende Gelächter vom anderen Ende der Leitung ahnen. Unser Vorgesetzter sagte jedenfalls mit grimmigem Humor, daß er sich für das Angebot bedanke und der andere mit dem Kuckucksei gefälligst selber fertig werden solle. Dann wandte

er sich wieder dem Rekruten zu und meinte: „Na, dann sehen Sie mal zu, wie Sie bei der Deutschen Wehrmacht bestehen werden – und nun aber raus hier!“

Ich kann nicht leugnen, daß mich dieser Vorgang ziemlich eingeschüchtert hatte. Wie sollte ich denn wissen, welcher Makel vielleicht auch meinem Namen anhaftete? So antwortete ich denn, danach gefragt, ziemlich leise. Wieder sah der Hauptwachtmeister auf. „Was ist los, Mann? Sind Sie heiser?“ „Nein, Herr Hauptwachtmeister.“ „Na, dann antworten Sie laut und deutlich!“

Nun brüllte ich nach bestem Können meinen Namen in den Raum und war froh, daß offenbar nichts Fragwürdiges damit verbunden war. Natürlich dachte ich lange über das Erlebte nach, traute mich aber nicht, bei irgendwem in meiner neuen Umgebung nachzufragen. Erst Jahre später begriff ich, welch' großem Namen ich an jenem 1. Oktober 1941 begegnet war.



Der Zufall ließ mir Günter de Bruyns Buch „Vierzig Jahre – ein Lebensbericht“ erst jetzt vor die Lesebrille kommen. Es erschien bereits 1998, und ich hatte ein Exemplar der 6. Auflage von 2004 gekauft. Der Titel verrät mir, daß es sich um den Bericht über ein Leben in der DDR handeln müsse. Außerdem war mir der Autorennamen vertraut.

In meinen Bücherregalen suchend, fand ich von ihm Geschriebenes: „Der Hohlweg“ stand dort, „Buridans Esel“ „Das Leben des Jean Paul Friedrich Richter“ und die „Märkischen Forschungen“. Alle im Mitteldeutschen Verlag Halle erschienen. Übrigens, der „Buridan“ damals schon in der 12. Auflage. Erstaunlich! Ich wußte auch, daß die Liste der Veröffentlichungen de Bruyns bis heute deutlich umfangreicher geworden ist. Mein Entschluß stand fest: Auch diese Bücher mußt du wie andere noch einmal lesen!

Zuerst aber wollte ich de Bruyns „Bericht“ zur Kenntnis nehmen, stammte er doch von einem, der wie ich vierzig Jahre in der DDR gelebt hatte. Neugierig war ich, was er im nachhinein darüber dachte und seinen Lesern mitzuteilen hatte. Bei ihm war meine Erwartung besonders groß. Immerhin gehörte er zu jenen, welche im kleineren Deutschland etwas zu sagen hatten und sagen wollten. Seine Profession war und ist ja die des Schriftstellers. Und zu dieser kann niemand gezwungen werden. Das wird man wohl aus eigenem Antrieb. Übrigens halte ich es für wichtig, daß wir einander unsere Geschichten aus der hinter uns liegenden Zeit erzählen. Welche Wirkung hat es, wenn wir uns davor scheuen? Sie könnten ebenso wie unsere Geschichte in Vergessenheit geraten. Das wäre schlimm! Noch schlimmer: Wir überließen es anderen, sie zu erzählen und sie falsch zu deuten. Das geschieht in heutigen Tagen viel zu oft und zunehmend, wenn es um DDR-Geschichte und DDR-Geschichten geht. Beim Berichten und Erzählen Wahrhaftigkeit zu zeigen und Sachkenntnis walten zu lassen, darum sollte sich jeder bemühen, wenn er sich ans Erinnerungswerk macht.

Wie hat es der DDR-Bürger und DDR-Schriftsteller de Bruyn damit gehalten? Wie hat er sein DDR-Leben rückblickend betrachtet und bewertet? Das bewegte mich, als ich zu lesen begann. Nur dieser Bericht interessierte mich jetzt, nicht das gesamte literarische Schaffen des Autors. Auch wollte ich nicht nachspüren, wie er im konkreten Falle sein Werkzeug handhabte. Mich interessierten in erster Linie Erzählhaltung und Erkenntnisgewinn des Schreibers sowie sein Urteil über die selbst erlebte DDR-Geschichte. Zumal auf der vierten Umschlagseite ein renommierter Literaturkritiker der FAZ urteilt: „Vierzig Jahre hat Günter de Bruyn in der DDR verbracht. So offen, so uneitel und gewissenhaft, wie das bisher wohl nie geschah, berichtet er in diesem Buch vom Leben eines Bürgers in einem diktatorischen Staat.“

Aha, offen, uneitel und gewissenhaft! Aus genannten Gründen sehr neugierig geworden, wollte ich es nachlesen. Was

fiel mir auf? Vielleicht zuerst dieses: Der Berichtende begegnete auf seinem DDR-Weg fast keinen freundlichen Menschen. Das beginnt bereits bei der Schilderung seiner Aufnahmeprüfung an der Bibliothekarschule im 49er DDR-Geburtsjahr auf den ersten Seiten. Die Kommission besteht aus einem „steifen, asketisch wirkenden Herrn, aus zwei etwa fünfzigjährigen Damen, deren eine nur als Echo und Kopfnickerin wirksam wurde, während die zweite dominierte und einen Herrenschnitt trug“.

Solche unfreundlichen Typen begleiten de Bruyn vierzig Jahre lang bis 1989. Und nicht nur Mitarbeiter der Staatssicherheit. Je mehr sie in Funktion standen, desto grantiger und holzschnittartiger beschreibt sie der Schriftsteller. Als Ausnahmen haben nur seine wenigen

Unklar bleibt, woraus die Abneigung des Autors gegenüber der DDR und den dort herrschenden Verhältnissen entspringt. Ebenfalls „von Anfang an“. Den Leser, der auf Erkenntnisgewinn aus ist, interessieren sehr wohl die Motive der Helden und Personen, über die er liest. Er möchte etwas erfahren über die Beweggründe ihres Handelns. Ich kann mir den Seitenhieb nicht ersparen: de Bruyn gehörte ja wohl deutlich zu denjenigen, die sich in der DDR Vorrechte ertrugten, sie entgegennahmen und nutzten. Man kann es im „Bericht“ nachlesen. Nicht im Rapport einer gewissen Behörde, sondern in seinem autobiographischen Buch.

Es sei nicht unterschlagen: de Bruyn schreibt auch über Momente, da er versagte oder wo ihm der Mut für den Widerspruch fehlte oder wo dieser nur halbher-

---

## Zum Lebensbericht des Günter de Bruyn „Vierzig Jahre“ ... das war's?

---

Freunde und einige seiner Kollegen aus der BRD etwas mehr Glück. Aber auch die werden mit einem gehörigen Schuß Ironie bedacht, die wenig freundlich angesetzt wurde.

Zusammenfassend gewinnt man den Eindruck: Also in der DDR, da wurde nie gelacht! Höchstens verkniffen! Freundlichkeit gab es in dieser Gesellschaft nicht! Schwarzweißmalerei nennt man das wohl. Eine Methode, die sich in gedruckten und in flimmernden Medien als einseitige Sicht auf den kleineren Teil Deutschlands und seine Geschichte weitgehend durchgesetzt hat.

Günter de Bruyn ist Jahrgang 1926, im Staatsgründungsjahr von BRD und DDR war er also 22 Jahre alt. Nun gut, ich bin zehn Jahre jünger. Für mich ist es trotzdem erstaunlich, wie er „von Anfang an“ die sozialistische Sache, die Verhältnisse und politischen Ereignisse durchschaute. 17. Juni 1953, 13. August 1961, krisenhafte Entwicklungen im sozialistischen Staat bis hin zum „Mauerfall“ – für alles hatte er schon zum Zeitpunkt des Geschehens Erklärungen. Sie stehen fest und haben sich nicht verändert, auch nicht beim Aufschreiben seines „Lebensberichts“. Wenn es doch so einfach wäre mit den politischen Dingen! Um diesen unumstößlichen Deutungsanspruch beneide ich ihn und andere nicht! Ich halte mich da lieber an Herrn Keuner (Brechts Gleichnis-Figur), der erlebte, als ihm ein Freund nach länger verstrichener Zeit sagte, daß er sich nicht verändert hätte.

zig war. Was er im Literaturbetrieb der DDR erlebte, im Schriftstellerverband, bei der Zusammenarbeit mit den Verlagen, den Behörden, darüber berichtet er sehr detailliert. Ich bin nicht kenntnisreich genug und hätte auch kein Vergnügen daran, im einzelnen nachzuforschen, ob sich diese oder jene Geschichte so oder anders ereignet hat.

Was mir beim Lesen aber auffiel: Für jedes Versagen, für jeden Kompromiß hat er eine Erklärung, in der Regel halbherzig. „Bei der Tagung nicht mehr zu Wort gekommen“ oder „wollte lieber in Ruhe meiner schriftstellerischen Arbeit nachgehen“, liest sich das dann.

... der werfe nicht den ersten Stein! Ich will mich daran halten. Aber was mir bei de Bruyn doch fehlt, ist das aus späterer Sicht überlegte klare Urteil über sich selbst. Hier war ich zu bequem, dort habe ich geschwiegen, und an jenem Punkt war ich zu feige. So oder anders könnte es lauten. Oder aber auch: Das habe ich gewagt, da war ich mutig!

Immerhin: Uns berichtet ein ehemaliges Mitglied des Vorstandes des Schriftstellerverbandes und des Vorstandes des PEN-Clubs der DDR, auch ein Mitglied der Akademie der Künste der DDR. Wie wurde man das ohne eigenes Zutun oder eigene Zustimmung? Ein Parteauftrag kam ja bei de Bruyn nicht in Frage, da er nicht Mitglied der SED war. Während der Vorstandssitzungen, Konferenzen und Tagungen, so berichtet er, langweilte er sich, „konzentrierte sich still auf seine Lektüre“ oder beobachtete die anderen Teilnehmer

mit satirischem Blick. Widerständig kann man das wahrlich nicht nennen! Nun ist es ja normal, daß einem nicht jeder sympathisch ist, dem man begegnet oder mit dem man zusammenarbeitet. Doch erstaunlich scheinen mir die scharfen Urteile, die der Schriftsteller de Bruyn über seine Kollegen insgesamt und im einzelnen abgibt. Kaum einer kommt dabei gut weg. Damals nicht und auch in der Nachschau nicht, da vielleicht relativiert. Selbst der alte Arnold Zweig bleibt nicht verschont. Die Grenzen der Ironie werden in den meisten Fällen überschritten, de Bruyn gerät ins nachtragend böse Urteil. Aber ja doch, selbstverständlich: Auch unter den Meistern des Wortes gibt es Grobiane, Angeber, Suffköpfe, Streber, Neider

... Aber wie sie dem de Bruyn in dieser Kompaktheit begegnet sind, das ist schon erstaunlich! Etwas anderes stört und verstört dabei: Wie kann man als Schriftsteller über die Kollegen der eigenen Zunft so vernichtend urteilen, wie er das in den meisten Fällen tut? Ohne ihr literarisches Werk im Blick zu haben, ohne die Umstände zu beachten, wie es entstand und auf welchem Wege der jeweilige Kollege zum Schreiben kam? Gewissenshaftigkeit wäre hier u. a. angebracht gewesen! Ach so: Auf Hermann Kant, lange Jahre Präsident des DDR-Schriftstellerverbandes, feuert de Bruyn besonders giftige Pfeile ab. Da liegt er im „Abrechnungs“-Trend. Doch Kant ist hart im Nehmen. Geschult auch zu den Zeiten, als er in ge-

nannter Funktion versuchte, der Literatur in der DDR Wege zu bahnen. In seinem gerade erschienenen Interview-Erinnerungsbuch „Die Sache und die Sachen“ kann man es nachlesen. Kants „Vierzig Jahre“, die sind sehr lesenswert! Was man vom Lebensbericht des Günter de Bruyn nicht unbedingt behaupten kann. Zu sehr hat diesem beim Schreiben die Eitelkeit die Feder geführt! Bei allem literarischen Respekt vor anderem, was dieser Schriftsteller noch schrieb. Übrigens: Seine eingangs genannten Bücher habe ich wieder in das Regal zurückgestellt. Im Moment habe ich keine Lust, sie noch einmal zu lesen. Vielleicht später.

**Dr. Malte Kerber**

## ***Kurt, Du wirst unvergessen bleiben!***

Unzählige Kinder und später deren Kinder kannten und kennen den Namen des Komponisten, aufrechten Kommunisten und Antifaschisten Kurt Schwaen sicher nicht – und doch haben Generationen seine Lieder gesungen. „Wenn Mutti früh zur Arbeit geht ...“ gehörte in den Schulen und Kindereinrichtungen der DDR zum morgendlichen Repertoire.

Nun ist Kurt Schwaen tot. Er starb am 10. Oktober im Alter von 98 Jahren. Seine Kinderoper „Pinocchio's Abenteuer“ und über 600 Kompositionen, u. a. für Bert Brechts Werk „Die Horatier und die Kura-tier“, haben sein Schaffen ausgemacht. In seiner für die Komponisten so wichtigen Funktion als Vorsitzender des Beirates der „Anstalt zur Wahrung der Autorenrechte“ (AWA) hat er sich unschätzbare Verdienste erworben. Mehr als zehn Jahre haben wir sehr eng zusammengearbeitet. In dieser Zeit war er mir als dem Gene-

raldirektor der AWA stets ein väterlicher Freund und zuverlässiger Berater. Auf vielen internationalen Tagungen und Kongressen vertraten wir gemeinsam die Interessen unserer Komponisten, Autoren und Musikwissenschaftler. Kurt Schwaen genoß weit über die Landesgrenzen hinaus hohes Ansehen.

Ich verneige mich in Dankbarkeit. Kurt, Du wirst unvergessen bleiben!

**Klaus Eisenbarth**

*Der Verfasser des nebenstehenden Gedichts, OMR Dr. sc. med. Hans-Henning Dehmel, war nicht nur ein hochangesehener Arzt, sondern auch ein begabter Lyriker, der von dem Literaten Walter Victor persönlich gefördert wurde. Sein Abschiedsgedicht entstand im Jahre 2002.*

Wenn es gilt ...  
Wenn es gilt,  
Abschied zu nehmen,  
Werde ich noch einmal  
Wie ein Windhauch  
Durch das Haus gehen  
Und die Heiterkeit spüren,  
Als wir in dieses Haus  
Einzogen  
Und es lange bewohnten,  
Gebend und nehmend,  
Den Windhauch des Glückes  
Spürend.  
Und diese tätige  
Heiterkeit  
Wird bleiben  
Wie ein Windhauch,  
Wenn es gilt,  
Heiter und gelassen  
Abschied zu nehmen,  
Wissend  
Um erlebtes Glück.

**Hans-Henning Dehmel (1933–2005)**



Der bei „RotFüchsen“ sehr geschätzte Dresdner Singclub Ernesto Che Guevara begeisterte die Teilnehmer der Berliner Festveranstaltung zum 90. Jahrestag der Oktoberrevolution. Die auf der Feier mit stürmischem Beifall bedachte Rede von Prof. Dr. Götz Dieckmann liegt dieser Ausgabe bei.

Fotos: Armin Neumann

# Zur Literaturpolitik der SMAD in der SBZ

Das Bewußtsein der Mitschuld an den Verbrechen des Faschismus wurde nur von einer Minderheit der Deutschen aufgenommen, von den meisten aber verdrängt. Auch im Osten des Landes. Eines war klar: Ohne eine völlige Abkehr vom Ungeist der Nazis war es nicht möglich, ein demokratisches Deutschland aufzubauen. Die nahezu vollständige geistig-moralische Verwüstung, ja, der Totalverlust elementarer humanistischer Werte durch die übergroße Mehrheit der Deutschen zwang geradezu, den Antifaschismus zu verordnen. Das geschichtspolitische Kampfinstrument gegen die DDR zu deren Delegitimierung ist also stumpf.

Gestützt auf die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), der die Kontrolle der politisch-ideologischen Hauptprozesse in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) oblag, und auf deren Hilfe gingen Antifaschisten unterschiedlicher Überzeugungen an das überaus schwierige Werk. Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerliche Hitlergegner, die im Lande verblieben waren, sowie jene, welche aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern oder aus der Emigration zurückkamen, stellten sich dabei in die vorderste Reihe.

Das „Programm zur Erneuerung der deutschen Kultur“ zielte auf die Rückgewinnung der humanistischen Substanz der Deutschen. Seine wesentlichsten Bestandteile waren die Literaturpolitik und Publikationstätigkeit der SMAD. Sie reflektierten die Beschlüsse der Siegermächte, insbesondere die Abkommen von Jalta und Potsdam, und entsprachen den Vorstellungen der antifaschistischen Kräfte im Osten Deutschlands.

Aus welchen Quellen schöpften die sowjetischen Organe, welche Inhalte dominierten? Hier seien genannt: das ideell-literarische Vermächtnis des klassischen Humanismus (besonders Goethes), der Zeit der antinapoleonischen Befreiungskriege, des Vormärz, des kritischen Realismus bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts; die Literatur und Publizistik des antifaschistischen Exils; die russische Literatur des 19. Jahrhunderts sowie die Sowjetliteratur (besonders seit Beginn der 30er Jahre).

Aus Platzgründen will ich mich auf die Zielstellung und die Aufnahme der russischen und Sowjetliteratur, deren Leistungen, aber auch Grenzen, die den konkret-historischen Umständen geschuldet waren, beschränken. Selbstverständlich ließ sich die Informationsabteilung der SMAD, deren Leiter Oberst Sergej Tulpanow war, vom Gedanken leiten, dem Antisowjetismus entgegenzutreten sowie „Lethargie, Gleichgültigkeit, Untertanengeist und politische Passivität“ in der deutschen Bevölkerung abzubauen (Stefan Doernberg) und aktiv in die Politik einzugreifen. Eingeschlossen war hier das Wirken der etwa 150 Offiziere, die als Lektoren für die Aufklärung der Bevölkerung über das Wesen von Krieg und Faschismus, die Deutschlandpolitik der UdSSR und die

Vermittlung des Marxismus-Leninismus tätig waren.

Wir wissen von mehr als 6000 Vorträgen vor 2,5 Millionen Teilnehmern, von der Hilfe bei der Gründung von Verlagen, der Herausgabe von Büchern und Zeitungen. Das Zusammenwirken mit dem „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ und der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ sowie den Parteien des Antifaschistisch-Demokratischen Blocks gestaltete sich erfolgreich und war ein wichtiger Beitrag zur Bekanntmachung und Rezeption der russischen und Sowjetliteratur. Betonung fanden deren kämpferische und moralisch-ethische Werte im Sinne ihrer Pflege und Bewahrung. Die elementare Feststellung, daß die Werke der „großen Russen“ wie Puschkin, Turgenjew, Tolstoi, Belinski, Herzen, Dobroljubow, Gogol u. a. weltliterarischen Rang verkörperten, drang besonders in das Bewußtsein der jungen Generation ein. Dabei wurde nicht in erster Linie das Russische betont, sondern die kulturelle Gemeinsamkeit mit den deutschen Beiträgen zur Weltliteratur hervorgehoben.

Der Maßstab, der an die Sowjetliteratur der Gegenwart gelegt wurde, war ähnlich, änderte sich aber zunehmend ab etwa 1948. Sicher ist, daß – in Verantwortung des Leiters der Kulturabteilung der SMAD, Major Alexander Dymshiz – die meist hochgebildeten Kulturoffiziere um die Bewahrung und Aneignung der Werte der Vergangenheit bemüht waren, zugleich aber in Auseinandersetzung mit der Ideologie des Westens gegen Dekadenz und Formalismus zu Felde zogen. Außerdem gab die Literaturtheorie von Georg Lukacs, der die kritischen Realisten favorisierte, die literarische Moderne aber als Verfallserscheinung der bürgerlichen Gesellschaft zurückwies, der Formalismusdebatte das theoretische Fundament. Die seit den 30er Jahren in der UdSSR verfolgte Richtung wurde durch die SMAD uneingeschränkt übernommen und umgesetzt. Diese Orientierung bewirkte nicht nur den Verzicht auf die Literatur der Avantgarde, auch der sowjetischen der 20er Jahre (verkörpert durch Namen wie Jessenin, Blok u. a.), sondern umschloß auch die gefilterte Kritik an Dostojewski, den man als weithin „antirevolutionär“ und „reaktionär“ empfand. Sie betraf sogar Werke von Brecht, Dessau und Seghers. Majakowski wurde zwar gewürdigt, aber, gelinde gesagt, etwas unvollständig. Völlig ausgeblendet blieben jene Literaten, welche den „Säuberungen“ zum Opfer gefallen waren.

Dieser Kurs der damaligen sowjetischen Literaturpolitik wirkte sich auf die im Entstehen begriffene DDR-Literatur und Literaturkritik aus. Neben Förderung, Anregung und Hilfe gab es Tendenzen der Einschränkung. Das mindert jedoch nicht die großen Leistungen der SMAD. Sie sorgte dafür, daß die sowjetischen Autoren im Osten Deutschlands zu Wort kamen: Gorki, Scholochow, Fedin, Serafimowitsch, Gladkow, Wischnewski, Majakowski, Nekrassow, Ehrenburg, Maka-

renko, Ostrowski, Gaidar, Ashajew, Rybakow u. a. Die erwähnten Defizite wurden in den folgenden Jahrzehnten schrittweise behoben, besonders seit Anfang der 70er Jahre.

Das Gesamtbild des kulturellen Transfers ist demnach uneinheitlich. Prägend wirken das Verhalten der Kulturoffiziere wie die spätere sowjetische Kulturpolitik, die Vermittlung, aber auch die Beschneidung des geistigen Erbes. Tragfähige Bezugspunkte in der Tradition fanden uneigenständige Förderung. Tulpanow hat später die ersten Jahre nach dem Krieg als Zeit des „Sturm und Drang“ bezeichnet. Es gab viel Duldsamkeit, hohes Einfühlungsvermögen und Toleranz. So manches historisch bedeutsame Bauwerk wurde vor dem Zugriff übereifriger Funktionäre bewahrt, aber nicht immer konnten die Kulturoffiziere unbesonnene Schritte (z. B. die Einstellung der Zeitschrift „Ost und West“) verhindern.

Trotz aller Zwiespältigkeiten ist ohne Einschränkung festzustellen: Die „Erneuerung der Kultur“, getragen von der SMAD, hatte auf die Herausbildung der kulturellen Identität der DDR maßgeblichen Einfluß. Deren Kern aber war der Antifaschismus.

**Dr. Peter Fisch**

## Rußland

Weites Land,  
endlos,  
sturm- und geschichtsgebeugt –  
du hältst mich gefangen.  
Die Schwielen an  
den Händen deiner Menschen,  
die Falten  
in ihren Gesichtern  
zeugen von Kraft und Leiden.  
Wieviel Glut brennt  
in ihren Herzen,  
ohne das vollkommene  
Glück zu kennen.  
Sie lieben den Gast,  
dulden die Grauheit  
des Alltags,  
die Wunden und Unwägbarkeiten.  
Grob sind sie,  
eckig und geduldig,  
leidensfähig und ergeben.  
Dennoch:  
der Gast ist für sie König.  
Sie haben nichts  
und geben alles.  
Der russische Tisch,  
er biegt sich  
unter Köstlichkeiten,  
unter knoblauchgetränkten Speisen,  
dampfenden, mehligem Kartoffeln,  
fleischigen Tomaten,  
kurz gesalzenen Gurken,  
Pelmeni,  
Wareniki,  
Borschtsch und Schtschi –  
man fühlt das Herz  
schlagen für den Freund,  
vor allem für den Frieden.  
Und sie sind stolz,  
daß sie sich, trotz alledem,  
nicht aufgeben!  
Weites Land, endlos,  
aber voller Seele!

**Hans-Jürgen Audehm**

## Eine Weihnachtsgeschichte, fast ohne Archie

### Maria und Jo

Maria hatte sich aufgemacht, um zu türmen, egal wohin, bloß weg von zu Hause. Sie hatte schon alles geschmissen, was man überhaupt schmeißen kann: Schule, Lehre, Heim etc., überall nur Spießherren und Moralprediger! Die Schule hatte sie bis zur Neunten locker geschafft, aber dann kam die Pubertät und eine neue Weltsicht. Die Wiederholung der Neunten schaffte sie schon nicht mehr. Sie beschloß, die große Flatter zu machen, echt mal eh! Die Eltern versuchten erneut, sie in eine Lehre einzubinden, diesmal in der Gastronomie: früh um sieben anfangen und dann noch in die Berufsschule – nur Streß eh! Maria blieb gleich im Bett, wozu diese unmenschliche Anstrengung? Und die Typen, die das Abi mit Eins gemacht haben, hängen dann auch nur in der Ecke rum, ohne Job, ohne Perspektive, echt mal, oder? Wozu also?

Sie tauchte zum Entsetzen der Eltern vorerst ab, kroch bei Jo unter, einem arbeitslosen Neunzehnjährigen, geriet in die Kneipenszene, rauchte Gras, trank Alkohol, blieb nicht unbefleckt, sondern hatte eine Empfängnis von Jo, dessen Eltern eine Gaststätte betrieben und ihn beim Unterhalt eines Motorrads unterstützten und auch sonst nett waren, auch zu Maria. Ihre Kneipe hieß „Adam und Eva“, wie ihre Besitzer. Maria begann, das süße Leben zu kosten, lächelte auch mal einen anderen an. Da begann Jo, sie zu schlagen und einzuschließen. Er überließ ihr nur seinen Hund zum Füttern und Bewachen. Da brach sie aus, zusammen mit „Rex“ ging sie auf Trebe und lernte dabei drei andere nette Jungs kennen, besser eigentlich junge Männer, die seltsame Namen hatten – Caspar, Melchior und Balthasar –, und sie sahen auch etwas seltsam aus, teils Haare wie Draht, teils wie Wolle und einer immer dunkler als der andere. Irgendwann sehen wir uns wieder, sagten sie, als Maria zu ihren Eltern zurückwollte, um zu baden, zu essen und ein bißchen Geld zu fassen. Paß gut auf dich auf, Maria!

Das tat Maria, und sie wollte auch nicht für Geld auf den Strich gehen, weil sie das für eine total befleckte Empfängnis hielt, befleckter ging es nicht. Also ging sie noch mal zu den Eltern zurück, erholte sich ein bißchen, horchte auf die Bewegungen in ihrem Bäuchlein, hörte sich Gardinenpredigten an, klaute Geld, das ihr später Jo für seine Motorradreparatur abnahm, und haute wieder ab von zu Hause. Zwischendurch landete sie auch bei ihrem Opa, nennen wir ihn Archie, der wie der alte „Hieronymus im Gehäus“ nach dem Kupferstich von Albrecht Dürer hinter Büchern saß und die Welt nicht mehr so recht verstand. Er schrieb immer an irgendwelchen Geschichten. Jetzt spielte er mit dem Hund und fütterte ihn mit Würsten. Maria konnte nichts essen, vielleicht war ihr übel. Archie sah die Traurigkeit in ihren Augen und konnte

ihr doch nicht helfen. Gardinenpredigten hielt er ihr nicht, er sagte nur: In deinem Alter hatte deine Mutter gerade die 10. Klasse absolviert und ging in Köpenick zum Lehrerbildungsinstitut, um zu studieren. Maria winkte ab. Nein, dieser Sozialismus-Opa war auch nichts, und vor allem hatte er kein Geld. Kein Vorbild für sie, ein Leben lang zu rackern, um sich dann im Alter nichts leisten zu können. 35 Jahre Arbeit an einem Stück und dann gegen seinen Willen gefeuert vor über 15 Jahren, das hält kein Schwein im Kopf aus, echt mal eh! Sie nahm der Oma ein paar Mark aus dem großen Oma-Portemonnaie, nicht allzuviel, und schob dann wieder ab mit dem Hund. Jo wartete unten, er traute sich nicht rauf. Maria und Joseph, murmelte Archie, als er die beiden mit Hund durchs Fenster weggehen sah. Was soll das bloß werden?

Er rief ihren Vater an, seinen Schwiegersohn, einen erfolgreichen Alarmanlagen-Techniker mit Eigenheim und Schulden, und wollte Alarm schlagen. Ich habe keine Tochter mehr, sagte dieser, aber Archie hörte am Ton seiner Stimme, daß ihm nicht zu glauben war. Jetzt werden andere Saiten aufgezoogen, fügte der Alarmanlagen-Techniker noch hinzu und legte auf. Maria wurde mit anderen arbeitslosen und verwahrlosten Jugendlichen in einem Heim untergebracht, von wo sie mit Hilfe von Caspar, Melchior und Balthasar floh. Diese hatten Erfahrungen im Fliehen, waren sie doch aus Algerien, Marokko und Tunesien abgehauen, immer auf der Flucht übers Meer, über die Berge und durch die Wüste, zu Fuß, zu Pferde, mit dem Esel und mit dem Dromedar wie die Söhne der Sahara oder die drei Könige aus dem Morgenlande.

Jetzt flohen sie zu viert in die Bayrischen Berge im späten Spätherbst und hatten

dort viele schöne Tage. Die drei kamen sich vor wie die echten drei Könige aus dem Morgenlande, weil ihnen Maria aus einer Bibel vorlas, die sie gefunden hatte. Die drei arbeiteten auf dem Bau und beim Bauern und mieteten eine Sennhütte, wo sie auf Stroh lagen und die blonde Maria bewachten, die immer runder wurde. Maria kochte, hielt die Hütte sauber, wusch die Wäsche für alle. Sie tat es fröhlich, obwohl die Arbeit schwer war und sie solches nicht gelernt hatte. Sie konnte es plötzlich, und sie gab sich Mühe.

Um die Hütte wiederzufinden, malten die drei ihre Anfangsbuchstaben C+M+B über den Eingang, falls sie abhauen müßten. Tatsächlich kamen sie ein paar Tage vor der Niederkunft Marias nicht wieder, und sie war verzweifelt. Jo aber hatte von den Heiligen Drei Königen erfahren, wo sich Maria befand. Er fuhr mit Rex im Motorradbeiwagen los, tauschte das Gefährt in den Bergen gegen einen Motorschlitten und tauchte genau am Heiligabend, zusammen mit ein paar Schafen, die ins Warme drängten, in der Sennhütte auf, wo Maria gerade einen Sohn geboren hatte. Jo meinte, eigentlich müßte der Sohn Jesus heißen, und als er das sagte, erschien ein Stern am Himmel, der alles taghell beleuchtete. Maria aber bestand auf dem Namen Thomas. Welche Mutter will schon, daß ihr Sohn gekreuzigt wird? Trotzdem erklang eine überirdische Musik wie aus Himmelsphären, wodurch viele Tiere, angezogen von Licht und Wärme, zur Sennhütte drängten. Jo kniete im Stroh, betrachtete die Heilige Familie und sagte plötzlich ganz laut: Frohe Weihnacht überall! – Erst später erfuhr Archie, daß er Urgroßvater geworden war in dieser Heiligen Nacht. Thomas Jesus Archibald hieß das Christkind – sein Urenkel.

**Manfred Hocke**



*Allen Leserinnen und Lesern, allen Genossen, Freunden und Sympathisanten des RF wünschen wir schöne Feiertage und ein gutes kampferfülltes neues Jahr. Besonders aber grüßen wir die Kranken, unsere in Haft befindlichen Bezieher, die sozial Schwachen, die Einsamen und die Hilfsbedürftigen.*

**DAS „ROTfUCHS“-KOLLEKTIV**

## Leserbriefe an RotFuchs



Lieber Maik Arndt! Sehr lange habe ich gebraucht, um auf Deinen Artikel „1989 war ich erst 15 Jahre alt“ im RF 117 eine Antwort zu finden. Mich bewegt es immer wieder, wenn junge Menschen wie Du nach einer politischen Heimat suchen.

Schon im reiferen Kindesalter lehrten mich meine Eltern, besonders aber mein Opa, ein alter parteiloser Kommunist, daß sich die Menschheit in einer ständigen Entwicklung vom Niederen zum Höheren befindet. Auch der Kapitalismus hat mit der Schaffung zuvor gänzlich unbekannter Produktivkräfte ein völlig neues Zeitalter eingeleitet. Er vollzog im Weltmaßstab seine Machtkonzentration und führte noch brutaler Methoden der Ausbeutung der Arbeitenden ein. Das bewirkte die Zerstörung von Ethik und Moral. Wir erleben es täglich.

Du fragst: Was ist das für eine Welt, in der wir leben? Setz Deine Hoffnungen auf die linken Kräfte, doch verharre nicht neben ihnen! Schon als 18jähriger stand ich in den Reihen der Kämpfer gegen Faschismus und Krieg. Inzwischen gehe ich auf die 94 zu. Ich grüße Dich herzlichst.

**Kurt Neukirchner, Burkhardtsdorf**

Den RF bekomme ich schon über Jahre und lese ihn immer wieder gerne! In Eurer kleinen Zeitschrift treffe ich auf Themen, die ich in anderen linken Zeitungen nicht oder nur ungenügend finde. Und stets gibt es auch die kritische Distanz der Zeit, die vergangen ist, um Fragen, die früher von Linken nie offen behandelt wurden, heute anzusprechen – ohne dabei zu vergessen, auf wessen Seite Ihr steht. Und immer wieder kann man bei Euch von den aufrechten Kommunisten und Sozialisten lesen, die die deutsche und internationale Arbeiterbewegung hervorgebracht hat.

Bei der Lektüre der letzten Ausgabe war ich erfreut, etwas über Franz Kahmann zu erfahren, aber auch über solche hervorragenden Kämpfer wie August Merges und Minna Fasshauer. Übrigens habe ich meine RF-Hefte dem örtlichen Archiv unserer Partei DIE LINKE zugeführt, so daß die Zeitschrift auch von anderen Genossinnen und Genossen eingesehen werden kann. Ich bin hier stellvertretender Vorsitzender der Partei Die Linke und für die Arbeitsbereiche Betrieb & Gewerkschaft, Antifa, Soziales verantwortlich.

**Manfred Kays, Braunschweig**

Es war mir vergönnt, am 25. Oktober im Dresdner Rathaus meinen 80. Geburtstag zu feiern. Besonders gefreut hat mich, daß Dr. Klaus Steiniger zugegen war und daß die „RotFuchs“-Redaktion eine Vielzahl von Artikeln aus meiner Feder zusammengefaßt nachdrucken ließ. Da nicht wenige RF-Leser zu den Gratulanten gehörten, möchte ich mich auf diesem Wege für die Glückwünsche herzlich bedanken.

**Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden**

Die Haftanstalt „Roter Ochse“ wurde von 1838 bis 1842 als „Königlich-Preußische Straf- und Besserungsanstalt“ errichtet und erhielt im Volksmund ihren Namen wegen der zum Bau verwendeten roten Backsteine. Von 1942 bis 1945 wurden in dieser Haftanstalt 549 Todesurteile vollstreckt.

Nach dem Sieg über den Faschismus dienten Teile des Gebäudekomplexes zunächst der Sowjetischen Militäradministration und dann dem MfS als Untersuchungshaftanstalt. In einigen der ehemals von ihm genutzten Räume ist jetzt im Zuge der von der Birthler-Behörde ausgehenden Diffamierungskampagne eine sogenannte Gedenkstätte untergebracht. Sie steht unter der Bezeichnung: „Der ROTE OCHSE“

SE Halle (Saale). Politische Justiz 1933–1945 / 1945–1989“. (Die beiden Jahreszahlen sind auf Plakaten und in Broschüren zur „Gedenkstätte“ ausdrücklich hervorgehoben worden.)

Seit einiger Zeit werden dort Karteikarten mit Namen, Fotos und anderen personenbezogenen Daten von Mitarbeitern der Untersuchungsabteilung (Abteilung IX) der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit gezeigt. Das betrifft sowohl jene, welche früher einmal zur Abteilung gehörten, als auch Genossen, die ihr 1989 noch angehörten. In zwei Artikeln, die im ND und in der „Mitteldeutschen Zeitung“ erschienen, zitiert man den Leiter André Gursky folgendermaßen: „Es kann nicht sein, daß in der Gedenkstätte die Täter aus der NS-Zeit benannt werden, die aus der Stasi-Zeit aber nicht.“ Gursky erklärte, die gegenwärtige Denunziation sei „erst der Anfang“. Künftig wolle er auch die Ausbildung und die Verhörmethoden der häufig den Titel Dr. jur. tragenden Vernehmungsoffiziere bekanntgeben. Rechtliche Grundlage dafür sei das „Stasi-Unterlagengesetz“.

Wie man sieht, werden wir ehemaligen Mitarbeiter des MfS in persona direkt angegriffen, wobei man uns mit den Naziverbrechern in eine Reihe zu stellen versucht. Das können und wollen wir nicht unwidersprochen hinnehmen.

**Jürgen Stenker, Halle**

Ich möchte den Beitrag des Genossen Klaus Pinkau „Wir danken Dr. Adenauer“ etwas ergänzen. Der von ihm geschilderte Transport mit verurteilten Kriegsverbrechern war vertragsgemäß zur weiteren Verbüßung der rechtskräftigen Strafen in die BRD zu überführen. Doch dort hat keiner der durch sowjetische Militärtribunale Verurteilten jemals eine Haftanstalt von innen gesehen.

Ganz anders verhielt es sich in der DDR. Die ihr übergebenen Personen dieser Kategorie wurden in die Strafvollzugsanstalt Bautzen I eingeliefert. Als damaliger Strafvollzugsangehöriger kann ich mich noch gut erinnern, wie man uns einwies, mit welchen Strafgefangenen wir es künftig zu tun hätten. Wir wurden auch darüber informiert, zu welchen Ausschreitungen es am polnisch-deutschen Grenzübergang und auf vorgesehenen Halteplätzen beim Lokomotivwechsel gekommen war. Man wies uns an, korrekt nach Dienstvorschrift zu handeln, Provokationen aber nicht zuzulassen.

Durch eine großzügige Amnestie der DDR kamen 1956 etwa 90 % dieser Personen frei. Sie wurden überwiegend in den von ihnen bevorzugten Westen Deutschlands entlassen. Nur wer schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hatte, blieb weiter in Haft.

Die ideologische Grundhaltung der großen Mehrheit dieser Leute war nach wie vor faschistisch-militaristisch geprägt. Unbelehrbar, wie sie waren, zeigten sie keinen Funken Reue. Mit dieser Einstellung wurden sie dann Bürger der BRD. Wen wundert es da, wenn Bundeswehrsoldaten heute in Afghanistan mit Totenköpfen vor der Kamera posieren?

**Horst Kubasch, Bautzen**

Ich werde jetzt eine Heinz-Dieterich-Kritik schreiben, die ergänzt, was die anderen (sehr guten Kritiken) nicht beachten. Der Marxismus ist eine einheitliche Theorie von Philosophie, Ökonomie und Sozialismus. Die übrigen Kritiken widmen den philosophischen Problemen der Petersschen Konzeption, auf der Dieterich ja fußt, keinen Gedanken – ein alter Fehler unter deutschen Marxisten. Die Peterssche Position ist eine Dame ohne Unterleib, ein Dach, das ohne Unterbau in der Luft der Abstraktion hängt. Der bürgerliche, den Kapitalismus (indirekt) rechtfertigende Charakter der Konzeption springt doch ins Auge, denn in ihr verschwinden, wie das die anderen Kritiker ja auch sagen (und was Dieterich selbst anmerkt), die Probleme des Eigentums und der Revolution – und gerade auf diese Fragen als die entscheidenden haben die beiden jungen Männer aus Trier und Wuppertal doch so deutlich hingewiesen.

Rosa Luxemburg hat ihren letzten Artikel übrigens der Mutter von Arno Peters in die Maschine diktiert. Sie und sein Vater waren Kommunisten, zeitweilig auf internationaler Ebene wirkend. Arno selbst war Sozialist, aber Marxist war er nicht.

**Dr. Robert Steigerwald, Eschborn**

Vor drei Jahren habe ich durch meinen Freund Jürgen Grebin aus Rostock den „RotFuchs“ kennengelernt. Jürgen war damals mit seiner Frau in Dänemark und hielt in unserem Klub ein Referat über die Lage in der BRD nach dem „Mauerfall“. Ich fand den „RotFuchs“ so gut, daß ich den deutschlesenden Mitgliedern des von mir geleiteten Rentnerklubs – es sind mehrheitlich Kommunisten – empfohlen habe, ihn zu bestellen. Durch den Fuchs haben wir die Möglichkeit, die Entwicklung in der BRD zu verfolgen. Sie ist mit dem, was hierzulande abläuft, durchaus vergleichbar: Beseitigung sozialer Errungenschaften, steigende Preise, Erpressung auf dem Arbeitsmarkt, Anwachsen des Neofaschismus und Abbau demokratischer Rechte.

Widerstand ist also angesagt. Jeder von uns muß mit seiner Kraft dazu beitragen, die Verhältnisse zu ändern.

**Ove John Nielsen, Solrod Strand, Dänemark**

Am 28. September konnten wir Egon Krenz in unserer Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen herzlich begrüßen. Seine Analyse der Situation im Herbst 1989 und der weiteren Entwicklung war wahrheitsgetreu und fundiert. Er wandte sich entschieden gegen die Kriminalisierung der DDR.

Jeder, der sich ihr widersetzt, wird diffamiert oder lächerlich gemacht. Aber immer öfter geht der Schuß nach hinten los. Die „Mitteldeutsche Zeitung“ wertete am 25. 9. eine von der Landesregierung Sachsen-Anhalt in Auftrag gegebene Meinungsumfrage aus. 73 % der Bürger beantworteten die Frage, ob es in der Gesellschaft gerecht zugehe, mit nein. Für 57 % „funktioniert die Demokratie nicht richtig“. Und 90 % der Befragten meinten, man habe in der DDR gut leben können.

Der Ratschlag von Egon Krenz, uns das Leben in der DDR nicht nachträglich wegnehmen zu lassen, sprach den Teilnehmern der Veranstaltung aus dem Herzen. Der „RotFuchs“ gewann an diesem Tag etliche neue Leser.

**Klaus Barth, Bitterfeld-Wolfen**

Am 26. Oktober trafen sich laut „Ostsee-Zeitung“ rund 180 „RotFuchs“-Leser und Sympathisanten in Wismar mit Egon Krenz. In klaren und unmißverständlichen Worten schilderte er seinen Weg vom Jungpionier bis zum leitenden Partei- und Staatsfunktionär der DDR. Er bekannte sich zu deren Errungenschaften, machte aber auch um Fehler und Versäumnisse der DDR-Führung und die verräterische Rolle Gorbatschows keinen Bogen. Aufgeworfene Fragen, auch sehr kritischer Art, beantwortete er gründlich. Er sprach sich dafür aus, die eigene Haltung in komplizierter Zeit ehrlich zu betrachten.

Die Wismarer Begegnung mit Egon Krenz war für die erst im Juli gebildete RF-Lesergemeinschaft Nord-West bereits die dritte Veranstaltung und ein guter Auftakt für die weitere politische Bildungsarbeit in der Region.

Genosse Egon Krenz nahm bereits das 12. Mal als Redner an einem Treffen mit „RotFuchs“-Lesern teil.

**Harry Machals, Rostock**

Trotz notwendiger Differenzierungen kann man das Wesen der gesellschaftlichen Umwälzung von 1989/90 nicht als „Revolution“ bezeichnen. Es handelte sich um eine Konterrevolution.

Um eine Bewegung beurteilen zu können, muß man vor allem deren Klassencharakter, Klasseninhalt und Hauptstoßrichtung analysieren. Zu fragen ist: Welche Interessen vertreten die handelnden Personen objektiv? Man muß letztlich die altbekannte Grundfrage der Revolution – die Machtfrage – beantworten können.

Weshalb die Konterrevolution in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern Fuß fassen konnte, hat innere wie äußere Ursachen. Ein wesentlicher Grund war meines Erachtens, daß es dem Sozialismus in der DDR nicht gelang, eine höhere Arbeitsproduktivität als die der hochentwickelten kapitalistischen Staaten, darunter der BRD, zu erreichen.

Wie man hört, soll der Augustusplatz in Leipzig den Namen „Platz der friedlichen Revolution“ erhalten. Wäre nicht „Platz der Volksverdummung“ besser? **Günther Röska, Leipzig**

Ich habe es mir abgewöhnt, mich über den Eifer zu wundern, mit dem uns Politiker seit 17 Jahren einzureden versuchen, wir hätten vier Jahrzehnte lang in einem „Unrechtsstaat“ gelebt. Am 7. Oktober hielt ich Rückschau auf mein nunmehr 75jähriges Leben, auf Erfahrungen, Erfolge und Mißerfolge. Ich suchte die Vergangenheit meiner Vorfahren zu ergründen, um den Enkeln Auskunft geben zu können. Sie waren einfache Leute, Knechte, Mägde oder Hafenerbeiter, die für ihre kinderreichen Familien den Lebensunterhalt bestreiten mußten. Ihre Bildung war gering, und aus einer Geburtsurkunde, die 1885 ausgestellt wurde, geht sogar hervor, daß der Kindesvater mit drei Kreuzen unterzeichnete.

Den für ewig festgeschriebenen Weg solcher einfachen Menschen unterbrach die DDR. Das heute wieder praktizierte Bildungsprivileg wurde von ihr aufgehoben. Nun gab es in meiner Familie nicht nur hochqualifizierte Facharbeiter und Meister ihres Berufs, sondern auch Hochschulabsolventen, die auf unterschiedlichen Ebenen wirkten.

Die Entwicklung der Meinen bildete beileibe keine Ausnahme. Hunderttausende DDR-Bürger konnten studieren, sich qualifizieren und den angeblich gottgewollten Teufelskreis aus Armut und Bildungsnot durchbrechen. Auf diese Leistung der DDR bin ich stolz. Deshalb denke ich gerne an den 7. Oktober 1949 zurück, weil meine Erwartungen an ein sinnvolles Arbeitsleben danach erfüllt wurden. Dieser Tag kann aus meinem Herzen nicht verschwinden.

**Werner Jahr, Potsdam**

Was habe ich an der BRD zu bemängeln? Es ging schon mit Adenauer los. In seinem ersten Kabinett saßen mehr ehemalige Parteimitglieder der NSDAP als im ersten Kabinett Hitlers. Übrigens hat diese Regierung in den 50er und 60er Jahren an der Grenze zu den befreundeten Nachbarn auf Menschen wie auf Hasen schießen lassen. In der Bundestagsdebatte vom 4. März 1964 ging es um an der Westgrenze getötete Menschen. Der damalige Bundesminister der Finanzen, Dr. Dahlgren (FDP), sagte dazu im Plenum: „Wir haben schwierige Grenzen. Wir müssen das Anhalterrecht aufrechterhalten. Das brauchen wir so oder so.“ Die Erschossenen an der Westgrenze konnten nicht damit rechnen, wegen eines Kilos Kaffee, das sie schmuggeln wollten, einfach erschossen zu werden. Es waren meist Arbeitslose und Notleidende, die ihr schmales Budget etwas aufbessern wollten. Es ist unbestritten, daß an der Grenze der DDR zur BRD geschossen worden ist. Doch hier handelte es sich um die Trennlinie zweier extrem verfeindeter Systeme mit Atomwaffen auf beiden Seiten.

Es macht mich betroffen, daß es nach dem Untergang der DDR zwei entscheidende Nachteile auch für die Menschen im Westen gibt: Das ist erstens die Tatsache, daß sich Deutschland wieder an Kriegen beteiligt. Und zweitens ist es der ununterbrochene Sozialabbau. Beides wäre zur Zeit der Existenz der DDR nicht möglich gewesen. Sie war für mich immer auch so etwas wie ein Korrektiv, so daß die in der Bundesrepublik Herrschenden mit den Leuten nicht machen konnten, was sie wollten. Während meiner Zeit in Deutschland habe ich über 40 Jahre die SPD unterstützt und gefördert, bis sie als Regierungspartei in den Neunzigern einen großen Anteil daran hatte, die untergegangene DDR zu verunglimpfen und zu verteufeln. Ich

werde es stets ablehnen, mit der DDR so umzugehen, wie das die Politiker und die Medien der BRD tun. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

**Ariel Sonnenschein, Wien**

Auch im jüngsten „RotFuchs“ wurde der Knabe namens Hubertus mehrfach erwähnt. Es ist schon ein Kreuz mit diesem „Schutzpatron der Jäger“. Ja, er ist in der Tat ein Anführer derer, die Jagd auf jene machen, welche die DDR beschützten und sicherten.

Meinen Protest richtete ich an die Bundestagsfraktionen und Frau Merkel. Ich schrieb u. a.: „Warum hat Herr Dr. Knabe seine Energie und Intelligenz eigentlich nicht darauf verwendet, die Frage zu untersuchen, weshalb in der BRD so viele Nazi-Aktivistinnen wieder zu Amt und Würden kommen konnten und nach ihrer regulären Dienstzeit auch noch hohe Pensionen verzehren durften?“

**Werner Wild, Magdeburg**

Als eifriger Leser des RF möchte ich meine Eindrücke von der Festveranstaltung zum 90. Jahrestag des Roten Oktober schildern. Die Atmosphäre der Dresdner Veranstaltung mit Hunderten Teilnehmern im gut gefüllten Saal rief meine Begeisterung hervor. Ich danke Prof. Götz Dieckmann für seinen bewegenden und gedankenreichen Vortrag, auf den besonders lang anhaltender Applaus folgte. Den Anwesenden wurde im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Herzen gesprochen.

Weitere Höhepunkte der Veranstaltung waren der Auftritt des Dresdner Singclubs Ernesto Che Guevara sowie die fabelhafte Moderation des Schauspielers Reinhold Stövesand. Der Singclub ist eine Klasse für sich. Seine revolutionären Lieder, die mitreißende Form des Vortrags, finde ich einmalig.

Liebe Leser, tut alles, damit unser „RotFuchs“ am Leben bleibt. **Georg Krause, Dresden**

Europa braucht an seiner Süd- und Westgrenze keine „Mauer“ und auch keine Schutzmaßnahmen anderer Art. Es hat den Atlantik und das Mittelmeer als viel gefährlicheren Grenzschutz. Dort sterben jährlich weitaus mehr Menschen als in 40 Jahren an der DDR-Grenze. Warum verliert darüber kaum jemand ein Wort?

Zwischen den „ausreisewilligen“ DDR-Bürgern und jenen Afrikanern oder Asiaten, für welche die Flucht der einzige Ausweg ist, bestehen gravierende Unterschiede. Die abhauenden DDR-Bürger waren eine willkommene politische Waffe gegen den Sozialismus. Andererseits sind illegale und obendrein noch farbige Einwanderer nur ein Störfaktor im Profit- und Überflusssystem. DDR-Bürger, die weggingen, hatten eine gesicherte Existenz. Den beim Fluchtversuch im Mittelmeer oder Atlantik Umkommenden fehlt in ihrer Heimat das Notwendigste zum Leben. Sie sind zur Flucht gezwungen, um ihre und ihrer zurückgebliebenen Verwandten nackte Existenz zu sichern.

So wie die als Bürgerrechtler getarnten Konterrevolutionäre vor 1990 demokratischen Sozialismus sagten und Kapitalismus meinten, so heucheln diese Leute jetzt Totengedenken an der früheren DDR-Grenze, interessieren sich aber in Wirklichkeit überhaupt nicht für die damals ums Leben Gekommenen, sondern benutzen sie allein zur Diskreditierung des Sozialismus.

**Hans Schneider, Erfurt**

In letzter Zeit hauen die Medien und eine eigens geschaffene Bürokratie wieder besonders laut auf die „Stasi“-Pauke. Filme und „Dokumentationen“ finden heraus, daß die „Stasi“ intensiv mit der Roten-Armee-Fraktion (RAF) zusammengearbeitet haben soll. So brachte das ZDF vor einiger Zeit einen Politikrimi über einen 1987 in Westberlin verübten Mord, der das Zusammenwirken von „Stasi“ und RAF unterstellte. Pünktlich dazu lieferte der NDR eine Reportage über in der DDR untergetauchte RAF-Mitglieder, die angeblich mit dem MfS kooperiert haben sollen.

Hier praktiziert man die bekannte Methode „Haltet den Dieb!“, um von der teilweisen „Offenlegung“ der CIA-Archive aus den 60er Jahren abzulenken. Damals organisierte der USA-Geheimdienst eine Serie mißlungener Giftmordanschläge auf Fidel Castro und den Mord an Kongos Patrice Lumumba. Übrigens wurde durch die USA-Regierung bei der angeblichen „Archivöffnung“ nur ohnehin bereits Bekanntes freigegeben.

Wann erfahren wir aber aus anderen Archiven von geplanten Attentaten auf Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Erich Honecker, die durch die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit verhindert wurden?

**Dr. Manfred Bewersdorf, Neubrandenburg**

Zu dem sehr informativen und aufschlußreichen Beitrag von Dr. Erhard Kegel im September-RF („Rezivilisierung einer Branche“) eine ergänzende Bemerkung: Der Autor verweist zu Recht darauf, daß die deutsche Großbourgeoisie dem Hitlerfaschismus zur Macht verholfen hat und ihn bis zum bitteren Ende am Ruder hielt. Damit rechneten die Nazis fest. 1931 wurde der „Führer“ von einem Journalisten gefragt, mit wem er nach einer Machtübernahme wohl regieren könne. Hitler antwortete: „Glauben Sie etwa, daß uns bei einer siegreichen Revolution im Sinne der Partei die Köpfe nicht haufenweise zufallen? Glauben Sie, daß das deutsche Bürgertum, die Blüte der Intelligenz, sich weigern wird, uns Gefolgschaft zu leisten und uns seine Köpfe zur Verfügung zu stellen? Mit dem deutschen Bürgertum machen wir, was wir wollen!“ Aus eben dieser politischen und sozialen Interessenlage der Bourgeoisie ergeben sich seit jeher der Antikommunismus und die Toleranz gegenüber dem rechten und ultrarechten Potential der Gesellschaft.

**Manfred Liebscher, Neulindenberg**

Ein großer Bahnhof herrschte am Tage der sogenannten deutschen Einheit in Schwerin, dem diesjährigen Veranstaltungsort. Die eingeflogene Bundesprominenz gab sich ein pompöses Steldichein. Mit verbalen Bekundungen wurde in bekannter Manier die DDR verteufelt, wobei man sie mit dem NS-Regime gleichstellte. Beides seien „Verbrechersysteme“ gewesen, verkündete Bundestagspräsident Lammert von der CDU.

Die „Schweriner Volkszeitung“ würdigte den glorreichen Leiter der Treuhand-Niederlassung Karl-Heinz Rüsberg, mit hehren Worten.

Es handelt sich um einen Mann, der 1952 als Sohn des Wittstocker Sparkassendirektors in den Westen geflüchtet war. Schon am 4. Oktober 1990, nur einen Tag nach dem Anschluß, trommelte er sämtliche Leiter volkseigener Betriebe und alle Firmenneugründer zur Einweisung in die Kapitalismusedwicklung zusammen. Niemand solle es wagen, erklärte er, Post an die Treuhandfiliale mit der Anschrift „Karl-Marx-Straße“ zu versenden. Für mich war das die erste unmittelbare Begegnung mit der „Demokratie“ westlicher Art.

Rüsberg schaffte es, 364 volkseigene Betriebe und Güter, Hunderttausende Hektar Landwirtschaftsflächen der Agrargenossenschaften, 59 Apotheken, Geschäfte, Restaurants, Kinos und Hotels in der Rekordzeit von nur knapp drei Jahren zu privatisieren oder zu vernichten. Damit hatte er den Grundstein für die hohe Arbeitslosigkeit in Mecklenburg gelegt und unzählige arbeitsfähige Menschen in die Verelendung getrieben. Das war und ist Raubtierkapitalismus, den ich mir auf dem Boden der DDR niemals hätte vorstellen können.

**Walter Krüger, Dudinghausen**

„An die Grenze“ nannte sich der Ende Oktober vom ZDF ausgestrahlte Spielfilm mit Jürgen Heinrich als Hauptmann und vielen „Grenzamateuren“. Es war ein klassischer Anti-DDR-Schinken. Der Streifen begann mit einer Länge. Es war nicht irgendeine x-beliebige Grenze, sondern die Trennlinie zwischen der DDR und

der BRD sowie zwischen Warschauer Vertrag und NATO.

Es sollte wohl die Einberufungsüberprüfung sein, bei der man den künftigen Soldaten Karo fragte, ob er bereit sei, auf Menschen zu schießen. In welcher Armee der Welt wird denn eine solche Frage gestellt?

In den meisten Filmszenen stimmten die Details hinten und vorne nicht. So wurde z. B. an der Staatsgrenze nur die Felddienstuniform, nicht aber die mausgraue Uniform getragen. Nachts schnallte man die MPI mit dem Lauf nach unten und nicht nach oben um. Die Waffe war unterladen und nicht, wie im Film, geladen. Selbst die Schulterstücke waren in der Anreihung der Dienstgradsterne falsch. Auch die vermeintlichen SED-Witze stimmten so nicht. Das „Hereintragen des Präsidiums ...“ kam erst 1986 auf, nicht aber bereits 1974. Sogenannte Funktionärssöhne besaßen bei uns keine Sonderrechte, schon gar nicht wurde ihnen unerlaubtes Entfernen von der Truppe gestattet. Fast nichts war stimmig.

Aber woher soll der Zuschauer wissen, ob das, was dort gezeigt wurde, der Realität entsprach oder nicht? Woher soll er wissen, ob der Dienst an der Staatsgrenze tatsächlich so abließ, wie er dargestellt wurde? Das Ganze entspricht nicht der Wahrheit. Wir Grenzer verstanden uns als verschworene Gemeinschaft und handelten entsprechend. Es gab keine gravierenden Widersprüche zwischen Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren. Dem Wunschenken der Leute, welche die ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen der DDR verunglimpfen wollen, muß widersprochen werden. Wir waren dem Frieden in Europa und nicht dem Krieg verpflichtet. Dafür haben wir unsere Jugend geopfert, das Zweitwertvollste, was der Mensch außer seinem Leben besitzt.

**Karl-Heinz Schulze, Saßnitz**

Linke Vernunft sehe ich nicht im demonstrativen Parteiaustritt oder dem Verschwinden auf leisen Sohlen. Auf der Tagesordnung steht, Druck auf den Vorstand auszuüben, damit sich dieser mehr der Basis zuwendet, ihr zuhört. Aber auch, daß man sich theoretisch weitaus deutlicher als wirkliche Linkskraft in dieser Gesellschaft zu erkennen gibt und mit den untätigen Entschuldigungen für die 40jährige sozialistische Entwicklung als ausgesprochene Fehlleistung aufhört. Der Vorstand der Linkspartei sollte das Ergebnis der Umfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung keinesfalls kleinreden oder gar ignorieren, daß 65 % der 800 Befragten den Sozialismus für eine gute Idee halten, die nur schlecht ausgeführt worden sei. Die Situation verlangt geradezu, daß die Basis denen da oben bewußtmacht, daß sie unter Geschichtsaufarbeitung etwas anderes versteht als die notorischen DDR-Delegitimierer. Insofern sollte m. E. der Antrag der Kommunistischen Plattform „Fünf Überlegungen zum Umgang mit Geschichte“ vom März 2007 an den Berliner Landesparteitag der einstigen Linkspartei.PDS Anlaß sein, auf solcher Grundlage die Diskussion und Auseinandersetzung zu führen. Zu einer der darin enthaltenen Feststellungen stehe ich ganz besonders: „Der Sozialismus des vergangenen Jahrhunderts war historisch legitim.“

**Manfred Holfert, Löbau**

Obwohl der Staat wichtigster Eigentümer der Bahn ist, kann ein Herr Mehdorn seine Macht demonstrieren und den Lokführern einen Lohn von 1500 Euro monatlich zumuten, der in den meisten EU-Ländern so nicht denkbar wäre. Aber der SPD-Verkehrsminister Tiefensee, der sich als Ostexperte ausgibt, ist zu feige, dem Privatisierungswahn der DB-AG entgegenzutreten und bei gut gefüllten Kassen dem Fahrpersonal einen sozial gerechten neuen Tarifvertrag mit besseren Lohnkonditionen zuzubilligen. Die bürgerlichen Medien stehen natürlich auf Seiten Mehdorns, der sich als Übermensch aufspielt, jedes halbe Jahr die Bahntarife heraufsetzt und sein Lieblingsziel verfolgt, endlich an der Börse spekulieren zu können.

**Hans-Joachim Hartlieb, Westerkappeln**

Der Beitrag „Folter ohne Ende“ im September-RF zeigt anschaulich die Eskalation der Gewalt in Irak unter Mißbrauch des Völkerrechts bis zur totalen Kriegführung. Wenn die Gewalt in ihrer höchsten Form dem politischen Wert – in Irak handelt es sich angeblich um Demokratisierung – nicht mehr gerecht wird, dann muß nach General von Clausewitz der Krieg beendet werden.

Schon im Altertum und im Mittelalter legten manche Kriegsherren Regeln für die Schonung von Wehrlosen und der Umwelt fest. Das Völkerrecht mit seinen Konventionen ist davon eine Fortsetzung und Kulturgut aller Völker. Die Verletzung von Teilen des Völkerrechts durch unterschiedslose Angriffe gegen Kombattanten und Nichtkombattanten, durch den Einsatz inhumaner Waffen, die übermäßige Leiden verursachen, durch Terror gegenüber der Zivilbevölkerung und durch menschenunwürdige Behandlung Wehrloser ist ein Rückschritt in die Barbarei. Damit begeben sich Soldaten auf das Niveau von Terroristen und Söldnern.

**Oberst a. D. Joachim Wolf, Strausberg**

Angeblich soll in der DDR ein enormer „Anpassungsdruck“ bestanden haben, der durch staatliche Kontrolle ausgeübt worden sei. Da ich nicht in der DDR gelebt habe, kann ich mich nicht zum dortigen Alltag äußern. Aber das, was mir frühere DDR-Bürger aus ganz unterschiedlichen Sphären über ihr Dasein nach der „Wende“ berichtet haben, deckt sich voll und ganz mit meinen eigenen über Jahrzehnte gesammelten Erfahrungen im Westen. Geld wird von allen, die ich gesprochen habe, als das Mittel erlebt, durch das sich die „Reglementierung“ der Menschen auf sämtliche Bereiche ausgedehnt hat. Dies sehen auch jene so, welchen es nicht schlecht geht.

Gesprächspartner, die sich während der DDR-Zeit als Mitglieder einer LPG freundlich zueinander verhielten, vermieden es inzwischen, sich auch nur zu grüßen, und gingen sich aus dem Wege. „Ich bin froh, wenn ich mit dem Traktor allein auf dem Feld bin“, sagte einer.

Fremde Menschen halten mir so den Spiegel meines eigenen Lebens vor.

**Andreas Rösler, Hamburg**

Bis heute werden die Renten in Deutschland mit einem unterschiedlichen Wert berechnet (Ost: 23,09 Euro, West: 26,27 Euro). Warum eigentlich?

Offiziell wird behauptet, die Bezüge der Rentner im Osten müßten wegen des dort niedrigeren Preisniveaus magerer ausfallen als im Westen. Dabei kosten die meisten Nahrungsmittel, Elektroenergie, Treibstoff, Mieten, öffentlicher Nahverkehr usw. dasselbe wie im Westen der BRD. Ich stelle nicht in Abrede, daß es erhebliche Mängel in der DDR-Volkswirtschaft gegeben hat. Aber zieht man auch in Betracht, welche Lasten die Bürger der DDR in den ersten Jahren für Gesamtdeutschland schultern mußten? Das betrifft ganz besonders die von den Alliierten der Antihitlerkoalition gemeinsam festgelegten Reparationsleistungen. Einer Summe von 99,1 Mrd. DM, die von der DDR bis 1953 erbracht wurde, stehen lediglich Leistungen von 2,1 Mrd. DM der BRD gegenüber.

Noch eine Bemerkung zum sogenannten Solidaritätszuschlag. Man will den Eindruck erwecken, als werde dieser nur von den Steuerzahlern der Alt-BRD eingefordert. Das ist natürlich ein Irrtum! Den Steuerzahlern im Osten wird er, soweit sie in Lohn und Brot stehen, genauso abgeknöpft.

**Dr. Alfred Kleine, Berlin**

Wie einer Reihe von Veröffentlichungen zu entnehmen war, macht sich die „linke“ Landrätin des Kreises Ostvorpommern, Dr. Barbara Syrbe, für das in Lubmin geplante Kohlekraftwerk stark. Es ist schon erstaunlich, daß sich eine mit dem Mandat der Linkspartei zur Wahl angetretene Verwaltungschefin so gegen den Willen der Einwohner stellt. Was nützt es, wenn sich „Die Linke“ verbal für eine nachhaltige Um-

weltpolitik ausspricht, im konkreten Falle aber entgegengesetzt handelt?

Frau Dr. Syrbe argumentiert mit Zahlen, die ihr der „Investor“ zur Verfügung stellt. Ich zweifle sie an. Angeblich sollen 140 neue Arbeitsplätze entstehen. Ich frage: Wieviele Jobs werden wohl im Tourismus und in anderen Bereichen durch den KW-Bau nicht entstehen oder sogar vernichtet werden? Hat sich Frau Syrbe schon einmal gefragt, warum dem dänischen Investor die Errichtung dieses Steinkohlekraftwerks, für dessen Betrieb das Brennmaterial aus Australien herangeschafft werden soll, im eigenen Land versagt wurde?

**Hartwich Spliseser, Dümmer**

Gegenwärtig werden Vergleiche von Lebensbereichen und Gewohnheiten in den USA und der BRD zunehmend durch die Medien genutzt, um das politische Klima zu beeinflussen. „Amerika hat die Schwarzen und Deutschland die Ossis“, überschrieb Eva Schweitzer einen Konferenzbericht in der „Berliner Zeitung“ vom 22. Oktober. Dort las ich: „New Yorks Bevölkerung“ – so führte Peter Marcuse, Architekturprofessor an der Columbia University aus – „ist aus vielen ethnischen Gruppen zusammengesetzt. Nur noch 35 % sind weiß, 27 % hispanisch, weitere 25 % schwarz, der Rest asiatisch.“ Was das Äquivalent der Schwarzen in Berlin sei, überlegt Marcuse: „Gastarbeiter, Türken? ... Sind die Schwarzen nicht eher wie die Ossis? Die wurden von den Russen verklavt und ausgebeutet und fühlen sich nun immer noch benachteiligt, während sich die Wessis wünschen, sie würden aufhören zu jammern und anfangen zu arbeiten. Das gleiche denken die Weißen in den USA von den Schwarzen.“

Rassistisches Gedankengut in Verbindung mit Geschichtsfälschung waren ideologische Waffen im „tausendjährigen Reich“. Die Folgen sind bekannt. Konsequenz dagegen aufzutreten, ist ein dringendes Erfordernis.

**Horst Wellner, Berlin**

Wir sollten nicht vergessen, daß es neben der Niederlage des sozialistischen Weltsystems auch die allgemeine Krise des Kapitalismus und eine um ihre Existenz ringende überholte Gesellschaftsordnung gibt. Tag für Tag denken deren Vertreter darüber nach, wie man die Herrschaft ihres Systems verlängern kann. Sie manipulieren die Menschen und entwickeln immer neue Szenarien, um die Massen einzubinden und vom Kampf abzuhalten. Um diesen führen zu können, helfen uns Fehleranalysen in Bezug auf die untergegangene DDR nicht wirklich, denn immerhin haben drei Viertel aller Deutschen die DDR selbst nicht erlebt und können die Dinge deshalb auch nicht nachvollziehen. Beim abermaligen Aufbau einer von Ausbeutung befreiten Gesellschaft werden ohnehin ganz neue Erfahrungen und Erkenntnisse gewonnen. Auch dürften wiederum Fehler begangen werden. Das entspricht unserer Auffassung von Dialektik. Worauf es ankommt, ist, daß sich die Gestalter des Neuen dadurch nicht verunsichern und vom Ziel abbringen lassen. Genau das haben uns Marx, Engels und Lenin als Lehre hinterlassen. Der Weg zum Ziel ist steinig, erfordert manchmal auch einen Schritt zurück, um zwei Schritte vorwärts gehen zu können. Er ist lang und nicht immer berechenbar. Jähe Wendungen sind nicht auszuschließen. Niemand kann die Mannigfaltigkeit der komplexen Realität vollständig voraussehen oder beherrschen. Dennoch sollten wir uns den historischen Optimismus bewahren.

**Klaus Liebrez, Rostock**

Ich möchte mich ganz herzlich für den Beitrag im Oktober-RF („Von einem, der nicht rüber wollte“) bedanken.

Ich bin auch erst 33 Jahre und war damals 15. Aber es war die beste Kindheit, die ich erleben durfte, in einem Staat, der mir Perspektive und eine gesicherte Zukunft gab.

Viele Grüße an den Genossen, der diesen Artikel verfaßte. **Kay Rother, Schirgiswalde**



Der schwarze Kanal

Grafik: Klaus Parche

In **Leipzig** begeht unsere Regionalgruppe den **Abschluß eines inhaltsreichen Jahres ihrer Tätigkeit.**

Sie lädt Mitglieder, Leser und Interessenten für den

**5. Dezember, 18 Uhr**

in das historische Liebknechthaus, Braustraße 15, herzlich ein.

Die **Regionalgruppe Berlin** lädt zum **7. Dezember** um **17 Uhr** in das

Frei-Zeit-Haus Weißensee, Pistoriusstraße 23, zur

## Jahres- abschluß- veranstaltung

der Berliner „RotFüchse“ ein.

Überraschungen sind nicht ausgeschlossen.

Der Vorsitzende des RF-Fördervereins, **Rolf Berthold**, ist am **8. Dezember** bei den **Schweriner „RotFüchsen“** zu Gast.

Der langjährige DDR-Botschafter in Beijing spricht um **10 Uhr** in den Altschweriner Schankstuben am Schlachtermarkt über das Thema

**Neues aus der asiatischen Volksrepublik: China nach dem 17. Parteitag der KP**

### IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

**Herausgeber:**  
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

**Chefredakteur:** Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)  
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,  
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de  
(Redaktionsadresse)

**Layout:** Egon Schansker

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund

**Internet:** www.rotfuchs.net

#### Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki  
Rolf Berthold  
Dr. Manfred Böttcher  
Dr. Vera Butler (Melbourne)  
Wolfgang Clausner  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Ralph Dobrawa  
Dieter Fechner  
Dr. Peter Fisch  
Bernd Fischer  
Peter Franz  
Günter Freyer  
Prof. Dr. Georg Grasnack  
Dr. Ernst Heinz  
Dr. Dieter Hillebrenner  
Manfred Hocke  
Hans Horn  
Dr. Klaus Huhn  
Dr. Erhard Kegel

Dr. Hans-Dieter Krüger  
Rudi Kurz  
Prof. Dr. Hans Lutter  
Wolfgang Mäder  
Bruno Mahlow  
Dr. Bernhard Majorow  
Prof. Dr. Fred Matho  
Wolfgang Metzger  
Prof. Dr. Harry Milke  
Frank Mühlefeldt  
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)  
Richard Georg Richter  
Prof. Dr. Werner Roß  
Walter Ruge  
Karl Schlimme  
Gerhard Schmidt  
Prof. Dr. Horst Schneider  
Dr. Gerhard Steinmüller  
Fritz Teppich  
Dr.-Ing. Peter Tichauer

#### Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger  
Klaus Parche  
Heinrich Ruynat

**Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe**  
(für Sehbehinderte):  
Sylvia Feldbinder

#### Versand und Vertrieb:

Armin Neumann  
Salvador-Allende-Straße 35  
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34  
arminneumann@ewt-net.de  
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,  
Bruni Büdler, Hans Ludwig,  
Harry Schreyer, Peter Barth  
u. v. a. m.

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

**Unser Konto:** „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400  
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,  
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74